TRADITIONEN – BRÜCHE – WANDLUNGEN

Die Universität Jena 1850–1995

Herausgegeben von
der Senatskommission zur Aufarbeitung der Jenaer
Universitätsgeschichte im 20. Jahrhundert

2009

BÖHLAU VERLAG KÖLN WEIMAR WIEN

Die Jenaer Universität 1918–1945

von Jürgen John und Rüdiger Stutz

1. Die „Thüringische Landesuniversität" der Weimarer Zeit

1.1. Die Zäsur 1918/19 – Wahrnehmung und Wirklichkeit

In der umbruchsreichen Geschichte des 20. Jahrhunderts nimmt das Jahr 1918 mit dem Symboldatum „9. November" einen markanten Platz ein.[1] Mit ihm endeten Weltkrieg und Kaiserreich. Aus der Novemberrevolution 1918 ging 1919 die Weimarer Republik hervor. Dem Weltkrieg als „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts"[2] folgten gründlich veränderte Nachkriegskonstellationen.[3] Damit verkörpern die Vorgänge 1918/19 eine mehrfache Zäsur. Sie stehen für Revolution und Kriegsende, für inneren Systemwechsel, äußere Neuordnung und höchst widersprüchliche Nachwirkungen des Krieges.[4] Dem befreienden Bewusstsein, dem „Völkermord"[5] des Weltkrieges entronnen zu sein, stand das Trauma der Niederlage und des demütigenden Versailler Friedensvertrages 1919 entgegen.[6] Zwischen Krieg und Kriegserinnerung[7] klaffte eine ebenso tiefe Kluft wie zwischen dem Fronterlebnis und seiner nachträglichen Deutung.[8] Radikalisierend auf die deutsche Studentenschaft wirkte weniger das Weltkriegserlebnis selber als seine von der Niederlage geprägte nachträgliche Deutung.[9] Von „Schützengrabengemeinschaft"[10] war nicht während, sondern erst nach dem Kriege die Rede. Der Heldenkult und die Pläne eines Reichsehrenmals für die Weltkriegstoten setzten erst Mitte der 1920er Jahre ein.[11] In dieser Zeit entstanden die Gefallenendenkmäler des Kösener S.C.-Verbandes auf der Rudelsburg (1926) und der Deutschen Studentenschaft in Würzburg (1927). Die Deutsche Studentenschaft schuf 1925 ihre Gefallenen-Gedenk-Stiftung, die das Gedenken an die „in dem großen, nicht ausgekämpften Ringen für die Ehre und Freiheit des deutschen Volkes gefallenen Kommilitonen" mit der Förderung des Grenz- und Auslandsdeutschtums verband.[12] Im gleichen Jahr wurden die Gedenktafeln für die gefallenen Jenaer Universitätsangehörigen enthüllt. Die Gedenkrede beschwor den „Geist von 1914", um das 1918/19 „verlorene Gut" wiederzuerlangen.[13] Dabei nahm der im universitären Milieu fortan besonders kultivierte „Langemarck"-Mythos von den 1914 in Flandern den „Opfer- und Heldentod für das deutsche Volkstum" gestorbenen Studenten Gestalt an.[14] In proletarischen Milieus wurde der Krieg ganz anders erinnert und gedeutet als in bildungsbürgerlichen Milieus, im sozialdemokratischen Reichsbanner anders als in den Kriegervereinen und im deutschnationalen Stahlhelm, in Kreisen einfacher Frontsoldaten anders als in denen ehemaliger Offiziere.

Die unterschiedlichen Kriegserfahrungen und -deutungen wirkten sich auf das Verhältnis zum Nachkriegsstaat aus. Die Weimarer Republik trat in vieler Hinsicht ein schweres Erbe an. Sie musste die Folgen des Weltkrieges und der Niederlage tragen und wurde zum Konkursverwalter des Kaiserreiches. Ihr politisches System war das Produkt umstrittener Gründungskompromisse. Aus dem Widerstreit unitarischer und föderalistischer Tendenzen entstand ein „unitarischer Bundesstaat"[15] mit deutlich erweiterten Reichskompetenzen. Zwar behielten die Länder die Bildungs- und Kulturhoheit. Der Bildungsföderalismus wurde formell nicht angetastet. Doch wuchsen die bildungs-, wissenschafts- und kulturpolitischen Aufgaben und Aktivitäten des Reiches. Vielen ging das nicht weit genug. Sie meinten, der in der Reichsverfassung postulierte „kulturelle Unitarismus" müsse ausgebaut werden. Man brauche „Bildungseinheit" und ein Reichskulturamt zur „einheitlichen Ausgestaltung des deutschen Hochschulwesens".[16] Das kam freilich nicht zustande. Die Beschlüsse der Reichsschulkonferenz 1920 blieben unverbindliche Empfehlungen. Nur in begrenztem Maße konnte Preußen ersatzweise solche Richtlinienkompetenzen anstelle eines Reichskulturamtes ausüben, das die „großen Grundlinien einer einheitlichen Kulturpolitik" festlegen könne.[17] Umso mehr prägten sich die unitarischen Grundtöne der Bildungsreformdebatten und das Verlangen nach einem

[1] Schieder: Umbrüche (2000); Schwarz: 9. November 1918 (2006); Gallus: Deutsche Revolution (2006).
[2] Kennan: Bismarcks System (1981), S. 12; Schulin: Urkatastrophe (1994).
[3] Duppler/Groß: Kriegsende (1999); Mommsen: Weltkrieg (2000).
[4] Koselleck: Einfluß (1992); Niedhart/Riesenberger: Lernen (1992); Hirschfeld u.a.: Kriegserfahrungen (1997); Thoß/Volkmann: Erster Weltkrieg (2002).
[5] JUZ 1 (WS 1918/19), Nr. 3 (11.2.1919), S. 17 („Unser Zwischensemester").
[6] Heinemann: Niederlage (1983); Schivelbusch: Kultur (2001); Krumeich: Versailles (2001); Krumeich: Die Dolchstoß-Legende (2001); Barth: Dolchstoßlegenden (2003).
[7] Ulrich/Ziemann: Krieg im Frieden (1997); Ziemann: Erinnerung (1999).
[8] Ziemann: „Fronterlebnis" (2000).
[9] Levsen: Elite (2006), S. 355.
[10] Die Deutsche Studentenschaft (1927), S. 29.
[11] Behrenbeck: Heldenkultur (1992); Mosse: Gefallen (1993); Koselleck/Jeismann: Totenkult (1994); Ziemann: Nation (2000); Hilbig: Reichsehrenmal (2006).
[12] Die Deutsche Studentenschaft (1927), S. 157–160.
[13] Die Rede hielt der in den Kapp-Putsch 1920 verwickelte Historiker Stephan Stoy – vgl. UAJ, BA, 1954a, Bl. 188 (Broschüre "Die Gedenktafeln der Thüringischen Landesuniversität Jena für ihre im Weltkrieg gefallenen Angehörigen").
[14] Bezogen auf die am 10. 11. 1914 im Kugelhagel britischer Maschinengewehre bei dem flandrischen Ort Langemarck gefallenen Studenten, die laut Heeresbericht „begeistert und singend in den Tod gingen"; die „Helden von Langemarck" hätten – so Stoy in seiner Gedenkrede am 21.6.1925 – bewiesen, wie das Deutschlandlied zu „kraftvollem Pathos" gesteigert werden könne; „Langemarck ist uns zum Mythos geworden", erklärte sieben Jahre später der Jurist Hellmuth v. Weber in seiner Rede zur Langemarck-Feier der Jenaer Universität am Bußtag 1932 – DJSt 7 (WS 1932/33), Nr. 6 (16.12.1932), S. 108. Vgl. Krumeich: Langemarck (2001).
[15] John: „Unitarischer Bundesstaat" (2001).
[16] Becker: Aufgaben (1919); UAJ, C 96, Bl. 4–6 (Protokoll der Debatte der Deutschen Hochschulkonferenz in Coburg vom 8.–10. September 1919 über „kulturellen Unitarismus" und Beckers Denkschrift); Schulze/Ssymank: Studententum (1932), S. 487 (bezogen auf die DSt-Forderungen an die Reichsschulkonferenz 1920); Scheler: Wissensformen (1926), S. 513.
[17] JUZ 5 (SS 1920), Nr. 2 (5.6.1920), S. 13 („Das neue Studentenrecht. Die Bedeutung des preußischen Ministerialentwurfs für die Universität Jena").

Förderanträge an die 1920 gegründete Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft, die zunächst vor allem die Ausstattung der Physikalischen Institute mit Werkzeugmaschinen und den Weiterbezug dringend benötigter, aber infolge der Inflation kaum noch aus eigenen Mitteln bezahlbarer Auslands-Zeitschriften betrafen.[349]

1.3. Die Reform- und Konfliktperiode 1921–1924

„Einen neuen Geist in die Fakultäten bringen" – Grundkonstellationen der „Ära Greil"

Die Reformen 1919/20 betrafen Universitätsverfassung, Selbstverwaltung, Studenten-, Vertretungs- und Mitspracherechte, nicht aber das Wissenschafts- und Disziplingefüge der Universität. Da gab es in vieler Hinsicht Reform- und Handlungsbedarf. Das galt vor allem für die längst brüchig gewordene Ehe der Natur- und Geisteswissenschaften unter dem Dach der Philosophischen Fakultät.[350] Schon 1865 war eine Naturwissenschaftliche Fakultät an der Saana gefordert worden. Der zügige Ausbau mathematisch-naturwissenschaftlicher Fächer, Anstalten und Extraordinariate im späten 19. Jahrhundert und die damit verbundenen Differenzierungsprozesse verstärkten das Bedürfnis nach einer solchen Fakultät, für die es mit Tübingen (1863), Straßburg (1872/75), Heidelberg (1890) und Freiburg (1910) bereits Vorbilder gab. Wie viele andere Aspekte „innerer Neuordnung" blieb das aber im Kaiserreich unerledigt. Umso mehr drängten nach den Reformen von 1919/20 die „Naturforscher" der Philosophischen Fakultät zum Handeln.[351] Unterdes hatte sich der Trend zu eigenen Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultäten oder Abteilungen reichsweit verstärkt. Nach einer Umfrage des Jenaer Rektors verfügten Anfang 1924 bereits zwei Drittel deutscher Universitäten über solche Fakultäten bzw. Abteilungen.[352] Zu einem ähnlichen Befund kam 1923 ein Aufsatz über die „Absonderung naturwissenschaftlicher Fakultäten" in den VDH-Mitteilungen.[353]

Nach wie vor gab es aber massive Widerstände gegen eine Teilung oder Neugliederung der Philosophischen Fakultät. Denn das gefährde den „Geist der Universität" und beschleunige ihren „Zerfall in Fachschulen".[354] Zudem kam eine zweite schon im Kaiserreich diskutierte, aber ungelöste Frage der Fakultätsstruktur erneut und diesmal mit Nachdruck auf die Agenda: der Wechsel wirtschaftswissenschaftlicher Fächer aus der Philosophischen an die Juristische Fakultät und deren Umwandlung in eine Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät. Auch dafür gab es bereits Vorbilder und Vorstöße.[355] Ein solches Ausmaß unterschiedlicher Sezessionstendenzen ließ die Gralshüter der philosophisch verbürgten „universitas litterarum"[356] um Rang und Profil der Geisteswissenschaften, um den Status als Großfakultät und um die exponierte Stellung der Philosophischen Fakultät

[349] UAJ, BA 1879, Bl. 47–52.
[350] Vgl. Kapitel I; Baumgarten: Professoren (1997).
[351] So Rektor Linck in seinen Stellungnahmen 1924/25 zur MNF-Gründung – UAJ, BA 96, Bl. 112–114; ThHStAW, ThVM C 122, Bl. 3–5.
[352] UAJ, BA 96, Bl. 44–65; zur Freiburger Rest-Fakultät vgl. Wirbelauer: Fakultät (2006).
[353] ThHStAW, ThVM C 122, Bl. 9.
[354] UAJ, BA 96, Bl. 81–82 (Sondergutachten Plate, Haußner, Bauch und Leitzmann vom 2.8.1924 gegen eine Teilung der PhF).
[355] Vgl. Kapitel I.
[356] Wundt: Sinn (1933).

im Fakultätsgefüge fürchten. Es ging ihnen damit auch um ihr Prestige und um ihren Einfluss in der 1919/20 reformierten akademischen Selbstverwaltung. Zudem drohte dieser Fakultät weiteres Ungemach. Der im Kaiserreich noch recht leise Ruf, moderne Sozialwissenschaften, empirische Soziologie, experimentelle Psychologie und wissenschaftliche Pädagogik zu institutionalisieren, auszubauen oder von enger, mitunter lähmender Bindung an die Philosophie zu lösen, erscholl seit 1918 immer lauter. Dem konnten die tonangebenden Ordinarien der Philosophie und anderer geisteswissenschaftlicher Fächer auf unterschiedliche Weise entgegentreten. Einerseits beschwor man rhetorisch Jenas Tradition als „philosophische Universität" von „seltenem Reichtum" und nachwirkendem Einfluss auf das „gesamte Geistesleben unserer Zeit".[357] Andererseits reagierte man abwehrend oder versuchte, solche Fächer und Ausbautendenzen, wenn sie sich denn schon nicht verhindern ließen, an die Philosophie zu binden und sie so ihrer Kontrolle zu unterwerfen. In diesem Kalkül empfahl es sich zudem, möglichst unprofilierten Bewerbern den Zuschlag zu geben, um die Konkurrenz starker Persönlichkeiten zu verhindern. Meist kombinierten die Verfechter des status quo diese Methoden. Sie versuchten, die Berufungspolitik im Sinne ihrer Konzepte zu gestalten, damit die von ihnen dominierten Mehrheitsverhältnisse in Fakultät und Senat erhalten blieben. Eine wirkungsvolle Strategie war auch und gerade mit Blick auf äußere Zwänge sowie mögliche staatliche Eingriffe notwendig.

Das verweist auf universitätsexterne bildungs- und landespolitische Faktoren und Konstellationen. Die erste Thüringer Landesregierung unter Arnold Paulssen (DDP) war noch weitgehend mit dem Aufbau der Landesstrukturen und mit dem Übergang von Schulwesen, Lehrerbildung und Universität auf das Land befasst. Wie die Verwaltungs- mussten die Schul- und Lehrerbildungsstrukturen der früheren Einzelstaaten – nun „Gebiete" – vereinheitlicht und neu gestaltet werden. Das sahen auch die Bildungsartikel der Weimarer Reichsverfassung (1919) und die empfehlenden Beschlüsse der Reichsschulkonferenz (1920) vor.[358] Artikel 146 WRVf übertrug die „organische Ausgestaltung" des öffentlichen Schulwesens der Landesgesetzgebung. Artikel 143 WRVf schrieb vor, die Lehrerbildung nach den Grundsätzen höherer Bildung für das Reich einheitlich zu regeln. Künftig setzte die Volksschullehrerausbildung das Abitur voraus und ging von den Lehrerseminaren auf die Hochschulen über. Vom Reichsinnenministerium und vom Reichsschulausschuss vorbereitete Gesetzentwürfe scheiterten jedoch an der Bildungshoheit der Länder. Und so blieb auch die Neuregelung der Lehrerausbildung Ländersache. Dabei beschritten die Länder sehr verschiedene, viele eher zögerliche Wege. Der Großstaat Preußen errichtete eigene Hochschulen, Pädagogische Akademien genannt. Andere Staaten schufen lose mit Hochschulen verbundene Pädagogische Institute. Das neue Land Thüringen setzte anfangs auf Reichsmaßnahmen und beschritt dann eigene Wege mit dem Ziel direkter universitärer Ausbildung der Volksschullehrer.[359] Dafür bot das noch vom Volksrat am 17. Februar 1920 verabschiedete Gesetz zur vorläufigen Regelung des Thüringer Volksschulwesens eine gewisse Grundlage. Die Regierung Paulssen begann mit dem Ab-

[357] UAJ, BA 1350 (Antrag Bauchs und Wundts zur Errichtung eines Philosophischen Seminars vom 29.6.1921); Bauch: Jena (1922).
[358] Zum bildungspolitischen Hintergrund vgl. Langewiesche/Tenorth: Handbuch (1989).
[359] Schnobel: Thüringer Schulgesetze (1926), Hf. IV, Teil I, S. 1–3.

bau der bisherigen einzelstaatlichen Lehrerseminare. Sie bereitete ihre Umwandlung in höhere Schulen – nach den Empfehlungen der Reichsschulkonferenz „Aufbauschulen" oder „Deutsche Oberschulen"[360] – vor und leitete erste Schritte für eine künftige akademische Ausbildung aller Lehrer an der Jenaer Universität ein. Bei nur knapp einjähriger Amtszeit blieben ihr bei all dem allerdings keine Zeit zu durchgreifenden Maßnahmen und diese der nachfolgenden Regierung überlassen.

Nach vorgezogenen Landtagswahlen, Regierungs- und Koalitionswechsel begann wie in anderen mitteldeutschen Ländern Ende 1921 eine Periode „linksrepublikanischer" Integrations-, Gestaltungs- und Reformpolitik,[361] die sich weitgehend mit der „Landesübergangszeit" deckte. In der parlamentarisch von der KPD tolerierten SPD-USPD-Regierung unter August Frölich (SPD) übernahm der Schulreformer Max Greil (USPD) das Volksbildungsministerium als nunmehr selbstständiges Ressort. Greil und sein Umfeld hatten ein klares, von Forderungen des Deutschen Lehrervereins, des Bundes entschiedener Schulreformer und der Freien Lehrergewerkschaft in Thüringen inspiriertes Reformkonzept.[362] Sie planten eine „Neugestaltung des gesamten Thüringer Schul- und Bildungswesen vom Kindergarten bis zur Universität [...] im Geiste des deutschen Volkstums und der Völkerversöhnung" (Artikel 148 WRVf) nach dem Motto „Ein Volk, eine Schule, ein Lehrerstand".[363] Dabei stand für den früheren Volksschullehrer Greil die „Volksschule zur Ausbildung der breiten Masse" im Vordergrund. Sie sei „Hauptsache" und „Unterbau" eines einheitlichen und gestaffelten Bildungssystems mit den höheren Schulen und der Universität als Überbau, denen aber keine abgehobene „Sonderstellung" zukomme.[364] Für Greil hing die „Bildungshöhe eines Volkes, soweit man nicht bloß an die Bildung einer kleinen Oberschicht, sondern wirklich an die Bildung der großen Masse des Volks denkt", von der „Leistungsfähigkeit der Volksschule" ab. Deshalb müsse man sie aus ihrer „jetzigen Aschenbrödelstellung befreien" und ihr Niveau heben.[365] Das setze eine höhere Bildung der Volksschullehrer und ihre bessere – nämlich universitäre statt nur lehrerseminaristische – Ausbildung voraus. Die bisherigen, nun im Abbau befindlichen Lehrerseminare genügten den Ansprüchen moderner wissenschaftlicher Ausbildung der Volksschullehrer nicht mehr. Sie hätten den Volksschullehrern den Zugang zu den höheren Schulen wie zu den Universitäten verstellt und seien zudem kirchenabhängig gewesen. Die höhere Schulbildung und die Universitätsausbildung für alle Lehrer statt nur für die Lehrer höherer Schulen trügen zum Bildungswachstum bei. Das mindere die soziale Wertigkeit der Bildung nicht, sondern steigere sie. Im Gegensatz zum „Weimarer Schulkompromiss"

[360] Karstädt: Aufbauschule (1920); Mitzenheim: Aufbauschulen (1996).

[361] So die dem Bochumer Forschungsprojekt „Demokratie in Mitteldeutschland. Demokratische Bewegungen und Politik in Sachsen, Thüringen und Anhalt 1830–1930" (1992/95) entstammende Studie und Bewertung von Häupel: Gründung (1995); vgl. auch Rudolph: Format (2001); Rot-Rote Gespenster (2004).

[362] Mitzenheim: Greilsche Schulreform (1965) (2004).

[363] Amtsblatt des ThVM 1 (1922), Nr. 1, S. 1.

[364] Greil am 26.10.1923 in einer Aussprache mit Universitätsvertretern über seine Auffassung vom Bildungswesen, in: UAJ, BA 1859, Bl. 95–99, hier Bl. 96; vgl. zu dieser Aussprache auch den Abschnitt über den „Höhepunkt des ‚Thüringer Hochschulkonflikts'".

[365] So Greil im Thüringer Landtag zur Begründung des Lehrerbildungsgesetzes – vgl. Stenographische Berichte des II. Landtages von Thüringen, 80. Sitzung (24.5.1922), S. 2301-2309, hier S. 2302 und 2307.

strebten Greil und seine Berater die bekenntnisfreie Schule als Normal- und die Bekenntnisschule als Ausnahmefall an. Zu Greils sozialistischem Beraterkreis gehörte vor allem der aus dem linken Gothaer Schulreformmilieu stammende Hermann Brill (USPD).[366] Einfluss nahmen auch Bildungspolitiker der tolerierenden bzw. im Oktober/November 1923 kurzzeitig koalierenden KPD: der ebenfalls aus dem Gothaer Reformmilieu kommende Albin Tenner und der Erfurter, später Ruhlaer Lehrer Theodor Neubauer.

Alles was Greil plante und unternahm – so der Organisator der „Volkshochschule Thüringen" Reinhard Buchwald in seinen *Lebenserinnerungen* – „sollte der Idee einer Bildungseinheit", einer „Volksgemeinschaft im Geiste" dienen.[367] Bildung war für Greil eine Frage sozialer Emanzipation und Gerechtigkeit. Sie helfe, Bildungsschranken und soziale Gegensätze zu überwinden. Bildung war für ihn – und da berührte sich sein Konzept mit einem zentralen Anliegen der „Volkshochschul"-Bewegung – „Volksbildung" im weitesten Sinne, auf das sich auch Hochschulen und staatsbürgerlich-politische Bildungsarbeit einzustellen hatten. Dafür berief Greil einen ganzen Stab neuer Mitarbeiter von hoher Fachkompetenz in sein Ministerium: neben Friedrich Stier als Nachfolger des früheren Kurators den Universitätsprofessor Julius Schaxel als Beauftragten für Organisation, Reform, Studenten-, Personal- und Wissenschaftsfragen der Universität, den promovierten Studienrat Herbert Kühnert als Beauftragten für Lehrerbildung und politische Bildung sowie Reinhard Buchwald als Beauftragten für die Thüringer Volkshochschulen. Seit seinem Amtsantritt ging Greil entschlossen daran, sein bildungspolitisches Gesamtkonzept umzusetzen. Dabei konnte er an die vorbereitenden Maßnahmen seines Amtsvorgängers Paulssen anknüpfen. Auch entsprach Greils schulpolitisches Konzept der gesamten Reform-, Gestaltungs- und Identitätspolitik der Frölich-Regierung. Diese trieb mit ihren Verwaltungs-, Gemeinde- und Kreisreformen die innere Integration des jungen Landes kräftig voran[368] und wurde dabei sogar von der Opposition unterstützt. Sie strebte eine umfassende staatsbürgerlich-politische Bildung und stabile politische Kultur auf freistaatlich-republikanischer Basis sowie ein entsprechendes „Landesbewusstsein" an.[369] Und sie stärkte dem von der kulturellen Rechten in Weimar, im Landtag und reichsweit als Inkarnation „artfremder" und „undeutscher" kultureller Moderne angefeindeten „Bauhaus" den Rücken.[370]

Den Kern der Greil'schen Schulpolitik stellte das zur Ausführung des Artikels 146 WRVf erlassene Schulaufbaugesetz („Einheitsschulgesetz") vom 24. Februar 1922 dar, das die grundsätzliche Trennung von Volksschule und höherer Schule aufhob. Dessen Konsequenz war das gemäß Artikel 143 WRVf verabschiedete „Gesetz über die Lehrerausbildung (Lehrerbildungsgesetz)" vom 8. Juli 1922, das für alle wissenschaftlichen Lehrer an öffentlichen Schulen Thüringens die Universitätsausbildung vorschrieb, für Lehrer an höheren Schulen eine vier-, für Volksschullehrer eine zweijährige.[371] Es übertrug sie der Uni-

[366] Greil – so das freilich überzogene Urteil von Overesch: Hermann Brill (1992), S. 69 – „war eine personale Verkörperung des Brillschen Programms".

[367] Buchwald: Geschichte (1992), S. 323.

[368] Post/Wahl: Thüringen-Handbuch (1999).

[369] John/Post: Thüringen-Diskurse (2005), S. 82–84.

[370] Ulbricht: Willkomm (1998); Winkler: Bauhaus (1999); John: Landespolitik (1999).

[371] GTh 1922, S. 137; vgl. auch Mitteilungen Erziehungswissenschaftliche Abteilung 1 (1925): „Die akademische Lehrerbildung an der Universität Jena. Verordnungen, Einrichtungen, Ratschläge".

rich Walter Judeich (1923/24). In zentralen Punkten jedoch standen sich die ministerielle und die universitäre Seite meist diametral gegenüber, anfangs noch flexibel und kompromissbereit, später unnachsichtig und unter Einsatz aller zur Verfügung stehenden Mittel. Zunächst reagierte die universitäre Seite auf Greils Berufungsabsichten mit Berufungslisten, die in der Regel Personen ohne nachhaltiges wissenschaftliches Profil aufwiesen und so die ganz anders gelagerten Absichten und Vorschläge des Ministeriums unterliefen. Greil musste das geradezu als Provokation empfinden. Für die Universität stellte das wahrlich kein Ruhmesblatt dar. Während die ministerielle Berufungspolitik ausgesprochen profilierte Persönlichkeiten – Eberhard Grisebach, Karl Korsch, Wilhelm Peters, Peter Petersen, Mathilde Vaerting, Anna Siemsen, Otto Scheibner, Ernst Pape, Emil Klein – an die Universität brachte, sind die auf den universitären Listen Stehenden bildungs- und wissenschaftsgeschichtlich kaum noch erwähnenswert. Später ging die universitäre Seite zu offener Obstruktionspolitik über. Greil reagierte mit reglementierenden Maßnahmen, die der Universität als „Maulkorbverfahren" und „Vorzensur" erschienen.[385]

Dabei muss Greil, den ihm damals Nahestehende später als „zurückhaltende, kluge, politisch unbefangene" Persönlichkeit beschrieben[386] – wenn diese Charakteristik denn zutrifft –, entweder über seinen Schatten gesprungen oder zu der Überzeugung gelangt sein, er müsse mit Brachialgewalt vorgehen, um überhaupt etwas zu erreichen. Das dürfte auch für die „kulturkämpferisch" wirkenden Maßnahmen gelten, die kirchliche Feiertage zugunsten republikanischer Gedenktage einschränkten oder an der Landesuniversität neue Fächer zu Lasten der aus Greils Sicht nicht mehr zeitgemäßen Theologie etablieren wollten, was mehrfach zu heftigen Landtagsdebatten führte. Mit diesen – so der religiöse Sozialist Emil Fuchs – höchst „unklugen" Maßnahmen oder Absichten vertieften Greil und seine Ratgeber die politischen Gräben im Lande und machten sich bei ihren Gegnern zusätzlich unbeliebt.[387] Hinzu kamen mentalitäts- und lebensweltlich bedingte Kommunikationsprobleme. Dem akademischen Standesdünkel war ein „linker Volkschullehrer" als Minister offenkundig schwer ertragbar. Der Minister – meinte der Jenaer Rektor Max Henkel, ein Mediziner, in einer konfliktdämpfend gedachten, tatsächlich aber eskalierenden „Aussprache" am 26. Oktober 1923 – sei ja „aus einem ganz anders gearteten Entwicklungskreise hervorgegangen" und stünde deshalb „der akademischen Einstellung fremd gegenüber", worauf Greil scharf dazwischen fuhr, „er müsse es sich verbitten, daß ihm seine nicht-akademische Bildung vorgeworfen werde".[388]

Beide Seiten griffen in dem „Thüringer Hochschulkonflikt" zu entschieden politischen Maßnahmen und Aktionen. Greil erklärte in dieser Aussprache am 26. Oktober 1923, er lasse sich bei seiner Berufungspolitik ganz bewusst auch von „politischen Gesichtspunkten" leiten, um Gegengewichte gegen „reaktionäre Elemente an der Universität" zu schaffen, ohne damit die Lehrfreiheit antasten oder einen „Herr-im-Hause"-Standpunkt beziehen zu wollen.[389] Wie der Minister meinten auch die Landtagsfraktionen der Regierungsparteien und andere sozialistische Gruppen, die Universität müsse nicht nur wissenschaftlich, sondern auch politisch umgestaltet werden. Wenn sein „alter Freund Strecker" als Professor an die Jenaer Universität berufen werde, schrieb der religiöse Sozialist Emil Fuchs am 20. August 1923 an Schaxel, könne sich dort „eine Front" zur „Umgestaltung der Universität" bilden und so vielleicht ein „socialistisches Kulturcentrum in Jena" entstehen.[390] Greils Polemik richtete sich nicht zuletzt gegen den „traditionellen Korpsgeist" an der Universität, der sich – wie der Psychologe Wilhelm Peters zwei Tage vor der Aussprache vom 26. Oktober im *Berliner Tageblatt* schrieb – „unpolitisch" gebe, tatsächlich aber „national" ausgerichtet sei und sich gegen alles wende, was irgend als „links" galt.[391] Die Universitätsvertreter entrüsteten sich zwar über solche Ansichten und über Greils Erklärung vom 26. Oktober. Das trage die Politik in die Universität. Sie selbst aber ließen schon längst keine Gelegenheit mehr aus, Öffentlichkeit, Parteien, Landtag, Presse, andere Universitäten, Hochschulverband oder Studentenschaft gegen die Greil'schen Maßnahmen zu mobilisieren. Die dabei angewandten Methoden veranlassten Schaxel, im April 1923 in einer mit dem „Fall Peters" befassten Haushaltsausschussdebatte des Landtages zu erklären, die Universität müsse „von Grund auf erneuert werden, nicht nur durch ein neues Statut, sondern auch durch neue Persönlichkeiten".[392]

Spätestens seit diesem Zeitpunkt richteten die Universitätsspitzen ihre Aktionen mit Vorliebe gegen diesen „abtrünnigen Kollegen", der in das Ministerium als „störende Außengewalt"[393] eingetreten war, Greils Berufungspolitik unterstützte und mit seiner Zulassungspolitik die Universität zudem bewusst für ausländische Studierende und damit für andere Kulturen, Erfahrungen und Werte öffnete. Aus ihrer Sicht veränderte Schaxels Berufungs- und Zulassungspolitik die universitären Konstellationen in einer für sie unerträglichen Weise zugunsten neuer Fächer und Personen, die sie in sozial abwehrenden, fremdenfeindlichen und kulturchauvinistischen Stereotypen als nicht zum „corpus academicum" gehörende, „nicht-akademische" Gruppen – Frauen, Lehrer, „Linke", „ausländische Juden" etc. – wahrnahmen.[394] Und sie scheuten auch nicht davor zurück, die ihnen von Greil und Schaxel aufoktroyierten neuen Kollegen und – für die bis dahin ausschließlich männliche Professorenschaft besonders irritierend – Kolleginnen regelrechten Rufmord-Kampagnen auszusetzen. Die wissenschafts- und personalpolitischen Maßnahmen des Greil-Ministeriums stellten für sie „statutenwidrige", „unberechtigte Eingriffe" in die akademische Selbstverwaltung dar.[395]

In Presseerklärungen der Universität und universitär lancierten Presseartikeln war von „Terror gegen die Landesuniversität",[396] von „Greils Regiment",[397] von „Greil'scher Dik-

[385] UAJ, BA 1859, Bl. 97, 98.
[386] Buchwald: Geschichte (1992), S. 325.
[387] Häupel: Gründung (1995), S. 147f.; Schreier: Gründung (1998), S. 27–29; Gottwald: Kirchenpolitik (2005), S. 141–143.
[388] UAJ, BA 1859, Bl. 95, 96; vgl. auch den Abschnitt über den „Höhepunkt des ‚Thüringer Hochschulkonflikts'".
[389] UAJ, BA 1859, Bl. 96 (Greil in der Aussprache vom 26.10.1923).
[390] ThHStAW, ThVM C 319 (n. f.).
[391] Berliner Tageblatt, 24.10.1923 (Wilhelm Peters: „Thüringer Universitätspolitik").
[392] UAJ, BA 1859, Bl. 54–56 (Bericht über die Ausschuss-Debatte vom 12.4.1923), Zitat: Bl. 56.
[393] JUZ 2 (SS 1919), Nr. 2 (9.5.1919), S. 65 (Immatrikulationsrede Hedemanns vom 3.5.1919).
[394] Vgl. dazu den aufschlussreichen Briefwechsel zwischen Hedemann und dem VDH-Vorsitzenden Ende 1923/Anfang 1924, in: BArch, R 8088, Nr. 556.
[395] UAJ, BA 1859, Bl. 74–76v, 91 (Rektorschreiben vom 8. und 23.10.1923 an Greil).
[396] UAJ, BA 1859, Bl. 112 (Pressemeldung November 1923).
[397] Unter Herrn Greils Regiment, in: JZ vom 6.12.1923.

tatur"[398] und von „diktatorischen Maßnahmen des Ministers Greil"[399] die Rede, die den Ruf der Jenaer Universität schädigten. Dabei sah man sich in einer reichsweiten Vorreiterrolle im Kampf „zur Wahrung [...] der historischen Rechte der Deutschen Hochschulen gegen das parteipolitische Regiment des Weimarischen Volksbildungsministeriums"[400] – und gegen ähnliche Bestrebungen in anderen Ländern. Freilich gab es außerhalb Thüringens auch Gegenstimmen. Es schade den Fakultäten nichts – hieß es im *Berliner Tageblatt* – „wenn auch mal ein neuer Geist in sie einzieht"; und man werde der Weimarer Regierung dieses „Streben nach einem neuen Geist" auch dann „nicht absprechen können, wenn man ihre Mittel mißbilligt."[401] Das Streben nach einem „neuen Geist" bezog sich auch auf die Jenaer Studentenschaft und ihren AStA. Der vertrat im andauernden Verfassungsstreit um einen „staatsbürgerlichen" oder „völkisch-rassischen" Aufbau der Deutschen Studentenschaft Positionen, die Greil nach dem Rathenau-Mord 1922 zum Eingreifen veranlassten – ein deutlicher Vorgriff auf den preußischen Studentenrechts-Konflikt von 1927.

Formell ging es bei dem „Thüringer Hochschulkonflikt" um Hochschulautonomie, Selbstverwaltungsrechte, Lehrfreiheit, Berufungspraktiken- und -kompetenzen, inhaltlich – aus ministerieller Sicht – um die Notwendigkeit, strukturelle, disziplinäre und personelle Voraussetzungen für das neue Lehrerbildungsmodell, für Bildungswachstum, universitäre Volksbildung, soziale, transnationale und interkulturelle Öffnung der Universität zu schaffen bzw. – aus universitärer Sicht – darum, das zu verhindern, den Status quo zu sichern oder gegen den ministeriellen Willen eine philosophisch-geisteswissenschaftliche Ausrichtung neuer Fächer und Lehrstellen zu erreichen. In einem weiteren Sinne ging es bei diesem Konflikt wie bei dem parallelen „Bauhaus-Streit" um geistig-kulturelle Hegemoniekämpfe von reichsweiter Relevanz. Dieser in Thüringen ausgetragene, aber reichsweit wirkende Doppelkonflikt überschnitt sich mit der Reichskrise und den Reichseingriffen Ende 1923 gegen die kurzzeitigen SPD-KPD-Koalitionen in Sachsen und Thüringen, die grundsätzliche landespolitische Konstellationswechsel auslösten und den „linken" mitteldeutschen Reformen ein abruptes Ende setzten. Das fand in der Vertreibung des Bauhauses aus Weimar 1925 seinen spektakulären Ausdruck und führte an der Jenaer Universität zur Teilrevision der Reformen.

Experimentelle Psychologie und kritische Philosophie 1921/22 – Der „Fall Grisebach"

Erste Ansätze, neue Fächer einzurichten, neue Personen an die Universität zu berufen und damit einen „neuen Geist" in die Fakultäten zu bringen, zeigten sich bereits kurz nach dem Amtsantritt Greils. Am 13. und 19. Dezember 1921 wandten sich der Thüringer Lehrerbund und die Gesellschaft für experimentelle Psychologie mit Vorschlägen an die Landesregierung und an den Kurator, an der Jenaer Universität eine psychologische Aus-

[398] Die Landesuniversität gegen die Greil'sche Diktatur. Unerhörte Eingriffe in die Rechte der Fakultäten, in: Thüringer Allgemeine Zeitung vom 14.10.1923.

[399] UAJ, BA 96, Bl. 28, 28v (Senatsbeschluss und Presseerklärung vom 15.12.1923 gegen die Errichtung einer Erziehungswissenschaftlichen Abteilung); unkritisch und ohne Quellenhinweis als einschätzenden Begriff „linksdiktatorische Politik Greils" übernommen von Steinbach: Kuckucksei (2003), S. 156f.

[400] UAJ, BA 1859, Bl. 127 (Dankschreiben des Rektors vom 11.12.1923 an den Rektor der Kölner Universität für dessen Unterstützungsschreiben vom 29.11.1923 – BArch, R 8088, Nr. 556, Abschrift).

[401] G. Mamlock: Lehrfreiheit. Zum Jenaer Universitätskonflikt, in: Berliner Tageblatt vom 12.12.1923.

bildungs- und Forschungsstätte zu schaffen.[402] Greil forderte den Pädagogen Wilhelm Rein sowie die Philosophen Bruno Bauch, Max Wundt und Paul Ferdinand Linke zur Stellungnahme auf. Er machte dabei deutlich, dass eine solche Lehrstelle im Sinne „pädagogischer Psychologie" auf die künftige Lehrerausbildung auszurichten sei. Rein befürwortete den Vorschlag des Lehrerbundes vorbehaltlos. Die beiden Philosophie-Ordinarien Bauch und Wundt meldeten Bedenken an. Sie verlangten, eine solche Lehrstelle strikt philosophisch auszurichten. Dabei konnte sich Letzterer auf die Streitschrift seines Vaters Wilhelm Wundt gegen die „experimentelle Psychologie" und für die Psychologie als „philosophische Wissenschaft" aus dem Jahre 1913 berufen.[403] Linke hingegen – als Extraordinarius und SPD-Mitglied ohnehin die Kontrastperson zu Bauch und Wundt, eher ein Außenseiter des etablierten universitären Milieus und zudem selbst mit wahrnehmungspsychologischen Experimenten befasst – legte im April 1922 eine ausführliche Denkschrift zur *Errichtung eines Thüringer Landes-Instituts für praktische Psychologie zu Jena* vor.[404] Das solle nach dem Vorbild des Hallenser Provinzialinstituts für praktische Psychologie stark auf die „psychotechnischen" Bedürfnisse der Thüringer Wirtschaft – insbesondere der Jenaer Stiftungsbetriebe – ausgerichtet werden. Die Zeiss-Werke äußerten sich denn auch bald positiv zu dieser Denkschrift und stellten später beträchtliche Mittel für die Psychologische Anstalt zur Verfügung.

Außerdem verlangte Linke in seiner Denkschrift, es müsse bald entschieden werden, ob man die Psychologie auf der Basis eines Extraordinariats oder eines Ordinariats institutionalisieren wolle. Greil favorisierte zunächst den in solchen Fällen üblichen sparsameren Weg eines Extraordinariats. Hingegen brachte die Philosophische Fakultät überraschenderweise ein Ordinariat ins Spiel. Das erwies sich als berufungspolitischer Schachzug. Nach dem Lehrerbildungsgesetz vom 8. Juli 1922, den damit verbundenen Landtagsbeschlüssen über neue pädagogische Lehrstellen und mit Blick auf die Nachfolge des bald zu emeritierenden Wilhelm Rein setzte ein massives Tauziehen um die Ausrichtung und Besetzung dieser drei Stellen ein, das sich bis Anfang 1923 ohne Entscheidungen hinzog.[405] In diesem Tauziehen zwischen Ministerium und Fakultät zeichneten sich die skizzierten strategischen Positionen beider Seiten bereits deutlich ab, ohne dass es vorerst zum offenen Konflikt oder zu diffamierenden Aktionen kam. Ganz anders sah das freilich in einem zeitlich parallelen Berufungsfall aus.

Im Februar 1922 beantragten vier Professoren der Philosophischen Fakultät, den Privatdozenten Eberhard Grisebach zum außerordentlichen Professor zu ernennen.[406] Der Eucken-Schüler Grisebach hatte sich 1913 in Jena habilitiert. Er entwickelte hier eine innovative, spätere Konflikt- und Friedensforschungen maßgeblich mitbegründende „kritische Philosophie".[407] Neben Schaxel wurde er zum Hauptprotagonist der Jenaer „Nichtordinarienbewegung". Seit 1912 war er zudem Geschäftsführer des Jenaer Kunst-

[402] Eckardt: Gründung (1973), S. 528–530.

[403] Wundt: Psychologie (1913).

[404] ThHStAW, ThVM C 303, Bl. 2; Eckardt: Gründung (1973), S. 531–533; Dathe: Paul F. Linke (2008).

[405] Prondczynsky: Universitätspädagogik (1999), S. 119–130.

[406] Ebd., S. 130–138; Steinbach: Jenaer Privatdozenten (2005), S. 205–207.

[407] Grisebach: Konfliktpädagogik (1978); Kodalle: Krise (2000); Meyer-Drawe/Schmidt: Grisebach (2000).

vereins – einer der damals wichtigsten Begegnungsstätten mit moderner Kunst in Deutschland – und damit ein Repräsentant des „modernen Jenas".[408] Zu den Unterzeichnern dieses Antrages gehörte der Archäologieprofessor Guido Herbert Koch, der Ende 1921 den Vorsitz im Jenaer Kunstverein übernommen hatte. Das konnte man als zwielichtigen Versuch interpretieren, dem Kunstvereins-Geschäftsführer zu akademischen Würden zu verhelfen. Der Fakultät bot das jedenfalls die Handhabe, den Antrag mehrheitlich abzulehnen und sich so einen Kollegen vom Hals zu halten, dessen kritische Distanz zu den Jenaer Philosophie-Ordinarien unübersehbar war. Da Grisebachs Kollegs große studentische Resonanz fanden, stellte er selbst auf einer unbesoldeten Stelle für die Ordinarien eine lästige Konkurrenz dar. Greil setzte sich jedoch über das Votum der Fakultät hinweg und ernannte Grisebach zum außerordentlichen Professor. Die Fakultätsmehrheit sah darin einen Präzedenzfall verletzter akademischer Selbstverwaltung. Bauch, Wundt und Rein beließen es nicht bei Protesten. Sie verschickten Grisebach diffamierende Rundschreiben an andere Universitäten. Das spaltete die Fakultät und veranlasste auch die Senate, auf Distanz zur Philosophischen Fakultät zu gehen. Der Historiker Cartellieri warf seinen Kollegen „Ordinarienwahn"[409] vor und trat von seinem Amt als Dekan zurück. Die Fakultät musste einlenken und Grisebach einen Lehrauftrag für Kulturphilosophie ausstellen. Der Stachel dieser Konflikterfahrung aber blieb und saß tief.

Jenaer Soziologie, der „Fall Korsch" und der Deutsche Soziologentag 1922

Am 17. Februar 1922 informierte der Landtagsabgeordnete Hermann Leber (SPD) den Volksbildungsminister über eine Unterredung mit dem Zoologen Julius Schaxel, dem Juristen Franz Jerusalem und anderen Nichtordinarien, die trotz vielseitiger Lehr- und Forschungsarbeiten ohne reguläre Stellen und entsprechende finanzielle Ausstattung seien. Wenn sich ihre Lage nicht bald bessere, drohe ihr Weggang aus Jena. Der Jurist Jerusalem müsse unbedingt einen Lehrstuhl für Soziologie erhalten.[410] Jerusalem bemühte sich seit November 1921 um ein Soziologisches Seminar.[411] Am 24. Februar 1922 hielt er in der Staatswissenschaftlichen Gesellschaft einen Vortrag „Was ist Soziologie?", in dem er seine „Lehre von den Kollektivvorstellungen der Menschen"[412] vorstellte. Mit dieser „Phänomenologie des Kollektivbewußtseins"[413] vertrat Jerusalem eine sozialpsychologisch ausgerichtete Soziologie, der er im heterogenen Chor damaliger soziologischer Stimmen Gehör zu verschaffen suchte.[414] Die Soziologie war zu diesem Zeitpunkt in Deutschland eine recht junge sozialwissenschaftliche Disziplin, die ihr Selbstverständnis und inhaltliches Profil noch ebenso suchte wie ihre akademische Anerkennung und Institutionalisierung.[415]

[408] Das moderne Jena (1928); Wahl: Jena (1988), S. 30–32.
[409] ThULB, HSA, NL Alexander Cartellieri: Nr. 1, Kasten 5: Tagebücher 1918–1922, Tagebucheinträge vom 14. und 21.5.1922.
[410] ThHStAW, ThVM C 462, Bl. 69.
[411] ThHStAW, ThVM C 319, Bl. 1, 2 (Schaxel am 14.3.1923 an Greil).
[412] Jerusalem: Begriff (1922).
[413] ThULB, HSA, NL Heinrich Gerland: Briefe Kollegen I 1918–1927 (Brief Jerusalems an Gerland vom 2.3.1922).
[414] Zur wissenschaftsgeschichtlichen „Verortung" Jerusalems vgl. Sieg: Konditionen (2003), S. 133.
[415] Lepsius: Soziologie (1981); Käsler: Streit (1981); ders.: Soziologie (1986); Stölting: Soziologie (1986).

Während sich in Heidelberg, Frankfurt, Köln und Leipzig soziologische Zentren ausbildeten, mussten in Jena erst Ansätze geschaffen und diejenigen zusammengeführt werden, die sich gegen verbreitete Widerstände für die Soziologie einsetzten.

Darüber, über seinen Vortrag und seinen Soziologie-Begriff korrespondierte Jerusalem Ende Februar/Anfang März 1922 mit dem Strafrechtler Heinrich Gerland und dessen Schüler Karl Korsch,[416] der wie Jerusalem vom Greil-Ministerium ein Privatdozenten-Stipendium erhielt.[417] Gerland engagierte sich zu diesem Zeitpunkt für den Ausbau der Soziologie an der Juristischen Fakultät. Anfang Juni 1922 legte er eine Denkschrift zur Kriminalsoziologie und zur Gründung eines soziologisch ausgerichteten Kriminalistischen Institutes vor.[418] Im Gegensatz zu den meisten seiner Kollegen hatte sich Gerland vor dem Kriege für die freistudentische Bewegung eingesetzt. Seitdem standen er und Korsch, der vor 1914 zu den führenden Köpfen des freistudentischen „Sera-Kreises" um den Verleger Eugen Diederichs gehörte, auch persönlich in einem sehr engen Verhältnis.[419] Und das hielt zunächst, obwohl sich ihre politischen Wege deutlich auseinander bewegten. Gerland, der Ende 1918 zum Gründerkreis der DDP zählte, vollzog einen scharfen Rechtsschwenk und trat 1924 aus der DDP aus. Korsch sympathisierte mit der Revolution und dem Rätegedanken. Er wirkte 1919 in der Sozialisierungskommission mit, entwickelte sich zu einem „kritischen Marxisten", trat der KPD bei und stieg zu einem ihrer führenden Theoretiker auf, bis er dann Mitte der 1920er Jahre mit der KPD brach.[420] 1919 habilitierte sich Korsch bei Gerland. 1922/23 hielten sie gemeinsame Lehrveranstaltungen ab. Wie Jerusalem erstrebte Korsch eine feste Lehrstelle an der Jenaer Universität. Beide Juristen verband das Interesse an der Soziologie. Im Gegensatz zu Jerusalem ging es Korsch freilich um eine marxistisch ausgerichtete Soziologie und um entsprechende Sozialforschungen. In der Pfingstwoche 1923 nahm er an der „Marxistischen Arbeitswoche" in Geraberg bei Arnstadt teil, die als programmatische Arbeitssitzung des in Gründung befindlichen Instituts für Sozialforschung (die spätere „Frankfurter Schule") gilt.[421] In Jena erwogen Korsch und Jerusalem die Gründung einer Soziologischen Gesellschaft und baten Gerland um seine Mitwirkung.[422]

Anfang April 1922 schickte Jerusalem dem Ministerium Aufzeichnungen zur „Pflege der Soziologie an der Universität Jena".[423] Die Soziologie müsse als integrierende „Universalwissenschaft" in Arbeitsgemeinschaft mit angrenzenden Wissenschaften betrieben, dafür ein federführendes Soziologisches Seminar eingerichtet und ein Fachsoziologe an seine Spitze berufen werden. Ausdrücklich hob Jerusalem die Rolle der Soziologie für die

[416] ThULB, HSA, NL Heinrich Gerland: Briefe Kollegen I 1918–1927 (Briefe vom 25.2. und 2.3.1922); Buckmiller u.a.: Karl Korsch (2001), S. 303–305.
[417] UAJ, C 1840, Bl. 4, 5.
[418] ThHStAW, ThVM C 318, Bl. 1–4.
[419] Werner: Moderne (2003), S. 238–307; Buckmiller u.a.: Karl Korsch (2001), S. 19–23; Lingelbach: Heinrich Gerland (2006), S. 208.
[420] Buckmiller: Marxismus (1973).
[421] An dieser Arbeitswoche nahmen u.a. auch der erste Geschäftsführer des „Instituts für Sozialforschung" Friedrich Pollock, Georg Lukácz und Richard Sorge teil, der die Einladungen zu diesem Treffen verschickte – vgl. Buckmiller u.a.: Karl Korsch (2001), S. 444.
[422] ThULB, HSA, NL Heinrich Gerland: Briefe Kollegen I 1918–1927 (Brief Jerusalems an Gerland vom 2.3.1922).
[423] ThHStAW, ThVM C 317, Bl. 3–5.

Psychologie und Pädagogik: Der „Fall Peters" und die Berufung von Peter Petersen und Mathilde Vaerting 1923

Die Vermutung liegt nahe, Greil habe die Geschäftsbereiche der Hochschulabteilung nicht zuletzt wegen des berufspolitischen Tauziehens um die noch zu besetzenden Lehrstellen für Psychologie und Pädagogik umverteilt. Nach wie vor standen sich die gegenseitigen Positionen zwar im Ton noch konziliant, sachlich aber konträr gegenüber. Das Ministerium wollte Wilhelm Reins frei werdende Stelle und die beiden für Lehrerbildungszwecke neu zu schaffenden Stellen mit Personen besetzen, die moderne pädagogische und sozialwissenschaftliche Methoden vertraten und für Lehrerbildung, Schulreform und experimentell-pädagogische Psychologie aufgeschlossen waren. Im Richtungsstreit zwischen „Herbartianismus" und „Reformpädagogik" favorisierte es letztere. Die in dieser Frage tonangebenden Gruppen der Philosophischen Fakultät bezogen eine ganz andere Position. Sie wollten die Psychologie- und Pädagogik-Ordinariate philosophisch ausrichten und die praktische Pädagogik einem Extraordinariat zuweisen. Inhaltlich sollte die Jenaer Pädagogik weiterhin auf den von Rein repräsentierten „Herbartianismus" festgelegt bleiben. Hier war unverkennbar Reins Einfluss zu spüren, der für eine solche Stelle zudem seinen Schüler und Schwiegersohn Georg Weiss in petto hatte.[477]

Das Tauziehen zwischen Fakultät und Ministerium um die Besetzung dieser Stellen zog sich nun schon seit Sommer 1922 hin. Ende Januar 1923 ging die Fakultät in die Offensive. Sie schlug Weiss für ein praxisorientiertes pädagogisches Extraordinariat vor und unterbreitete dem Ministerium für das aus ihrer Sicht philosophisch auszurichtende Ordinariat eine Berufungsliste, auf der auch der Name des „völkischen" Philosophen und Pädagogen Ernst Krieck auftauchte.[478] Greil reagierte auf diese Besetzungsvorschläge erst, nachdem er die Kompetenzen in der Hochschulabteilung umverteilt und Schaxel die Personalfragen übertragen hatte. Am 4. April 1923 teilte er der Fakultät mit, er könne ihre Vorschläge nicht berücksichtigen. Vielmehr biete er das Ordinariat für Psychologie dem Mannheimer Psychologen Wilhelm Peters und das Ordinariat für Pädagogik einem Wiener Pädagogen an. Über die andere Professur für Pädagogik werde später entschieden.[479] Auf diesen Entscheid reagierte die Philosophische Fakultät mit Aktionen, die den Beginn des „Thüringer Hochschulkonfliktes" im engeren Sinne markierten. Sie verfasste eine Protestnote und verschickte sie zugleich an Hochschulverband, Universitäten, Technische und Handelshochschulen – auch an die Mannheimer, an der Peters wirkte. Sie versuchte, seine Eignung für das Jenaer Psychologie-Ordinariat und sein wissenschaftliches Ansehen öffentlich in Zweifel zu ziehen und ihn so in Misskredit zu bringen. Und sie mobilisierte Oppositionsparteien und Regionalpresse gegen seine Berufung und gegen Greils Politik. Dafür reichte sie auch internes Material an Presse und Abgeordnete weiter. Der Dekan Judeich schaltete das Thüringer Büro der „Pons-Presse-Zentralen" ein. Damit nutzte die Fakultät – erstmals in diesem Ausmaß – ganz bewusst und zielgerichtet ein öffentlichkeitswirksames, meinungsbildendes Medium für ihren „Kampf mit dem Ministerium", das erst in der Schlussphase des Konfliktes Ende 1923 ebenfalls zu diesem Mittel griff und

[477] Prondczynsky: Universitätspädagogik (1999); vgl. auch Weiss: Wilhelm Rein (1966).
[478] Prondczynsky: Universitätspädagogik (1999), S. 127–129.
[479] UAJ, BA 928, Bl. 292; vgl. hierzu und zum „Fall Peters" insgesamt auch Eckardt: Gründung (1973), S. 534–545; Prondczynsky: Universitätspädagogik (1999), S. 139–147.

sich bis dahin mit einzelnen, meist richtig stellenden Meldungen in der Presse begnügte.[480]

Zum Sprachrohr der regionalen Pressekampagne gegen Greil und Peters wurde die *Jenaische Zeitung*. Sie veröffentlichte am 21. April eine anonyme Zuschrift „aus akademischen Kreisen", die Greil und Peters massiv angriff. Der „frühere Volksschullehrer und Sozialdemokrat" Greil zerstöre „Nationalgefühl und Religion" als „die bisherigen allgemeinen Grundlagen unserer Schulen" und bringe so die Thüringer Schulen „in Verruf". Auf dem Gebiet der wissenschaftlichen Psychologie stehe ihm kein fachmännisches Urteil zu. Aus Unkenntnis und mit außerwissenschaftlichen Absichten berufe er einen von der Fakultät überhaupt nicht vorgeschlagenen Pädagogen auf die psychologische Professur, „von dem leider zu erwarten ist, daß er die Greilschen Pläne unterstützen wird". Statt dem „aristokratischen Grundsatz: Bahn frei dem Tüchtigen" zu folgen, ignoriere Greil die Fakultätsliste und die Ratschläge Reins und betreibe so gegenüber der Universität „Parteipolitik". Das ganze Verfahren „schlage den Interessen der Universität Jena ins Gesicht" und sei „in hohem Grade kulturfeindlich". Mit Peters käme ein Hochschullehrer an die Universität, der die „religiösen und sittlichen Erziehungsziele der Pädagogik" und ihren Auftrag ignoriere, „die Kinder zu leistungsfähigen, schaffensfreudigen Mitgliedern der menschlichen Gesellschaft und zu sittlichen Menschen (zu) erziehen." Deshalb rufe der Verfasser „die thüringische Lehrerschaft" auf, zu den „verheerenden" und „destruktiven Anschauungen" des von Greil nach Jena berufenen Wilhelm Peters „Stellung zu nehmen".[481] Mit dieser offenkundig aus der Philosophischen Fakultät stammenden „Zuschrift" und mit der Weitergabe vertraulicher Unterlagen an Presse und Abgeordnete hatten die Scharfmacher den Bogen freilich überspannt. Es regten sich Bedenken und Stimmen, die zum Einlenken rieten. Der Historiker Cartellieri stellte am 25. April den Antrag, die Fakultät solle sich von dem Artikel distanzieren.[482] Er fand damit allerdings keine Mehrheit. Und schließlich stellten sich auch Rektor und Senat hinter die Fakultät und ihre Berufungsliste.

Wie die Fakultät Greils Entscheidung vom 4. April als Eingriff in die Hochschulautonomie empfand, so sahen Greil und Schaxel im Verhalten der Fakultät und der Universitätsgremien eine offene Kampfansage und einen Angriff auf Rechte und Kompetenzen des Ministeriums. Entsprechend scharf reagierten sie. Schaxel erklärte in einer mit dem „Fall Peters" befassten Sitzung des Landtags-Haushaltsausschusses am 12. April 1923, die Universität müsse auch in personeller Hinsicht „von Grund auf erneuert" werden.[483] Greil lehnte am 18. April jede weitere Verhandlung mit der Fakultät ab, solange sie nicht ihre Haltung ändere.[484] Nach der „Zuschrift" in der *Jenaischen Zeitung* ordnete er am 25. April an, die Fakultät habe bis auf weiteres alle amtlichen Schreiben vor ihrer Herausgabe dem Rektor und Senat zur Einsicht vorzulegen.[485] Mit sofortiger Wirkung hob er den §13, 1 des Universitätsstatus auf, wonach ein von der Regierung für eine Lehrstelle ausgewählter

[480] Rauchfuß: Hochschulkonflikt (2000).
[481] Die Besetzung des Lehrstuhls für Psychologie, in: JZ vom 21.4.1923.
[482] Eckardt: Gründung (1973), S. 544.
[483] UAJ, BA 1859, Bl. 54–56 (Bericht über die Ausschuss-Sitzung vom 12.4.1923), Zitat Bl. 56; vgl. auch den Abschnitt zum „Fall Schaxel".
[484] UAJ, BA 928, Bl. 301.
[485] Ebd., Bl. 302.

Universitätslehrer von der Universität noch förmlich zu berufen sei. Künftig schlössen die Berufungsverhandlungen mit der Ernennung des Erwählten durch das Staatsministerium ab. Gegen den Widerstand der Fakultät berief er Peters zum 1. Mai 1923 in das Jenaer Psychologie-Ordinariat.

Der ganze Vorgang ähnelte in vieler Hinsicht den zeitlich parallelen Wiener Vorgängen um die Berufung Karl Blühers.[486] In beiden Fällen verband sich der „schwere Weg der Institutionalisierung"[487] moderner experimenteller Psychologie mit allgemeinen politischen Konflikten, wissenschaftlichen Richtungskämpfen, staatlichen Eingriffen und universitären Abwehrhaltungen, die auch vor diffamierenden Angriffen nicht zurückschreckten.[488] Mit Peters kam ein markanter Vertreter der experimentellen Psychologie nach Jena, der zugleich zu den führenden intellektuellen Verfechtern universitärer Lehrerbildung gehörte. In diesem Sinne entwarf Peters mit seiner Denkschrift *Aufgaben, Ziele und Einrichtung der Psychologischen Anstalt der Thüringischen Landesuniversität* vom Juni 1923 ein umfangreiches Lehr- und Forschungsprogramm, das von der allgemeinen bis zur „angewandten Psychologie" (Pädagogik, Sozial- und Wirtschaftspsychologie) reichte, auch praktisch-psychologische Aufgaben im Dienste der Schule, der Jugendpflege und -fürsorge, Berufsberatung und des Wirtschaftslebens einschloss und für die studentische Ausbildung ein methodisch breites Spektrum anbot.[489] Es war bezeichnend für das offene geistige Klima der von Peters eingerichteten Psychologischen Anstalt, dass sich hier 1926/27 mit Annelies Argelander erstmals eine Frau an der Jenaer Universität habilitieren konnte.[490] Das blieb aber – wiederum bezeichnend für das ansonsten eher frauenabweisende Klima – die einzige Jenaer Frauen-Habilitation der Weimarer Zeit. Hingegen konnten sich bis 1933 an der freilich erheblich größeren Berliner Universität 14 und in Hamburg sechs Frauen habilitieren.[491] Insgesamt blieben Frauen, die in den 1920er Jahren erstmals in die „Männerdomäne" der Habilitation eindrangen, an den meisten deutschen Universitäten eine lästige „weibliche Konkurrenz" auf dem akademischen Arbeitsmarkt, derer man sich eher erwehrte als sie zu fördern.[492] Wilhelm Peters mit seiner Psychologischen Anstalt stellte da im Jenaer Falle die rühmliche Ausnahme dar.

Nachdem Peters ernannt worden war, blieben noch die beiden pädagogischen Lehrstellen – die Stelle von Rein und die neu eingerichtete – zu besetzen. Außerdem werde es – schrieb Greil am 15. Mai 1923 an Rektor und Senat – für die „Ausgestaltung des erziehungswissenschaftlichen Faches an der Universität" nötig sein, auch „im Schuldienst stehende, gereifte und erfahrene Persönlichkeiten nebenberuflich zur Lehrtätigkeit an der Universität heranzuziehen". Dafür solle der §17 des Universitätsstatuts wie folgt geändert werden: Künftig stehe es dem Ministerium für Volksbildung zu, „geeignete Personen, auch ohne daß sie sich als Privatdozenten habilitieren, nach Gehör der beteiligten Fakultät und des Senats die jederzeit widerrufliche Erlaubnis zum Halten bestimmter Vorlesungen und Übungen oder einen Lehrauftrag zu erteilen", was aber keine Zugehörigkeit zum

[486] Blüher: Krise (1927).
[487] Eckardt: Institutionalisierung (2003).
[488] Ash: Geschichte (1985), S. 58–62.
[489] ThHStAW, ThVM C 303, Bl. 10–15.
[490] Marggraf: Sonderkonditionen (2002), S. 45.
[491] Ebd., S. 43–45.
[492] Huerkamp: Konkurrenz (1994).

Lehrkörper der Universität begründe. Er ersuche Rektor und Senat um Äußerung.[493] Die Antwort war ein diplomatisch formuliertes, aber entschiedenes „Nein": Zwar stehe man einer „Erweiterung der Lehrtätigkeit auf allen Gebieten freundlich gegenüber". Aber die Universität müsse selbst prüfen und entscheiden, ob eine Persönlichkeit für sie wissenschaftlich geeignet sei, so tüchtig sie auch sonst sein möge. Denn nur die Universität könne „die Verantwortung gegenüber ihren Schwesteruniversitäten im Reich wie gegenüber der breiteten Öffentlichkeit tragen". Deshalb stimme man einer solchen Änderung des Statuts nicht zu. Der Große Senat bestätigte am 28. Juni diese Position.[494] Greil wies das in seiner Antwort vom 31. Juli 1923 zurück. Die Bedenken könne er nicht teilen. Deshalb habe das Staatsministerium das Statut entsprechend seinem Schreiben vom 15. Mai geändert. Zudem fordere er die Philosophische Fakultät auf, sich zu seiner Absicht zu äußern, die Oberschulrätin Anna Siemsen und den Oberstudienrat Otto Scheibner zum 1. Oktober 1923 zu Honorarprofessoren zu ernennen und ihnen die Lehrbefugnis zu erteilen.[495] Die Fakultät widersprach. Dennoch ernannte Greil die praxiserfahrenden Pädagogen Anna Siemsen, Otto Scheibner und Reinhard Strecker zu Honorarprofessoren für die künftige Lehrerbildung.[496] Er berief die engagierte Sozialistin Anna Siemsen zugleich als Oberschulrätin für das mittlere Schulwesen in das Ministerium und zur Leiterin des Jenaer Lyzeums.[497]

Unterdes hatte Greil auch Vorentscheidungen getroffen, wie die beiden regulären pädagogischen Lehrstellen zu besetzen seien. Am 26. Juni teilte er der Universität mit, eine der beiden Stellen werde stärker theoretisch ausgerichtet und mit dem Hamburger Privatdozenten und Lehrer der Lichtwarkschule Peter Petersen besetzt. Die andere solle einem pädagogischen Praktiker mit naturwissenschaftlicher Vorbildung von der Nürnberger Handelshochschule angeboten werden.[498] Gegen Petersen, der bei Rudolf Eucken in Jena promoviert hatte, erhob die Fakultät keine grundsätzlichen Einwände, obwohl er in seiner praktischen pädagogischen Arbeit wie in seinen bis dahin veröffentlichten Konzepten deutlich reformpädagogische Positionen vertrat. Er schien zumindest dem Verlangen nach einer philosophisch ausgerichteten Pädagogik-Professur nahe zu kommen. Petersens Publikationen nahm die Fakultätsmehrheit offenbar als „populäre" Schriften wahr und maß ihnen deshalb wenig Bedeutung bei. Vielleicht schien ihr in diesem Fall auch ein Einlenken ratsam zu sein. Jedenfalls akzeptierte die Fakultät Petersen. Er konnte dann mehr oder weniger reibungslos zum 1. August 1923 in die Pädagogik-Professur berufen werden und das Pädagogische Seminar und die mit ihm verbundene Universitäts-Übungsschule übernehmen.[499] Mit seinem Jenaer Wirken und seinen als „Jenaplan" international bekannt werdenden pädagogischen Konzepten wurde Petersen schulbildend und zu einer der markantesten wie umstrittendsten Persönlichkeiten der Reformpädagogik des 20. Jahrhun-

[493] UAJ, BA 92, Bl. 205.
[494] Ebd., Bl. 206 und 207.
[495] Ebd., Bl. 208, 208v.
[496] Prondczynsky: Universitätspädagogik (1999), S. 151.
[497] Hansen-Schaberg: Anna Siemsen (1999); Amlacher: Anna Siemsen (2000).
[498] UAJ, BA 928, Bl. 323.
[499] Prondczynsky: Universitätspädagogik (1999), S. 147–149; Kluge: Peter Petersen (1992 / 1996).

derts.[500] Seitdem galt Jena als ein mit den Namen Petersen, Peters, Scheibner, Siemsen und Vaerting assoziiertes Zentrum moderner pädagogischer und psychologischer Wissenschaft und entsprechenden reformpädagogischen Denkens von „beeindruckender Repräsentanz".[501] Dabei wurden freilich die inneren Differenzen meist ebenso übersehen wie der in Jena nach wie vor präsente „Herbartianismus in Wartestellung".[502]

Mit weitaus größeren Schwierigkeiten und Konflikten war hingegen die Besetzung der zweiten pädagogischen Lehrstelle verbunden. Mehrere dafür ausgewählte Kandidaten – darunter auch Paul Oestreich vom Bund entschiedener Schulreformer[503] – sagten ab. Damit wuchs der Zeitdruck auf das Ministerium, das die geplante „Ausgestaltung des erziehungswissenschaftlichen Faches an der Universität" bis zum Herbst abschließen wollte und dafür eine eigene Anstalt oder Abteilung der Philosophischen Fakultät plante. Erst im September richtete sich der Blick auf die promovierte Berliner Studienrätin Mathilde Vaerting, die sich im Kontext der „entschiedenen Schulreformer" mit reformpädagogischen Gedanken sowie mit Eugenik und Geschlechterproblematik befasste und vergeblich versucht hatte, sich an der Berliner Universität zu habilitieren. Trotz der Sorge, ob sie sich bei den zu erwartenden Widerständen in Fakultät und Senat als einzige – und zudem nicht habilitierte – Frau des Lehrkörpers behaupten könne, wurde sie vom Ministerium zum 1. Oktober 1923 in die zweite pädagogische Lehrstelle berufen und zur ordentlichen Professorin für Erziehungswissenschaft ernannt – als erste Professorin der Jenaer Universität und als erste Professorin der Pädagogik in Deutschland.[504] Und tatsächlich geriet sie schon bald ins Kreuzfeuer öffentlicher Auseinandersetzungen, wobei sie selbst kein Blatt vor den Mund nahm und deutliche Entschlossenheit zeigte, sich gegen ihre abweisenden männlichen Kollegen durchzusetzen. Besonders provozierend auf diese wirkten offenkundig die feministischen Forschungen und Publikationen zur Geschlechterproblematik, mit denen Mathilde Vaerting die Gleichberechtigung der Frau und die gesellschaftliche Gleichstellung der Geschlechter zu einer conditio sine qua non des politischen Gleichgewichtes erklärte.[505] In diesen Auseinandersetzungen um Mathilde Vaerting tat sich wieder einmal der Zoologe Ludwig Plate unrühmlich hervor.

„Als gute Deutsche können wir nur Antisemiten sein" – Der „Fall Plate" 1923/24

Plate lieferte im Sommer 1923 ein Intermezzo der besonderen Art. Am 17./18. Juli 1923 flocht er in seine Kollegs über Vererbungslehre wie gewohnt Ansichten über gesellschaftliche und politische Fragen ein, die er als Konsequenz wissenschaftlicher Lehren seines Faches ansah und gern der akademischen Jugend mitteilte. Er konnte damit in der Regel auf den Beifall der studentischen Zuhörer rechnen, die als „Jünger im Geiste" seine Ansichten teilten, mitunter noch radikalere Positionen vertraten oder sich von dem ruppigen

[500] Petersen: Der Jena-Plan (1991); Retter: Konzeption (1996); ders.: Identitätsbalancen (1998); ders.: Reformpädagogik (2007); Stallmeister: Peter Petersen (1999); zur NS-Zeit Petersens vgl. auch die entsprechenden Studien in KW (2003).
[501] Tenorth: Denken (1989), S. 117f.; Fauser: Jena (1995); Flitner: Jena (2007), S. 142f.
[502] So der kritische Grundansatz der Studie von Prondczynsky: Universitätspädagogik (1999).
[503] Böhm: Lehrer (1977).
[504] Prondczynsky: Universitätspädagogik (1999), S. 149–154; Kraul: Mathilde Vaerting (1999); Naumann: Mathilde Vaerting (2001).
[505] Vaerting: Verhältnis (1932).

Hochschullehrer einen Unterhaltungswert versprachen und sicher sein konnten, dabei auf ihre Kosten zu kommen. Diesmal aber saßen auch Studenten im Hörsaal, die Plates Ansichten weder richtig noch lustig oder unterhaltsam fanden. Sie schrieben seine Tiraden auf, machten sie öffentlich und lösten damit einen Skandal aus, der sich mit dem ohnehin schwelenden Konflikt zwischen Universität und Ministerium verknäulte.

Nach Ausführungen über Willensfreiheit, Rassenhygiene, Eugenik und „aristokratische Prinzipien" kam Plate auf „soziale Minderwertigkeit", „minderwertige Menschenrassen" und die von diesen ausgehenden Gefahren für „hochwertige Rassen" wie die Deutschen zu sprechen: Leider habe sich im deutschen Volk ein „fremder Bestandteil" eingenistet, der „von Asien komme und auch wieder nach Asien gehöre". Er meine die Juden. Sie hätten zwar auch einzelne gute Eigenschaften („Widerspruch bei der Mehrheit"), aber viele unangenehme, weshalb man sie ja auch überall bekämpfe. Das gelte vor allem für ihre „Kunst, die Mitmenschen auszunützen". Die jüdische Rasse denke „international" und bilde so einen „Pfahl in unserem Fleische". Man sehe nur die „Sozialdemokratie an, die uns das Elend der Revolution gebracht hat". Sie sei eine „jüdische Erfindung" und deshalb „die erste Ursache unseres Unglücks (stürmischer Beifall bei der Mehrheit)". Juden seien die „Träger der sexuellen Unmoral". Hinzu käme ihre „maßlose Geldsucht". Zwar billige er die Judenverfolgung nicht. Doch brauchten sich die Juden über Pogrome nicht zu wundern. In Summa: „Als ‚gute Deutsche' können wir nur Antisemiten sein." Solange die Verfassung Lehrfreiheit garantiere, werde ihn nichts daran hindern, hier seine „Ansicht über diese Fragen auszusprechen (stürmischer Beifall bei der Mehrheit)".[506]

Eine reichliche Woche später veröffentlichte das in der Abbe-Tradition stehende *Jenaer Volksblatt* eine „Zuschrift aus studentischen Kreisen", die diese Äußerungen zitierte, sie als Beleidigung der deutschjüdischen Kollegen und der republikanisch gesinnten Studenten interpretierte und das alles mit der Frage verband, ob dieser „Mißbrauch der Lehrfreiheit" durch einen Hochschullehrer und Beamten hingenommen werden könne.[507] Daraufhin verlangte der für die Universität zuständige Regierungsrat Schaxel, ein Dienststrafverfahren gegen Plate einzuleiten. Die Universität setzte eine Kommission unter dem Juristen Otto Koellreutter ein und beraumte die Voruntersuchung für das kommende Semester an.[508] Plate schickte dafür im August eine ausführliche schriftliche Stellungnahme. In ihr bezweifelte er vor allem die Korrektheit und Glaubwürdigkeit der Niederschrift und ihrer Verfasser. Auch seien sie unerlaubt in der nur für Zoologiestudenten zugelassenen Vorlesung gewesen und verfügten als Fachfremde nicht über das nötige Hintergrundwissen, um ihn überhaupt verstehen zu können. Im Übrigen besage die Lehrfreiheit, dass der Inhalt einer Vorlesung wissenschaftlich und somit frei sei. Deshalb dürfe sich ein Student nicht über ihren Inhalt aufregen. Wenn es ihm nicht passe, könne er ja der Vorlesung fern bleiben.[509]

Erst seit Ende November wurde der „Fall Plate" verhandelt. Währenddessen spitzten sich die Konflikte zwischen Universität und Ministerium so zu, dass der Universitätslei-

[506] UAJ, BA 950, Bl. 1r.–3r., hier Bl. 1r.–2r.
[507] Jenaer Volksblatt vom 28.7.1923 („Mißbrauch der Lehrfreiheit").
[508] UAJ, BA 950, Bl. 2r.–3r., 14.
[509] Ebd., Bl. 16–19.

tung jede Kritik an der Greil'schen Politik – und sei sie noch so dubios – willkommen war. Das bot Plate Gelegenheit, sich öffentlich zu der seines Erachtens infamen Kampagne gegen ihn zu äußern, wobei er gleich eine neue Zielscheibe für Attacken fand: die kurz zuvor von Greil berufene Mathilde Vaerting. Am 20. November 1923 schrieb Plate in der *Jenaischen Zeitung*: Es sei schon „so weit im sozialdemokratischen Thüringen gekommen, daß hier im Mutterlande der Reformation und der Gewissensfreiheit zwar ein Ministerialbeamter Dr. Kühnert auf Kosten der Steuerzahler eine Flugschrift zu Gunsten der Juden schreiben darf,[510] die an allen Schulen Thüringens verteilt wird, während man einem Vererbungs- und Rassenforscher einen Maulkorb verhängen will, bloß, weil er eine diametral entgegengesetzte Meinung vertritt." Und er wolle bei dieser Gelegenheit das Ministerium fragen, was es von den Ansichten der Frau Vaerting halte, die den „natürlichen Gegensatz der Geschlechter" bestreite und in ihrer Antrittsvorlesung nur „Gewäsch" statt „Wissenschaft" vorgetragen habe. Wenn das Ministerium schon meine, der Universität eine Frau „aufzwingen" und als „erste Dame in das Corpus academicum" einführen zu müssen, so hätte es bei einer solchen Ernennung schon „peinliche Sorgfalt" walten lassen müssen.[511] Nach einer kritischen Zuschrift legte Plate Anfang Dezember noch einmal nach: die Dame stehe „politisch weit links" bei den Parteien, die „ihr redliches Teil zum Ruin des Vaterlandes beigetragen" haben. In seinem Falle handele es sich um die „öffentliche Bedrohung der akademischen Lehrfreiheit", da sich zwei fachfremde Studenten „widerrechtlich" in sein Kolleg „eingeschlichen" hätten und Jena so „in seine Annalen die überaus traurige Tatsache zweier akademischer Spitzel eintragen" könne.[512]

Letztlich gab Plate damit die Lesart vor, die den Ausgang des Dienststrafverfahrens bestimmte.[513] Die Dienststrafkammer der Professoren Hübner, Edler, Hedemann, Ibrahim und Mentz sprach Plate im Januar 1924 von allen Anklagepunkten frei. Sie missbilligte zwar Verhalten und Äußerungen Plates, hielt ihm aber seine „besondere rednerische Veranlagung" und sein „ausgeprägtes Temperament" zugute und bescheinigte ihm lautere Motive: Er sei allein vom „lebendigen Drang nach Wahrheit beseelt", halte es für seine „erzieherische Pflicht", seine Erkenntnisse so zu unterrichten, wie er meine und wolle das, „was er auf dem Gebiet der Vererbungs- und Rassenlehre für schädlich hielt, bekämpfen".[514] Aus niedrigen Motiven hingegen – so die zwar nicht von der Kammer ausgesprochene, aber bald kolportierte Interpretation – hätten die Studenten gehandelt, die Plates Äußerungen mitschrieben und an die Öffentlichkeit brachten. Eine solche „Denunziation" widerspräche – so die „Vertreterschaft von 1911" in der Presse – „akademischer Sitte" und „Anstandsgefühl". Die daran beteiligten ausländischen Studenten – darunter ein früher russischer, nun staatenloser, jüdischer – hätten so Jenas Gastfreundschaft missbraucht. Das veranlasse die Vertreterschaft, „nunmehr energische Schritte in der Ausländerfrage zu unternehmen". Damit meinte sie den durch Schaxels gelockerte Zulassungspolitik 1923

[510] Gemeint war Nr. 4/5 der von Kühnert im Auftrag des ThVM herausgegebenen Flugschriftenreihe „Republik und Jugend. Blätter zur staatsbürgerlichen Aufklärung und Bildung".

[511] L. Plate: Die erste Professorin an der Universität Jena, in: JZ vom 20.11.1923.

[512] L. Plate: Nachtrag zu vorstehendem Artikel, in: JZ vom 4.12.1923; Mathilde Vaerting antwortete auf beide Artikel Plates am 11.12.1923 in der sozialdemokratischen Jenaer Zeitung „Das Volk" unter der Überschrift „Der Pädagoge Plate" und prangerte dabei Plates Frauen- und „Judenhetze" an.

[513] UAJ, BA 950 und 967a.

[514] UAJ, BA 967a (n.f.), hier Bl. 8 und 10 der Urteilsbegründung.

deutlich – auf über 20 % der Jenaer Studierenden – ansteigenden Ausländeranteil und vor allem die so aus Osteuropa und Sowjetrussland nach Jena kommenden – und ihnen höchst unwillkommenen – „jüdischen Ausländer".[515] Der Rektor Max Henkel stellte sich an gleicher Stelle hinter diese Erklärung der Jenaer Korporationen und fügte hinzu, es sei auch für die beiden an der „Denunziation" beteiligten deutschen Studierenden eine Schande, Plates Kolleg nur zu dem Zweck besucht zu haben, um Material gegen ihn zu sammeln. Damit hätten sie sich in unwürdiger Weise gegen die „akademische Tradition" vergangen.

Der ganze Vorgang war in vieler Hinsicht ein Lehrstück. Er ließ erkennen, was man an der Jenaer Universität mehrheitlich unter „akademischer Tradition" und „akademischem Korpsgeist" verstand: nicht Plates antisemitische Tiraden verstießen aus dieser Sicht gegen „Tradition", „Anstand" und „Sitte", sondern die Studenten, die sie an die Öffentlichkeit brachten. Er zeigte die Ausmaße des offenen und latenten Antisemitismus auch an dieser Universität. Er verwies auf damit verbundene – in bildungsbürgerlichen und rechtskonservativen Milieus weit verbreitete – fremdenfeindliche und kulturrassistische Denkmuster, Feindbilder, Vorurteile und Stereotype, die sich in ähnlicher Weise auch in den Landtagsdebatten über die „jüdische Frage" und den „Ostjudenzustrom" und in den entsprechenden Positionen der oppositionellen Rechtsparteien äußerten.[516] Und er verwies auf Haltungen, die Antisemitismus, Rassenhass und Fremdenfeindlichkeit tolerierten, sie als eine Art „lässlicher Sünde" abtaten und diejenigen anprangerten, die sich dagegen wandten. Plate – das zeigt dieser Fall auch – war ein egozentrischer und militanter Vertreter rassistischer, antisemitischer und antirepublikanischer Positionen, aber bei weitem kein Außenseiter. Ganz im Gegenteil – er wäre wohl sonst kaum 1924 zum Dekan der Philosophischen Fakultät gewählt worden. Seine Ansichten waren sicher nicht in allen Punkten mehrheits-, in vielen aber anschlussfähig. Und nicht wenige Jenaer Hochschullehrer und Wissenschaftler teilten seine Ansichten, ohne sie wie Plate öffentlich kundzutun. Was Plate im Sommer 1923 in seinen Kollegs ausbreitete, das schrieb der seit 1918 emeritierte Mathematiker und Logiker Gottlob Frege in der ersten Jahreshälfte 1924 in sein Tagebuch, wobei er ähnlich wie Plate den Sozialisten- mit dem Judenhass verband. In der Ansicht, die Juden müssten vom „deutschen Volkstum" ferngehalten werden, verstieg sich Frege bis zu der Forderung, man müsse sie öffentlich kennzeichnen.[517]

Die Mehrheit der Jenaer Hochschullehrer dürfte solch radikale Positionen nicht geteilt haben. Im kollegialen Umgang spielte der offene oder unterschwellige Antisemitismus kaum eine Rolle. Zudem gab es nur sehr wenige deutschjüdische Professoren an der Jenaer Universität.[518] Die bekannteren unter ihnen waren längst akademisch etabliert und ak-

[515] UAJ, BA 950, Bl. 99.

[516] Raßloff: Antisemitismus (2007), S. 357-361; zum akademischen Antisemitismus vgl. Hammerstein: Antisemitismus (1995).

[517] Gabriel/Kienzler: Tagebuch (1994), v.a. S. 1087.

[518] Otto Binswanger (seit 1880/91 Prof. für Psychiatrie, 1919 em., 1929 gest.), Eduard Rosenthal (seit 1883 Prof. für Rechtswissenschaften, 1926 gest.), Felix Auerbach (seit 1889 Prof. für theoretische Physik), Behrendt Pick (seit 1896/1911 Prof. für Münzkunde), Theodor Meyer-Steineg (seit 1911 Prof. für Geschichte der Medizin), Paul Weber (seit 1917/23 Prof. für Kunstgeschichte, 1930 gest.), Franz Gutmann (1921/29 Prof. für Wirtschaftswissenschaften); seit 1923: Wilhelm Peters (1923 Prof. für Psychologie), Emil Klein (1923 Prof. für Naturheilverfahren), Hans Simmel (1925 Prof. für

zeptiert. Sie wirkten – wie Otto Binswanger oder Eduard Rosenthal – schon lange an der Universität, waren bereits emeritiert und verstarben in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre. Oder sie wirkten – wie der Physiker und Kunstmäzen Felix Auerbach und der Kunsthistoriker und Stadtmuseumsgründer Paul Weber – in hohem Maße außeruniversitär.[519] Die 1923 neu berufenen jüdischen Professoren Wilhelm Peters und Emil Klein wurden eher politisch als rassisch angefeindet. Und Peters konnte sich in den folgenden Jahren durchaus erfolgreich etablieren. Die politisch-rassistische Assoziation von „links" und „jüdisch" zeigte sich selten so unverblümt wie bei Plate und Frege. Die professoralen Ressentiments prägten sich weniger gegenüber diesen wenigen jüdischen Kollegen aus als gegenüber einer soziokulturellen „Überfremdung" durch ausländische und „ostjüdische" Studierende, die man Schaxels Zulassungspolitik ankreidete. Der Wirtschaftsjurist Justus Wilhelm Hedemann etwa argumentierte intern nicht weniger kulturchauvinistisch und -rassistisch als die „Vertreterschaft von 1911" in ihrer öffentlichen Erklärung: „Herr Schaxel" – schrieb Hedemann am 20. Dezember 1923 an den VDH-Vorsitzenden und drückte damit die Mehrheitsmeinung der Jenaer Universitätsspitze aus – „hat eine Ausländer Politik betrieben, die uns eine völlige Überschwemmung mit ausländischen Elementen und zwar vor allem ausländischen Juden gebracht hat." Als Beispiel nannte Hedemann die Hauptvorlesung über Anatomie, bei der „von 182 Hörern nur noch 45 Deutsche und 137 Ausländer, darunter 95 ausländische Juden" seien. Deshalb gehe man nun „prinzipiell gegen diese Methode" vor.[520]

Plate selbst scheint der Ausgang des Disziplinarverfahrens jedenfalls ermutigt zu haben, fortan seine Ansichten erst recht und gegen Personen vorzutragen, die ihn in Jena selbst störten. Gegen Ende des Sommersemesters 1924 fühlte sich Plate – nunmehr zudem Dekan – erneut verpflichtet, seine Studenten über die „unangenehmen Eigenschaften der jüdischen Rasse aufzuklären". Diesmal klärte er über die Eigenschaft auf, „dass die Juden sehr häufig ihre Namen ändern, damit sie nicht so leicht als Juden erkannt werden können. Sie treiben Mimikry, geben sich in Russland russische, in Deutschland germanische Namen usf.".[521] Als Beispiel verwies er auf den an der Jenaer Universität wirkenden Juden Wilhelm Peters, der früher „Pereles" geheißen habe. Peters beschwerte sich bei Rektor Gottlob Linck über diesen „Missbrauch der Lehrfreiheit" für diffamierende Zwecke und verlangte, Plate in die Schranken zu verweisen. Plate rechtfertigte sich in seinem Antwortschreiben an den Rektor: Es müsse ihm überlassen bleiben, welche Beispiele er für seine wissenschaftliche Aufklärung wähle, ganz gleichgültig, ob sie auch Universitätsmitglieder betreffen. Er habe nicht Peters' Lehrbefähigung herabgesetzt, sondern nur seine „Rasseneigentümlichkeit" aufgedeckt. Die „Aufklärung der Studenten" sei „in einem solchen Falle wichtiger als das Interesse des jüdischen Professor an der Verborgenhaltung seiner Rasse". Die Lehrfreiheit stehe über jeder Kollegialität. Wobei er Peters nicht als Kollegen

Medizin), Berthold Josephy (1929 Prof. für Nationalökonomie), Leo Brauner (1932 Prof. für Botanik), - vgl. Kirsche: Geschichte (1998).

[519] Wahl: Auerbach (1992); Hellmann: Weber (1995); die Erinnerungen der Auerbach-Nichte an ihre Jugend in Jena verweisen deutlich auf den latenten Antisemitismus – vgl. Schröder-Auerbach: Jugend (1995).

[520] BArch, R 8088, Nr. 556.

[521] UAJ, BA 951, Bl. 2r.–3r. (Schreiben Plates zum Vorgang).

ansehe, da er seinerzeit der Universität „aufgezwungen" worden sei.[522] Das von Rektor Linck gegen Plate wegen Beleidigung eines Kollegen angestrengte Dienststrafverfahren verlief erneut im Sande. Es wurde Ende 1924 eingestellt und Plate die Absicht abgesprochen, Peters beleidigen zu wollen.[523] Plate selbst meinte, sein Verständnis von „Lehrfreiheit" auch statuarisch schützen zu müssen. Am 4. August 1924 reichte er eine Denkschrift zur bevorstehenden Revision des Universitätsstatutes ein. Es solle den Zusatz erhalten: „Die Universitätslehrer haben auf Grund der von der Reichsverfassung gewährleisteten Lehrfreiheit das Recht, den Inhalt und die Stoffabgrenzung ihrer Vorlesungen selbst zu bestimmen."[524] Und am 10. November 1924 stellte Plate den Antrag, in die Dienststrafordnung einen Passus einzufügen, wonach der Inhalt von Vorlesungen nicht zum Gegenstand von Disziplinarmaßnahmen gemacht werden dürfe.[525]

Die Gründung der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät 1923

Im Schatten dieses Falles und des Dauerkonfliktes zwischen Philosophischer Fakultät und Ministerium ging eine schon länger angedachte und vorbereitete Reform fast still und konfliktfrei über die Bühne: der Wechsel wirtschaftswissenschaftlicher Fächer von der Philosophischen an die Juristische Fakultät und deren Umwandlung in eine Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät. Dafür lagen bereits mehrere Initiativen und Denkschriften vor. Schon während des Krieges stellte man fest, dass bereits neun von 19 Universitäten solche Kombinationen aufwiesen, während an zehn Universitäten wie in Jena die Nationalökonomie zur Philosophischen Fakultät gehörte. Die Vorstöße der Juristischen Fakultät, die Nationalökonomie an sich zu binden, fanden an der Philosophischen Fakultät freilich wenig Gegenliebe.[526] Selbst der Nationalökonom Julius Piersdorff zeigte sich mit seinem Gutachten vom August 1917[527] reserviert. Die Nationalökonomie – zu diesem Zeitpunkt nur ein Ordinariat und ein Extraordinariat (der Ernst-Abbe-Lehrstuhl für Sozialpolitik) – sei an der Philosophischen Fakultät als der eigentlichen universellen Fakultät der Universität gut herangewachsen und aufgehoben, während die Juristischen und Medizinischen Fakultäten eher Fachschulcharakter trügen. Entscheidend sei nicht, welcher Fakultät die Nationalökonomie zugehöre. Nötig sei vielmehr die Reform des Prüfungswesens. Das Ganze wurde im Februar 1918 „bis auf weiteres" zu den Akten gelegt und erst nach dem Kriege wieder akut.

Dafür gab es verschiedene Impulse und Vorstöße. Einer ging von der Denkschrift des preußischen Kultusministers Haenisch vom 16. Dezember 1919 zur Reform des juristischen Studiums an den (preußischen) Universitäten aus. Sie forderte, das juristische Studium stärker staats- und wirtschaftswissenschaftlich auszurichten.[528] Ende November 1919 schlug der Verband Deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte dem Weimarer Innenministerium vor, neben dem 1919 gebildeten Institut für Wirtschaftsrecht unter Justus

[522] Ebd.

[523] Ebd., Bl. 27.

[524] UAJ, BA, Nr. 93, Bl. 222–226, hier: Bl. 222.

[525] ThHStAW, ThVM C 136, Bl. 14, 15.

[526] UAJ, BA 95, Bl. 1–31; vgl. auch 2. Kapitel im Abschnitt von Stefan Gerber.

[527] UAJ, BA 95, Bl. 7–20.

[528] UAJ, C 369, Bl. 101.

Wilhelm Hedemann auch einen Lehrstuhl für Arbeitsrecht einzurichten.[529] Beides löste eine neue Debatte über mangelnde „Wirtschaftsnähe" der Juristischen Fakultät und über die nötige Fusion mit der Nationalökonomie aus. Die Universitätskonferenz der Erhalterstaaten lehnte den Vorschlag des Verbandes Anfang Oktober 1920 mit der Begründung ab, das Institut für Wirtschaftsrecht decke das Fachgebiet mit ab.[530] Als Greil Ende Mai 1922 Hans Carl Nipperdey einen Lehrauftrag für Arbeitsrecht ausstellte, fachte das die Diskussion erneut an. Zu diesem Zeitpunkt schuf außerdem noch eine ganz anders gelagerte Initiative Handlungsbedarf.

Im Januar 1922 machte der Syndikus des Verbandes Thüringischer Industrieller den Vorsitzenden seines Verbandes und der Fördergesellschaft der Universität Ewald Pferdekämper auf die schon recht weit gediehenen Pläne Eisenacher Kommunalpolitiker und Industrieller aufmerksam, in Eisenach eine Thüringische Hochschule für Wirtschaft, Verwaltung und Technik zu gründen. Es habe sich bereits ein Gründungsausschuss konstituiert, eine Verfassung für die neue Hochschule ausgearbeitet und mit den Ministern Frölich, Greil und Brandenstein verhandelt, die sich sehr aufgeschlossen zeigten. Der Zweck der geplanten Hochschule solle die „Verbindung zwischen Volkswirtschaft, Jurisprudenz, Technik und Handelswissenschaft" sein. Dafür gebe es auch in Kreisen der Industrie großes Interesse. Da es der Zweck der Gesellschaft der Freunde der Thüringischen Landesuniversität Jena sei, die Verbindung zwischen Theorie und Praxis zu vertiefen, schlage er dieser vor, sie solle sich dafür einsetzen, dieses Vorhaben an die Jenaer Universität zu ziehen. Es sei nicht klug, sich solchen „Reformbestrebungen", die zudem von der Industrie unterstützt werden, „von vornherein ablehnend gegenüber" zu verhalten. „Ausserdem haben wir, wenn es gelänge, die neuen Ideen an der Universität Jena in die Tat umzusetzen, die Möglichkeit, bis zu einem sehr hohen Grade den Einfluss der heute sehr weit links gerichteten thüringischen Regierung auszuschalten, der in der neuen Hochschule sonst sicherlich ein starker sein dürfte."[531]

Pferdekämper reichte dieses Schreiben in Abschrift an seinen universitären Stellvertreter Gottlob Linck mit dem Vorschlag weiter, es in der Fördergesellschaft zur Diskussion zu stellen. Diese griff den Gedanken auf. Am 27. März 1922 legte sie eine *Denkschrift über das wirtschaftswissenschaftliche Studium an der Universität Jena* vor, die einen massiven Ausbau der wirtschaftswissenschaftlichen Fächer und ihre enge Bindung an Praxis und juristische Ausbildung verlangte.[532] Binnen eines Jahres näherten sich die Vertreter der Juristischen Fakultät und der seit 1919 an der Philosophischen Fakultät stark ausgebauten Nationalökonomie so weit an, dass sie im Sommer 1923 zur Fusion bereit waren. Nach Vorberatungen mit den Nationalökonomen Gerhard Kessler und Franz Gutmann beantragte der Dekan der Juristischen Fakultät Otto Koellreutter am 27. Juli 1923 bei Greil die Fusion der nationalökonomischen und juristischen Fächer zur Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät (RWF).[533] Am 24. August 1923 genehmigte Greil die Fusion

[529] Ebd., Bl. 103.
[530] Ebd., Bl. 111.
[531] UAJ, BA 96, Bl. 115–120 (Abschrift des Schreibens des Verbandssyndikus' vom 14.1.1922), Zitat: Bl. 119; vgl. auch UAJ, U I 15.
[532] ThHStAW, ThVM C 441, Bl. 10f.; ThHStAW, C 313, Bl. 1–4 (Entwurf).
[533] UAJ, BA 95, Bl. 33.

und Umwandlung zum 20. Oktober 1923.[534] Die neue Fakultät gliederte sich in eine Rechts- und in eine Wirtschaftswissenschaftliche Abteilung. Erstere umfasste das Juristische Seminar, das Institut für Wirtschaftsrecht, sechs Ordinariate, drei Extraordinariate und eine Honorarprofessur, letztere das Wirtschaftswissenschaftliche (zuvor Staatswissenschaftliche) Seminar, das 1922/23 eingerichtete Soziologische Seminar, drei Ordinariate und ein Extraordinariat. Die landwirtschaftlichen Fächer blieben bei der Philosophischen Fakultät. Trotz des kurzzeitigen, vergeblichen Versuches 1925, die beiden Abteilungen in zwei selbstständige Fakultäten umzubilden, hielt die Ehe bis zur Auflösung der Fakultät 1949.[535] Allerdings wurde 1938 die Wirtschaftswissenschaftliche Abteilung wieder aufgehoben.

Die Philosophische Fakultät leistete keinen nennenswerten Widerstand gegen den Auszug der nationalökonomischen Fächer. Den Verlust schien sie zu verschmerzen. Angesichts des Dauerkonfliktes mit dem Ministerium wollte sie möglicherweise auch keinen zusätzlichen Nebenkriegsschauplatz errichten. Außerdem hatten diejenigen, die – wie der Physiker Max Wien und der Chemiker Alexander Gutbier – die Sezession der naturwissenschaftlichen Fächer vorbereiteten, ihre Pläne nur zurückgestellt, aber nicht aufgegeben. Sie dürften kaum ein Interesse daran gehabt haben, den Präzedenzfall des Auszuges der Nationalökonomie zu verhindern. So ließ die Philosophische Fakultät sie denn zur anderen Fakultät ziehen, umso entschlossener, das, was sie bei dem Vorstoß aus ihrer Mitte heraus nicht verhindern konnte, auf jeden Fall zu unterbinden, wenn es „von außen", vom Ministerium kam. Denn nach wie vor musste sie mit strukturbildenden Maßnahmen des Ministeriums für die künftige Lehrerbildung rechnen. Und die wurden genau zu diesem Zeitpunkt akut.

Die Erziehungswissenschaftliche Abteilung, der „Fall Klein" und der Höhepunkt des „Thüringer Hochschulkonfliktes" 1923

Mit dem Vorbild dieser recht reibungslosen Fakultätsumbildung vor Augen setzte Greil Ende September 1923 die schon bei den Berufungen und Lehraufträgen für Psychologie und Pädagogik geäußerte Absicht um, eine Erziehungswissenschaftliche Abteilung für die Lehrerbildung einzurichten. Am 24. September teilte er dem Rektor und der Philosophischen Fakultät mit, er beabsichtige, nun auch diese Fakultät in (drei) Abteilungen zu gliedern: in eine Philologisch-historische, eine Mathematisch-naturwissenschaftliche und eine Erziehungswissenschaftliche Abteilung. Letztere solle sofort, die anderen danach gebildet werden. Er bitte Rektor und Fakultät, sich zu diesem Vorhaben und zum beiliegenden Satzungsentwurf zu äußern.[536] Der Dekan Judeich antwortete am 11. Oktober mit einem klaren „Nein": Gegen eine Stimme lehne die Fakultät eine Erziehungswissenschaftliche Abteilung ebenso ab wie eine Aufgliederung der Fakultät zum jetzigen Zeitpunkt. Eine so vergrößerte Selbstverwaltung erschwere zudem die Geschäftsführung.[537] Trotz dieses ablehnenden Votums richtete Greil am 10. November 1923 laut Regierungsbeschluss vom 29. Oktober die Erziehungswissenschaftliche Abteilung der Philosophischen

[534] Ebd., Bl. 35; vgl. auch UAJ, M 730.
[535] Opitz: Fakultät (2003).
[536] UAJ, BA 96, Bl. 1–4.
[537] Ebd., Bl. 5–7.

Fakultät mit Wilhelm Peters als Leiter ein.[538] Sie konstituierte sich am 22. November 1923 auf der Grundlage der vom Ministerium erlassenen Satzung.[539]

Dagegen verwahrte sich die Fakultät am 26. November erneut mit dem Argument, die vom Ministerium beabsichtigte Dreigliederung der Fakultät sei „noch nicht spruchreif".[540] Der Rektor Henkel stellte sich am gleichen Tage hinter die Fakultät. Auch er lehne solche Teilungstendenzen ab. Man müsse sich mit Händen und Füßen dagegen wehren.[541] Ebenso verhielt sich der Senat. Er stärkte am 1. Dezember auf der Grundlage eines ablehnenden Gutachtens des Juristen Rudolf Hübner dem Rektor und der Fakultät den Rücken und überwies die ganze Angelegenheit an den Großen Senat.[542] Hübner erhob in seinem Gutachten drei Haupteinwände gegen die Satzung der Erziehungswissenschaftlichen Abteilung: Sie mache in der Philosophischen Fakultät Persönlichkeiten sitz- und stimmberechtigt, die nicht zum akademischen Lehrkörper gehörten (§13). Die Abteilung könne Berufungs- und Habilitationsvorschläge unterbreiten (§5). Das sei ein rechtswidriger Eingriff in die Befugnisse der Fakultät. Die Abteilung verleihe den „Dr. phil." und behalte sich vor, eine erziehungswissenschaftliche Promotion einzurichten (§10). Auch damit werde geltendes Recht gestört.[543]

Während Fakultät, Rektor und Senat den Abwehrkampf gegen die Erziehungswissenschaftliche Abteilung organisierten, gingen sie selbst in die Offensive. Am 8. Oktober 1923 richteten Rektor und Senat ein Schreiben an das Ministerium, mit dem sie gegen dessen gesamte Berufungspolitik protestierten, die sich grundlos über die Vorschläge der Fakultäten hinwegsetze.[544] Das betreffe vor allem die Philosophische Fakultät mit der Berufung von Peters, Mathilde Vaerting und dem Betriebswirtschaftler Ernst Pape (dann RWF) sowie mit der Ernennung der Honorarprofessoren Siemsen, Scheibner und Strecker. An der Juristischen Fakultät (dann RWF) gelte das für die Berufung Korschs, an der Medizinischen Fakultät für die Berufung des Naturheilkundlers Emil Klein, dessen Lehrauftrag zudem unkorrekt ausgestellt worden sei. Dieser Liste folgten dann längere Ausführungen über die Untauglichkeit der Berufenen und über die Unrechtmäßigkeit solcher Eingriffe, verbunden mit der Forderung, das solle künftig unterbleiben.

Mit dem SPD-nahen Betriebswirtschaftler Ernst Pape[545] und dem Naturheilkundler Emil Klein standen zwei weitere Namen und Fälle auf dieser Beschwerdeliste, von denen vor allem der „Fall Klein"[546] in dieser Situation zusätzlich eskalierend wirkte. Seit dem

[538] Ebd., Bl. 10, 10v.
[539] Ebd., Bl. 11–14.
[540] Ebd., Bl. 16.
[541] Ebd., Bl. 18.
[542] Ebd., Bl. 23.
[543] Ebd., Bl. 24–25v.
[544] UAJ, BA 1859, Bl. 74–76v.
[545] Am 13.11.1923 wandten sich die Professoren Kessler, Gutmann und Elsner im „Fall Pape" an Adolf Weber als Vorsitzenden der Vereinigung der Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlichen Hochschullehrer und machten diesen auf die „schwere Gefahr" aufmerksam, die den deutschen Hochschulen drohe, „wenn derartige dem wissenschaftlichen Geiste fremden Grundsätze die Auswahl des akademischen Lehrkörpers beherrschen"; Weber antwortete am 6.12.1923 zurückhaltend, er habe sich schriftlich an Greil gewandt, ohne auf den „Fall Pape" weiter einzugehen – vgl. UAJ, BA 1859, Bl. 116, 116v, 131, 131v.
[546] Zum Folgenden vgl. Jung: Institutionalisierung (1996), S. 8-25.

Kaiserreich kämpften die Anhänger der Naturheilbewegung um die der wissenschaftlichen Schulmedizin gleichberechtigte Anerkennung der Naturheilverfahren und um die universitäre Institutionalisierung des Fachgebietes. Das traf auch für Thüringen und Jena zu. Seit 1920/21 mehrten sich die Anträge an Landtag und Regierung, an der Landesuniversität einen Lehrstuhl für Naturheilkunde und Naturheilverfahren einzurichten. Im September 1923 genehmigte der Landtag – gegen die Stimmen der Opposition – eine solche Professur, für die das Ministerium den ebenso praxiserfahrenen wie wissenschaftlich hoch angesehenen Berliner Naturheilarzt Emil Klein vorsah und – gegen den Widerstand der Medizinischen Fakultät – auch berief. Für diesen Widerstand gab es verschiedene Gründe. In erster Linie ging es um den Grundkonflikt zwischen Schulmedizin und Naturheilkunde. Zudem kam die Initiative von außen – von der Naturheilbewegung über Landtag und Ministerium. Damit sah man wieder einmal die akademische Selbstverwaltung bedroht.

Und es gab einen personellen Interessenkonflikt. Die Medizinische Fakultät sperrte sich keineswegs grundsätzlich dagegen, die Naturheilkunde und mit ihr verbundene bzw. ihr ähnliche medizinische Verfahren an der Jenaer Universität zu etablieren, zumal ihr damit erhebliche neue Mittel zuflossen. Der Name Kleins stand schon seit 1921 auf den Kandidaten- und Berufungslisten für ein solches Fachgebiet. Doch die Medizinische Fakultät hatte ihren eigenen Kandidaten Julius Grober, der seit 1911 an der Jenaer Universität einen Lehrauftrag für Physikalische Therapie wahrnahm. Und sie fühlte sich durch die Berufung Kleins übergangen. Dass Klein jüdischer Herkunft war, spielte dabei zwar keine direkte Rolle, indirekt aber schon. 1922 hatte sich ein öffentlich bekannt werdender Briefwechsel mit der „Gefahr" befasst, die Jenaer Medizinische Fakultät könne durch die Berufung Kleins stärker „verjudet" werden. Der universitäre Kandidat Grober war da von ganz anderer Statur. Er hielt bereits zu dieser Zeit rassenkundliche Kollegs.[547] Da die Fakultät die Berufung Kleins nicht verhindern konnte, stützte sie ihre Polemik gegen den unwillkommenen Kollegen auf den vom Ministerium auf Wunsch Kleins umformulierten Lehrauftrag seiner Professur. Es berief ihn nicht für „physikalisch-diätetische Therapie (Naturheilkunde)" – wie zunächst vorgesehen, von Klein aber als laienhaft formuliert abgelehnt –, sondern für „klinische Pathologie und Therapie". Und das – so die Argumentation der Medizinischen Fakultät – verschleiere die Zugehörigkeit Kleins zur Naturheilbewegung.

Das Beschwerdeschreiben vom 8. Oktober liest sich wie ein berufungspolitisches „Sündenregister" Greils. Es spielte eine maßgebliche Rolle bei der weiteren Eskalation des „Thüringer Hochschulkonfliktes", die sich mit der Reichs- und Landeskrise, dem Koalitionseintritt der KPD am 16. Oktober und dem Reichswehreinmarsch Anfang November überschnitt. Noch bevor es beim Ministerium eingegangen war, wurde das Schreiben der Presse übergeben. Das – meinte Schaxel im Januar 1924 rückblickend – habe das Tischtuch endgültig zerschnitten. Bis dahin sei das Verhältnis zwischen Universität und Ministerium noch „erträglich" gewesen, dann nicht mehr.[548] Greil verlangte am 13. Oktober vom Rektor, er solle ihm unverzüglich den Beamten melden, der das Schreiben an die Presse gege-

[547] Vgl. dazu und zu Grober auch die entsprechenden Abschnitte dieses Kapitels.
[548] UAJ, BA 1859, Bl. 211, 212 (Erklärung in der Versammlung „Universität und Volksstaat" am 20.1.1924 in den Rosensälen).

ben habe, bevor es überhaupt verhandelt worden sei. Nach der Antwort des Rektors, das sei Senatsbeschluss gewesen und kein Beamter dafür verantwortlich zu machen, ordnete Greil am 19. Oktober 1923 an, bis auf weiteres seien alle nach außen gehenden amtlichen Schreiben der Universität vorher dem Ministerium (Schaxel und der Ministerialgeschäftsstelle) zur Genehmigung vorzulegen.[549] Der Rektor lehnte das als statutenwidrig ab.

Danach versuchten beide Seiten am 26. Oktober 1923 noch einmal eine „Aussprache über die schwebenden Konflikte". An ihr nahmen der Rektor Henkel und der stellvertretende Ordinarius Hübner teil, von Regierungsseite die Minister Greil und Korsch sowie die für die Universität zuständigen Regierungsräte Stier, Schaxel und Kühnert.[550] Anfangs bemühten sich beide Seiten um einen konzilianten Ton. Doch das half nichts. Henkel und Greil gerieten so aneinander, dass schließlich nur noch Hübner die Verhandlungen für die universitäre Seite führte. Er brachte das Problem aus universitärer Sicht rasch auf den Punkt: Greils Erlass vom 19. Oktober werde an der Universität als „Maulkorbverfahren" und „Präventivzensur" empfunden. Hier greife die „demokratische Regierung eines modernen Volksstaates" zu Maßregeln, die an die Karlsbader Beschlüsse zu Metternichs Zeiten erinnerten. Greil bestritt eine Zensurabsicht. Er wolle nur Einsicht in die Akten haben und verhindern, dass interner Schriftverkehr an die Presse gelange. Korsch aber widersprach ihm. Es handele sich sehr wohl um Vorzensur, die durch das Universitätsstatut gedeckt sei, um Schaden von der Universität fernzuhalten. Deshalb sei der Erlass vom 19. Oktober auch – anders, als das die Universität darstelle – rechtens. Danach befasste sich die Aussprache nur noch mit dem „Fall Klein", den der Rektor, der sich nun wieder beteiligte, als „besonders schwer" bezeichnete, weil der erteilte Lehrauftrag den Landtag wie die Vertreter der Naturheilkunde brüskiere. Greil hatte schon eingangs erklärt, er lasse sich bei Berufungen auch von „politischen Gesichtspunkten" leiten, um Gegengewichte gegen „reaktionäre Elemente" zu schaffen und fügte nun hinzu: Für die Berufung Kleins seien „politische Gründe maßgebend" gewesen und das dürfe nicht „an solchen Äußerlichkeiten wie der Bezeichnung des Lehrauftrages" scheitern. Daraufhin stellte der Rektor die „völlige Unvereinbarkeit der beiderseitigen Standpunkte" fest. Er erklärte, unter diesen Umständen das Rektorat nicht weiterführen zu können, da ihn das sonst „in einen unüberwindlichen Gewissenskonflikt bringen würde". Er bitte deshalb, sein Amt niederlegen zu dürfen. Greil sprach zwar von seiner „Pflicht als Staatsbeamter", das übernommene Amt auch in schwierigen Zeiten zu führen. Er selbst habe schon „öfters solche Gewissenskonflikte auf sich genommen", akzeptierte dann aber das Rücktrittsgesuch.

Währenddessen befasste sich schon längst die Presse mit all diesen Vorgängen – mit der von Greil verfügten Erziehungswissenschaftlichen Abteilung, mit dem Sammelprotest gegen seine Berufungspolitik und mit Greils gesamtem Taten- und Sündenregister. Den Auftakt gab die *Thüringer Allgemeine Zeitung* am 14. Oktober unter dem Titel „Die Landesuniversität gegen die Greilsche Diktatur. Unerhörte Eingriffe in die Rechte der Fakultäten". Erstmals griff nun auch einer der von Greil Berufenen in die Pressedebatte ein. Am 24. Oktober veröffentlichte Wilhelm Peters im *Berliner Tageblatt* seinen Artikel zur „Thüringer Universitätspolitik", mit dem er die universitäre Haltung scharf kritisierte und die Kampagne der „Rechtspresse" gegen Greil anprangerte. Damit verlagerte sich die mediale Auseinandersetzung von der regionalen auf die überregionale Ebene. Und es griffen nun auch Jenaer Universitätsprofessoren direkt in die Pressedebatte über den „Thüringer Hochschulkonflikt" und über das Verhältnis von Staat und Hochschule ein. Otto Koellreutter und Rudolf Hübner wandten sich mit mehreren Artikeln in der Jenaer und Berliner Presse gegen Peters,[551] der darauf mit einem weiteren Artikel zum „Jenaer Universitätsstreit" reagierte.[552] Wegen dieses Artikels leitete Rektor Henkel ein Disziplinarverfahren gegen Peters ein, das er aber auf Anraten der Juristen als halt- und aussichtslos wieder abbrach.[553] Schaxel rechtfertigte am 19. Dezember 1923 im *Berliner Tageblatt* die Greilsche Berufungspolitik und den Erlass vom 19. Oktober.[554] In der Berliner Presse erschienen noch weitere Artikel, die das universitäre Verhalten kritisierten und um Verständnis für Greils Absichten warben, auch wenn man seine Methoden missbillige.[555]

Freilich nützte solch begrenzter medialer Rückhalt kaum noch etwas. Das Heft des Handelns war schon längst an die Universität übergegangen. Hier formierte sich eine Aktionsgruppe um den Rektor Henkel, den Dekan Judeich, den stellvertretenden Ordinarius Hübner und den Senats-Vertreter im Verband Deutscher Hochschulen (VDH) Hedemann, die erfolgreich die anderen deutschen Universitäten, den Hochschulverband und die Deutsche Studentenschaft (DSt) gegen das Greil-Ministerium mobilisierte. Der VDH und die DSt ergriffen mit Presseerklärungen und Protestschreiben Partei für die Jenaer Universität und gegen das Weimarer Ministerium.[556] Der Kölner Rektor sprach von „brutalen und sinnlosen Eingriffen", wie sie nicht einmal von den Besatzungsmächten am Rhein versucht worden seien.[557] Der VDH-Vorsitzende und Münsteraner Rektor erklärte, er stehe einer „scharfen Stellungnahme von vorn herein sympathisch gegenüber".[558] Dafür erbat er sich von Hedemann ausreichendes Informationsmaterial und ersuchte den Kieler Rektor um ein Rechtsgutachten, das der Jenaer Universität wegen der Erziehungswissenschaftlichen Abteilung eine „gerichtliche Klage gegen die eigene Regierung" ermögliche.[559] Für Anfang Januar 1924 bot er Hedemann an, selbst nach Jena zu kommen, um dort bzw. noch besser in Kösen oder Naumburg unter gleichsam konspirativen Bedingungen mit der Jenaer Universitätsspitze das weitere Vorgehen zu besprechen.[560]

[549] UAJ, BA 1859, Bl. 86, 89, 91.

[550] Ebd., Bl. 95–99 (von Hübner angefertigtes Protokoll); vgl. zu dieser Beratung auch den Eingangsabschnitt über „Grundkonstellationen der ‚Ära Greil'"; Korsch gehörte der Landesregierung seit dem Eintritt der KPD am 16.10.1923 als Justizminister an.

[551] Otto Koellreutter: Staat und Universität in Thüringen, in: JZ vom 10.11.1923; ders.: Thüringer Universitätspolitik, in: Jenaer Volksblatt vom 28.12.1923; Rudolf Hübner: Der Kampf der Universität Jena, in: Vossische Zeitung vom 27.12.1923.

[552] Wilhelm Peters: Der Jenaer Universitätsstreit, in: Vossische Zeitung vom 13.1.1924.

[553] UAJ, BA 96, Bl. 67; 1859, Bl. 206.

[554] Als direkte Replik vgl. Thüringische Landesuniversität und Volksbildungsministerium, in: Jenaer Volksblatt, vom 20.12.1923.

[555] G. Mamlock: Lehrfreiheit. Zum Jenaer Universitätskonflikt, in: Berliner Tageblatt vom 12.12.1923.

[556] Kleinliche Gewaltmaßnahmen. Die Hochschulen gegen den Thüringischen Volksbildungsminister, in: Deutsche Zeitung vom 4.12.1923; Der Konflikt der Universität mit der Regierung. Protestaufruf der deutschen Studentenschaft, in: Jenaer Volksblatt vom 5.12.1923; Thüringer Landesregierung und Landesuniversität, in: Jenaer Volksblatt vom 8.12.1923.

[557] BArch, R 8088, Nr. 556 (Solidarität-Schreiben an den Jenaer Rektor vom 29.11.1923, Abschrift).

[558] Ebd. (Schreiben an Hedemann vom 21.12.1923)

[559] Ebd. (Schreiben an den Kieler Rektor vom 3.1.1924, Durchschlag).

[560] Ebd. (Schreiben vom 29.12.1923, 4. und 7.1.1924).

Das erwies sich allerdings als nicht mehr notwendig. Denn unterdes hatten sich die politischen Koordinaten gründlich verändert. Anfang November 1923 griff das Reich gegen die SPD-KPD-Koalitionen in Sachsen und Thüringen ein.[561] Gestützt auf das Ausnahmerecht und den Not-Artikel 48 WRVf, verfügte der Reichspräsident die Reichsexekution gegen Sachsen. Auch in Thüringen marschierte die Reichswehr ein. Die KPD trat am 12. November aus der Koalition aus. Ihre Minister und Staatsräte – Karl Korsch, Albin Tenner und Theodor Neubauer – gingen zeitweise in die Illegalität. Die Rumpfregierung Frölich-Greil blieb zwar bis zum 20. Februar 1924[562] vorerst geschäftsführend im Amt, musste aber eine Reichs-Untersuchungskommission akzeptieren, um eine förmliche Reichsexekution zu vermeiden. Sie besaß kaum noch Handlungsspielraum. „Eine unmittelbare Hilfe könne der VDH-Vorsitzende, schilderte ihm Hedemann am 8. Januar 1924 ironisch die Situation, „uns allerdings jetzt nicht bringen, da sich die Thüringischen Minister alle gegenseitig beurlaubt haben, die Geschäfte also rein bürokratisch von den Ministerialdirektoren weitergeführt werden. So sind irgendwie durchgreifende Beschlüsse nicht mehr zu erwarten."[563]

Kurze Zeit nach dem Reichswehreinmarsch wandte sich der Stabschef der in Thüringen eingesetzten Truppen am 13. November 1923 an den Rektor: Er verwies auf Pressemeldungen unter der Überschrift „Terror gegen die Landesuniversität" und erbat vertrauliche Auskunft über den Stand der Dinge, um ein „möglichst lückenloses Bild über Thüringen und seine Regierung" zu erhalten.[564] Am 17. Dezember übersandte der Rektor dem Reichswehrkommandanten zwei Schriftstücke in Abschrift, die – so Henkel – erkennen ließen, dass „das Verhältnis zwischen der Universität und dem Ministerium für Volksbildung völlig unhaltbar geworden" sei und zu „einer klaren Entscheidung" dränge. Er sei bereit, ihm das Aktenmaterial zur Verfügung zu stellen.[565] Bei den beiden Schriftstücken handelte sich um zwei Beschlüsse des Großen Senats vom 15. Dezember zu den beiden Kernpunkten des eskalierenden Konfliktes und ihren – aus universitärer Sicht – professoralen Hauptübeltätern: Gegen eine Stimme beschloss der Große Senat, jeden amtlichen Verkehr mit dem Oberregierungsrat Schaxel abzulehnen und verpflichtete alle Mitglieder des Lehrkörpers, sich an diesen Beschluss zu halten.[566] Mit einer Gegenstimme und drei Enthaltungen lehnte er die von Greil verfügte Errichtung der Erziehungswissenschaftlichen Abteilung unter Wilhelm Peters als statutenwidrig ab und stellte sich damit hinter Fakultät, Rektor und Kleinen Senat. Die Ablehnung erfolge aus „formalen Gründen", weil die Rechte der Fakultät und des Senats nicht gewahrt wurden und aus „sachlichen Gründen", „weil durch die Aufhebung bewährter Einrichtungen einerseits und andererseits durch die Aufnahme von Sachen und Personen, die mit der Universität und Wissenschaft gar nichts zu tun haben, Ruf und Ansehen der Universität geschädigt werden."[567]

[561] Wörfel: Arbeiterregierung (1974); Voigt/Rudloff: Reichsexekution (2007).
[562] Die Landtags-Neuwahlen fanden am 10.2.1924, die Wahl der neuen Landesregierung unter Richard Leutheusser am 21.2.1924 statt.
[563] BArch, R 8088, Nr. 1859, Bl. 112.
[564] UAJ, BA 1859, Bl. 112.
[565] Ebd., Bl. 147.
[566] UAJ, BA 1859, Bl. 149 (Abschrift); zum Konflikt mit Schaxel vgl. den folgenden Abschnitt.
[567] UAJ, BA 96, Bl. 28, 29; UAJ, BA 1859, Bl. 148 (Abschrift).

Dieser Beschluss ging sofort an die Regionalpresse, die ihn unter der Überschrift „Ein Höhepunkt in dem Konflikt der Universität mit dem Ministerium Greil" und mit dem Kommentar, hier läge ein „neuer unerträglicher Eingriff in die Befugnisse und das Selbstverwaltungsrecht der Universität" und ein neues Beispiel „diktatorischer Maßnahmen des Ministers Greil" vor, abdruckte.[568] Das Jenaer Büro der „Pons-Presse-Zentralen" forderte vom Rektor die Zuleitung solcher Mitteilungen, um sie im ganzen Reich zu verbreiten.[569] Hedemann beschrieb dem VDH-Vorsitzenden den Leiter der Erziehungswissenschaftlichen Abteilung Wilhelm Peters mit den Worten: „Dieser Herr ist das Haupt der zersetzenden Tendenz, die zu eigenem Nutz und Frommen die alten Fundamente unserer Universität am liebsten ganz zertrümmern möchte."[570] Unterdes beschäftigte sich auch die vom Reich eingesetzte Untersuchungskommission – allerdings ohne nennenswerte Resultate – mit dieser Abteilung und dem gesamten „Thüringer Hochschulkonflikt".[571] Zwischendurch sorgten die im Zuge der Stabilisierungs-Maßnahmen per Ermächtigungsgesetz erlassene Reichs-„Personalabbau"-Verordnung (27. Oktober 1923), das entsprechende thüringische „Notgesetz über die Herabminderung der Personalausgaben" (28. Dezember 1923) und die damit verbundenen Personalabbau-Pläne für weitere Irritationen. Die Presse kommentierte das als reichsweiten „Abbau der Universitäten". Wegen fehlender Mittel werde das wissenschaftliche Potential lahm gelegt.[572] Im Falle Thüringens wurde auch das der Politik Greils angekreidet. Am 5. Januar 1924 schaltete sich der Reichsinnenminister Karl Jarres ein: Er werde die Eingaben gegen die Erziehungswissenschaftliche Abteilung mit der thüringischen Regierung erörtern, da das eine reichsweite Angelegenheit geworden sei.[573] Nach dem Regierungswechsel bat die Philosophische Fakultät am 29. Februar 1924 die neue Thüringer Ordnungsbund-Regierung unter Richard Leutheusser (DVP) um baldige Aufhebung der Erziehungswissenschaftlichen Abteilung.[574] Der Große Senat befürwortete diesen Antrag am 6. März. Am 1. April entband Leutheusser als neuer Volksbildungs- und Justizminister Peters von seinem Amt als Abteilungsleiter. Am 13. Mai 1924 hob Leutheusser die Erziehungswissenschaftliche Abteilung nach einem entsprechenden Regierungsbeschluss wieder auf.[575]

An ihre Stelle trat mit Wirkung vom 14. Mai 1924 die von Peter Petersen geleitete Erziehungswissenschaftliche Anstalt der Thüringischen Landesuniversität mit dem Pädagogischen Seminar und der Universitäts-Übungsschule.[576] An ihr lehrten von den 1923 neu Berufenen Peter Petersen und Otto Scheibner. Anna Siemsen und Reinhard Strecker wurden vom neuen Bildungsminister Leutheusser in den Wartestand versetzt. Auch hielten Wilhelm Flitner von der Jenaer Volkshochschule sowie Universitätsprofessoren anderer

[568] UAJ, BA 96, Bl. 30 (Pressemitteilung und gemeinsame Meldung des Jenaer Volksblattes, der Jenaischen Zeitung und der Deutschen Zeitung vom 18.12.1923).
[569] UAJ, BA 96, Bl. 31.
[570] BArch, R 8088, Nr. 556 (Schreiben vom 4.1.1924).
[571] Die Arbeit der Untersuchungskommission, in: Deutsche Allgemeine Zeitung vom 4.1.1924.
[572] ThHStAW, ThVM C 11, v.a. Bl. 124.
[573] UAJ, BA 96, Bl. 42.
[574] Ebd., Bl. 69.
[575] Ebd., Bl. 70–72.
[576] Mitteilungen Erziehungswissenschaftliche Anstalt 5 (1929), S. 13–17 („Fünf Jahre Erziehungswissenschaftliche Anstalt").

Fächer wie Koellreutter, Judeich und Michels Lehrveranstaltungen an der neuen Anstalt.[577] Sie blieb nach der Teilung der Philosophischen Fakultät 1925 bei der Rest-Fakultät, während Peters' Psychologische Anstalt in den Bestand der neuen Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät überging. Beide – Peters wie Petersen – konnten sich in den folgenden Jahren mehr oder weniger problemlos in ihre Fakultäten integrieren und wurden sogar Dekane. Mathilde Vaerting hingegen blieb eine Außenseiterin und zudem in einem permanenten Spannungsverhältnis zu Petersen, der argwöhnisch darauf bedacht war, ihr keinen Einfluss auf „seine" Erziehungswissenschaftliche Anstalt einzuräumen. Von der ursprünglichen Idee Greils, an der Jenaer Universität ein fächerübergreifendes Zentrum der Lehrerbildung unter wechselnder Leitung zu schaffen, blieb also nicht viel übrig. Doch nahmen die Erziehungswissenschaftliche Anstalt und die von Petersen – gegen den erklärten Widerstand seines emeritierten Vorgängers Rein – im reformpädagogischen Sinne umgestaltete Universitäts-Übungsschule einen raschen Aufschwung. Mit Petersens „Jenaplan" erlangten sie seit 1927 internationale Berühmtheit.[578] Allerdings standen nicht nur Rein und seine Schüler, sondern auch die überwiegend herbartianisch geprägte Thüringer Lehrerschaft Petersens „Neuer Erziehung" weitgehend distanziert gegenüber. Petersen meinte 1925 zwar, auf Grundlage seiner pädagogischen Konzepte – anders als in Preußen oder Sachsen – an der Erziehungswissenschaftlichen Anstalt ein geschlossenes „monistisches System" universitärer Lehrerbildung schaffen zu können.[579] Doch daraus wurde nichts, denn die neue Landesregierung beschritt andere Wege der – wie es Petersen bissig nannte – „Rückbildung der Lehrerbildung in Thüringen".[580] Gegen das Votum der Philosophischen Fakultät vom 18. Juli 1927, nach der nur die universitäre Erziehungswissenschaftliche Anstalt den „wissenschaftlichen Charakter der Lehrerbildung gewährleisten" könne,[581] richtete die Landesregierung 1927/28 ein eigenes, nur locker mit der Universität verbundenes Pädagogisches Institut ein. Es wurde zunächst von Otto Scheibner geleitet, der 1930 aber an die neue Pädagogische Akademie in Erfurt wechselte.[582] Zu seinem Nachfolger berief der NS-Volksbildungsminister Frick den Rein-Schüler Georg Weiss – Ausgangspunkt eines Richtungskampfes und Dauerkonfliktes zwischen dem Reformpädagogen Petersen und dem Herbartianer Weiss.[583]

[577] Mitteilungen Erziehungswissenschaftliche Anstalt 1 (1925), S. 19–25 („Die Erziehungswissenschaftliche Anstalt").

[578] Den Begriff „Jena-Plan" prägten die englischen Mitglieder des Vorbereitungskomitees der Internationalen Konferenz zur Reform- und Friedenspädagogik („New Education Fellowship") 1927 in Locarno, auf der Petersen sein Schulkonzept erstmals einer internationalen Öffentlichkeit vorstellte; im Anschluss an seinen Locarno-Vortrag griff Petersen diesen Begriff mit seiner seitdem in mehr als 60 Auflagen erschienenen Schrift „Der kleine Jena-Plan" für sein Schulkonzept auf – vgl. Petersen: Der Jena-Plan (1991); Flitner: Jena (2007), S. 142.

[579] Denkschrift 1925 über den Stand der akademischen Ausbildung der Volksschullehrer an der Landesuniversität Jena und ihre Organisation zu Ostern 1926 (Nach Erscheinen der preußischen Denkschrift zur Errichtung Pädagogischer Akademien), in: Mitteilungen Erziehungswissenschaftliche Anstalt 5 (1929), S. 18f.

[580] Ebd., S. 17.

[581] Ebd., S. 25f.

[582] Reble: Otto Scheibner (1995).

[583] Prondczynsky: Universitätspädagogik (1999), S. 164–185.

„Wer sich mit störenden Außengewalten verbündet" – Der „Fall Schaxel" 1923/24

„Zwei Themata" – schrieb Justus Wilhelm Hedemann am 20. Dezember 1923 an den VDH-Vorsitzenden – „beherrschen augenblicklich die Lage" an der Jenaer Universität: „Die Errichtung einer selbständigen Abteilung für Erziehungswissenschaften" und „der offene Bruch der gesamten Universität mit Oberregierungsrat Dr. Schaxel".[584] Dessen Eintritt in Greils Ministerium Ende 1922 standen Universitätsgremien und Lehrkörper von vornherein misstrauisch bis ablehnend gegenüber. Damit verletzte Schaxel aus ihrer Sicht akademische Standesregeln und tat etwas, was Hedemann vier Jahre zuvor in anderem Kontext vor Studenten anprangerte: er verbündete sich mit „störenden Außengewalten" und stellte sich so gegen die akademische Gemeinschaft.[585] Schaxels Botaniker-Kollege Otto Renner behauptete später, seit Schaxels Eintritt in das Ministerium und den daraus folgenden Konflikten jeglichen persönlichen Kontakt mit ihm abgebrochen zu haben.[586] Ohnehin galt der Haeckel-Schüler und Sozialist Schaxel im Kollegenkreis wegen seines streitbaren Wirkens in der Nichtordinarien-Bewegung, Arbeiterbildung und Sozialdemokratie als Außenseiter und „roter Professor".[587] Seine theoretischen Konzepte und Versuche, Darwinismus und Marxismus im Sinne einer „dialektischen Biologie" als Gegenposition gegen verbreitete sozialdarwinistische Lehren zu verbinden,[588] brachten ihn unter deren Anhängern zusätzlich in Misskredit.

Die Distanz zwischen Universität und Schaxel verstärkte sich, nachdem Greil am 15. Februar 1923 die Kompetenzen in der Hochschulabteilung seines Ministeriums umverteilte und Schaxel die Universitätsaufsicht mit entsprechenden universitäts-, berufungs- und zulassungspolitischen Vollmachten übertrug.[589] Seitdem erschien Schaxel als Vollstrecker der umstrittenen Greil'schen Berufungspolitik und als Spiritus Rector einer Zulassungspolitik, die bewusst das Arbeiter-, Frauen-, Lehrer- und Ausländerstudium förderte. Bereits unmittelbar nach seinem Eintritt in das Ministerium hatte Schaxel in diesem Sinne am 20. Oktober 1922 die Landesuniversität aufgefordert, nach Berliner Vorbild Sprachkurse für Ausländer einzurichten.[590] Schaxels Zulassungspolitik trug dazu bei, die 1921/22 absinkende Studentenzahl an der Jenaer Universität wieder anwachsen zu lassen. Im Sommersemester 1923 erreichte die Frequenz mit 2861 immatrikulierten Studenten fast den Höchststand der ersten Nachkriegssemester, ging dann aber rasch wieder zurück. Vor allem aber erhöhte Schaxels Zulassungspolitik den Anteil ausländischer Studierender. Er stieg 1923 auf 18,6 % im Sommer- und auf 22,2 % im Wintersemester. 1921/22 hatte er noch bei 5 % gelegen.[591] Aus universitärer Mehrheitssicht war das alles weniger ein Gewinn als eine Last für die Universität. Das gefährde – meinten die Gegner dieser Politik – die universitären Standards, vermehre die Gefahr eines „Studentenproletariats", „überfremde" die Universität und öffne sie für „zweifelhafte Elemente". Wie die Berufungs-

[584] BArch, R 8088, Nr. 556.

[585] JUZ 2 (SS 1919), Nr. 2 (9.5.1919), S. 65 (Immatrikulationsrede Hedemanns vom 3.5.1919) – vgl. auch Abschnitt 1 dieses Kapitels.

[586] UAJ, BA 967, Bl. 12 (Schreiben Renners an Schaxel vom 8.7.1935).

[587] Fricke: Julius Schaxel (1964); Hopwood: Science (1996); ders.: Biology (1997).

[588] Schaxel: Darwinismus (1924).

[589] ThHStAW, ThVM C 9, Bl. 6–8; vgl. auch den Abschnitt über die Umwandlung des Kuratoramtes.

[590] ThHStAW, ThVM C 201, Bl. 1.

[591] Vgl. Diagramm S. 404.

politik wurde auch die von Schaxel betriebene Zulassungspolitik zum roten Tuch für das Jenaer Universitätsestablishment. Und deshalb gehe man – schrieb Hedemann am 20. Dezember 1923 unverblümt an den VDH-Vorsitzenden – nun „prinzipiell gegen diese Methode" vor und setze alles daran, dass „die Zulassung von Ausländern der Regierung entzogen und wieder dem Rektor der Universität anvertraut wird".[592]

Zur offenen Konfrontation kam es erstmals im Frühjahr 1923, als Schaxel im Landtagsausschuss die Universitätsgremien wegen ihres Verhaltens im „Fall Peters" massiv kritisierte und erklärte, die Universität müsse personell von Grund auf erneuert werden.[593] Auf Antrag der Philosophischen Fakultät beschloss der Senat am 4. Juni 1923 mit acht gegen drei Stimmen einen Verweis gegen Schaxel wegen seines „Verhaltens als Regierungsvertreter in einer Berufungsangelegenheit".[594] Zwar stimmte der Große Senat diesem Verweis nicht zu. Er fasste auf Antrag Cartellieris am 9. Juni einen erheblich moderateren Beschluss, der Schaxels „unfreundliche Äußerungen" gegenüber der Universität „zur Kenntnis nahm" und die Regierung „um Aufklärung bat".[595] Der Grundkonflikt zwischen Universität und Schaxel gewann damit aber bereits deutliche Konturen. Er eskalierte seit Oktober 1923 und mündete nach dem Reichswehr-Einmarsch schließlich in den Senatsbeschluss vom 15. Dezember, den Dienstverkehr mit Schaxel einzustellen.[596] Damit brach die Universität im Grunde den amtlichen Verkehr mit ihrer vorgesetzten Dienststelle ab. Als einziger Hochschullehrer protestierte Wilhelm Peters gegen diesen ungesetzlichen Beschluss und teilte dem Rektor mit, er werde sich nicht an ihn halten.[597] Selbst dem VDH-Vorsitzenden kam die Situation höchst heikel vor. Deshalb schlug er Anfang Januar 1924 für ein mögliches Koordinationstreffen mit der Jenaer Universitätsleitung Kösen oder Naumburg vor, denn es müsse „unter allen Umständen" eine Begegnung mit Schaxel vermieden werden.[598]

Eine weitere Eskalationsstufe erreichte der Konflikt, nachdem Schaxel am 20. Januar 1924 auf der von den Landesausschüssen der SPD und der freien Gewerkschaften in den akademischen Rosensälen veranstalteten Tagung „Universität und Volksstaat" die Politik des Ministeriums rechtfertigte und den Rektor wegen der Weitergabe amtlicher Schriftstücke an den Militärbefehlshaber kritisierte.[599] Am 26./31. Januar forderten Senat und Rektor das Ministerium auf, Schaxel wegen Verletzung der Dienstpflichten und universitätsschädigendem Verhalten zu entlassen. Sie setzten eine Sonderkommission ein und ließen von dieser ein entsprechendes Rechtsgutachten erstellen.[600] Gegen den Senatsbeschluss vom 26. Januar protestierten diesmal Wilhelm Peters und Mathilde Vaerting mit einem Sondergutachten, das der Rektor dem Ministerium aber vorenthielt.[601] Am 5. Februar wies der geschäftsführende Ministerialdirektor Ernst Wuttig den gegen Schaxel gerichteten

[592] BArch, R 8088, Nr. 556.
[593] Vgl. den Abschnitt zum „Fall Peters".
[594] UAJ, BA 1859, Bl. 57.
[595] Ebd., Bl. 60.
[596] Ebd., Bl. 149.
[597] Ebd., Bl. 188.
[598] BArch, R 8088, Nr. 556 (Schreiben vom 4.1.1924 an Hedemann).
[599] UAJ, BA 1859, Bl. 211–214.
[600] Ebd., Bl. 198, 198v, 204, 204v.
[601] Ebd., Bl. 196–197v, 200.

Antrag als unbegründet zurück.[602] Nach dem Regierungswechsel verwendeten die Universitätsgremien das gegen Schaxel erstellte Kommissions-Gutachten dann für ihren erneuten Antrag an die neue Regierung Leutheusser, ihn seines ministeriellen Postens zu entheben.[603] Das geschah am 8. März 1924.[604] Schaxels Zuständigkeiten und Vollmachten fielen nun wieder an den Leiter der Hochschulabteilung Friedrich Stier zurück.

„Heraus aus der Wirrnis, zurück zur Ordnung"

Mit Schaxels Entlassung, der Aufhebung der Erziehungswissenschaftlichen Abteilung sowie schrittweiser Neuordnung des Schulwesens und der Lehrerbildung vollzog die „Ordnungsbund"-Regierung (1924/27) eine Teilrevision der bildungs-, schul- und hochschulpolitischen Maßnahmen ihrer Vorgängerin. Sie setzte damit deutliche bildungspolitische Zeichen. Kulturpolitisch stärkte sie den Bauhaus-Gegnern den Rücken und trug so zur Vertreibung des Bauhauses aus Weimar bei. Die Staatliche Bauhochschule (1926/30) unter Otto Bartning konnte als Nachfolgerin des Bauhauses zwar dessen Tradition in mancher Hinsicht wahren. Sie wurde zu einem Zentrum des „Neuen Bauens" und galt weithin als „das andere Bauhaus".[605] Doch blieb ihre Lage prekär. 1930 wurde sie vom NS-Minister Frick aufgelöst. Ihr waren so noch weniger Jahre beschieden als dem Weimarer Bauhaus. Unübersehbar vollzog sich 1924 nicht nur ein bloßer Regierungs- sondern auch ein politischer Koordinatenwechsel. Der Kontrast zwischen der von der KPD tolerierten und schließlich mitgetragenen sozialistischen Landesregierung Frölich-Greil und der von einer rechtsradikalen Landtagsfraktion tolerierten „Ordnungsbund"-Regierung Leutheusser stach ebenso ins Auge wie seine Folgen für die politische Kultur des Landes.

Wie die Reichstags- und Landtagswahlen des Jahres 1924 insgesamt signalisierten die Thüringer Landtagswahlen vom 10. Februar 1924 einen deutlichen Rechtsruck im Wählerverhalten. Davon profitierten nicht nur die DNVP und andere konservative Parteien wie der Thüringer Landbund (ThL). Erstmals zogen – so auch in Thüringen – rechtsradikale Abgeordnete verschiedener völkisch-nationalsozialistischer Gruppen in den Reichstag und in Länderparlamente ein. Wie in Thüringen entstanden auch im Reich und anderen Ländern „Bürgerblock"-Kabinette. Die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten bekräftigte 1925 den konservativen Rechtsruck in der Republik. Die Jenaer Universität nutzte Hindenburgs Staatsbesuch bei der Weimarer „Ordnungsbund"-Regierung am 10. Mai 1926, um ihm die Ehrenbürgerwürde zu verleihen „als Dank jener altehrwürdigen Universität eines Schiller, eines Fichte, als Dank für die unsterblichen Verdienste Eurer Exzellenz, des Vaterlandes Retter und Hoffnung".[606] Die Annahme, das alles werde die „nationale Rechte" mit der Republik versöhnen und diese stabilisieren, erwies sich freilich als irrig. Die politischen Verhältnisse in Reich und Ländern blieben instabil. Keine der folgenden Landesregierungen überstand eine volle Legislaturperiode. Alle Landtage wurden vorzeitig aufgelöst. Auch das Ende 1923 unter dem Namen „Thüringer Ordnungsbund" geschlossene Zweckbündnis von ThL, DNVP, DVP und DDP erwies sich als brü-

[602] Ebd., Bl. 203.
[603] Ebd., Bl. 220, 220v.
[604] ThHStAW, ThVM, C 9, Bl. 14.
[605] Winkler: moderne (1995); Nicolaisen: Das andere Bauhaus (1997); John: Landespolitik (1999).
[606] DJSt 1 (SS 1926), Nr. 3 (10.6.1926), S. 1.

chig. Die propagandistische Parole „Das ganze Land kam auf den Hund, uns hilft nur noch der Ordnungsbund" brachte ihm nicht die erhoffte absolute parlamentarische Mehrheit. Es war auf die Stimmen der am 10. Februar in den Landtag gewählten rechtsradikalen Abgeordneten des Völkisch-Sozialen Blocks angewiesen und schloss mit ihnen ein Tolerierungsabkommen.[607] Diese erlangten so – reichsweit erstmals – die Möglichkeit, die Regierungspolitik in gewissem Maße mitzugestalten.

Und diese Tolerierung hatte ihren Preis. Die 1925 neu formierte NSDAP fand im Land Thüringen nun besonders günstige Entfaltungsmöglichkeiten. Hitler konnte hier bereits öffentlich auftreten, als er in anderen Ländern noch Redeverbot hatte. Den ersten großen Reichsparteitag hielt die von Hitler reorganisierte NSDAP 1926 nicht zufällig in Weimar ab. Der 1925 gebildete NSDAP-Gau Thüringen wurde zunächst von dem völkischen Schriftsteller Artur Dinter, seit 1927 von Fritz Sauckel geleitet.[608] Er entwickelte sich seitdem zu einem besonders „zuverlässigen Gau" der NS-Bewegung.[609] Die von dem rabiaten Antisemiten Dinter geführte Fraktion völkisch-nationalsozialistischer Abgeordneter nutzte den Thüringer Landtag seit 1924 als Bühne für propagandistisch wirksame Anträge und für eine massive antisemitische Kampagne, die bei Teilen der Regierungsparteien ThL und DNVP durchaus Rückhalt fand.[610] Solche Anträge betrafen auch die Landesuniversität, um sie politisch unter Druck zu setzen[611] oder um sie „im Geiste deutschen Volkstums" für „ausländische Juden" zu sperren.[612] Sie knüpften ganz bewusst an den im „Falle Plate", im „Falle Klein" oder bei ähnlichen Anlässen[613] erkennbaren akademischen Antisemitismus an. Seit 1925/26 gab es an der Jenaer Universität eine Hochschulgruppe der NSDAP bzw. des NS-Studentenbundes.

Mit dem Regierungsprinzip, nach zwei Jahren „sozialistischer Wirrnis" wieder „Ordnung im Lande Thüringen" schaffen zu wollen, hatte das alles herzlich wenig zu tun. Trotzdem entspannte sich das Verhältnis zwischen Universität und Landespolitik. Die Maßnahmen der neuen Landesregierung und ihr „Ordnungs"-Prinzip kamen universitären Erwartungen entgegen. Man hoffte, nach dem „Thüringer Hochschulkonflikt" nun wieder ein geregeltes Verhältnis zwischen Hochschule und Staat zu erreichen, das akademischen Korpsgeist- und Selbstverwaltungs-Ansprüchen gerecht werde. Allgemein schien sich die Lage nach den rigorosen Reichs-Stabilisierungsmaßnahmen Ende 1923 zu entspannen. Mit der Währung stabilisierte sich die Wirtschaftslage – freilich nur relativ, zeitweise und mit hohen sozialen Kosten struktureller Massenarbeitslosigkeit, drastisch zurückgehender Studentenzahlen und eines beträchtlichen Sozialrechtsabbaus. Mit Reparationskompromiss, Dawesplan (1924), Locarnopakt (1925) und Völkerbundbeitritt

[607] Tracey: Aufstieg (1995).
[608] Raßloff: Fritz Sauckel (2007).
[609] Sauckel: Thüringens Weg (1938).
[610] Raßloff: Antisemitismus (2007), S. 361–370; Dressel: Landbund (1998).
[611] ThHStAW, ThVM, C 10, Bl. 51–71 (Schriftwechsel 1925/26 zwischen Landtag und Rektor über eine NSDAP-Landtags-Anfrage zu Aushängen in der Jenaer Universität).
[612] ThHStAW, ThVM, C 196, Bl. 5–8.
[613] So bei dem Beschluss der Jenaer Klinikerschaft vom 8.11.1922, bei klinischen Vorlesungen die ersten vier Bänke für „Studierende germanischer Abstammung" zu reservieren, der nach Presseberichten eine KPD-Landtags-Anfrage vom 28.11.1922 über den Antisemitismus unter der Jenaer Studentenschaft auslöste – vgl. ThHStAW, ThVM, C 10, Bl. 2; UAJ, BA 1902, Bl. 83 und 84; Fließ: Entwicklung (1959), S. 198f.

(1926) begannen sich die außenpolitischen Lage und das Verhältnis zu den Siegermächten des Weltkrieges zu entspannen. Das alles verhieß ruhigere Zeiten. Es nährte die universitären Hoffnungen, nun kehre endlich „Ruhe" und „Ordnung" ein. Die neue Regierung entsprach mit ihren Revisionsmaßnahmen den Wünschen der Universität. Sie kehrte zudem zur früheren Ressortstruktur zurück. Der neue leitende Staatsminister Richard Leutheusser (DVP) übernahm – wie schon 1920/21 Paulssen – das Volksbildungs- und das Justizressort. Er nahm dem Universitätsestablishment damit einen Stein vom Herzen. Denn im Dauerkonflikt mit Greils Volksbildungsministerium war dieses im Universitätsmilieu mittlerweile zu einer Art Feindbild geworden.

Auch das seit Jahren angespannte Verhältnis zwischen Landespolitik und Jenaer Studentenschaft normalisierte sich. Der politische Kurs der neuen Landesregierung kam dem Denken der studentischen Mehrheit und ihren Positionen in der strittigen Mitgliedschafts- und Ausländerfrage entgegen. Der seit 1920 schwelende und 1922 zeitweise eskalierende Studentenrechts-Konflikt wurde schrittweise beigelegt. Bereits in der Interimszeit strich der Studentenrechts-Erlass vom 8. Januar 1924 das 1922 von Greil verfügte „nationalkulturelle" Prinzip aus der Satzung der Jenaer Studentenschaft.[614] Das räumte freilich nicht nur Zündstoff beiseite, sondern auch eine Barriere gegen das Bestreben, nur auslandsdeutschen Studierenden „arischer Herkunft" das Mitgliedschafts-, Vertretungs- und Wahlrecht einzuräumen. Am 20. Mai 1924 fanden – erstmals seit vier Jahren – wieder AStA-Wahlen statt. An die Stelle des seit 1922/23 geschäftsführend und provisorisch tätigen Studentenausschusses trat nun wieder ein regulär gewählter. Das Wahlergebnis von neun Sitzen für die Korporationen der „Vertreterschaft von 1911", zwei Sitzen für die „Völkisch-nationale Finkenschaft" und nur einem Sitz für den demokratisch-republikanischen „Deutschen Studentenbund" lag in der Tradition der AStA-Wahlen 1919/20.[615] Doch prägten die „national gesinnten" Korporations- und Freistudenten das Wahlergebnis nun weitaus stärker als 1919/20. Das entsprach dem allgemeinen Rechtsruck im Wählerverhalten. Und dieser Trend hielt in den Folgejahren an. Dabei verschob die Radikalisierung der Studentenschaft nach rechts aber die Relationen. Seit dem Wintersemester 1930/31 lief der NSDStB den Korporationslisten den Rang ab. Dem Verhältnis zur Thüringer „Ordnungsbund"-Regierung kamen die AStA-Wahlergebnisse der Jahre 1924 bis 1927 durchaus zugute. Entsprechend stabilisierte sich die Situation der Jenaer Studentenschaft und ihres Ausschusses. Zum Wintersemester 1925/26 konnte der AStA erstmals wieder ein Nachrichtenblatt *Die Jenaer Studentenschaft* herausgeben,[616] das erheblich besser als die *Jenaer Universitätszeitung* (1919/20) ausgestattet war und sich in den Folgejahren zu einer recht beachtlichen Zeitschrift auswuchs.

Unterschwellig schwelten die Konflikte in der Deutschen Studentenschaft (DSt) und in den einzelnen Studentenschaften allerdings weiter. Sie brachen 1926/27 offen aus. In beiden Konfliktfällen lag der Zündstoff in Preußen und strahlte in das gesamte Reich aus. Am 25. April 1925 veröffentlichte der an der TH Hannover tätige Geschichts- und Kulturphilosoph Theodor Lessing im *Prager Tageblatt* einen ironisch und polemisch ge-

[614] UAJ, C 1086, Bl. 84; vgl. dazu die vorangehenden Abschnitte zum Studentenrecht.
[615] Vgl. Tabelle S. 287f.
[616] DJSt 1 (WS 1925/26), Nr. 1 (19.2.1926), S. 1 ("Zum Geleit") und 3 ("Zur AStA-Wahl- eine Rückschau und Vorschau").

schriebenen Artikel über Hindenburg. „National gesinnte" Studenten, die diesen Artikel als Beleidigung des Reichspräsidenten wie ihrer eigenen Ehre und Würde empfanden, boykottierten daraufhin Lessings Vorlesungen, griffen ihn auch tätlich an und verlangten von Hochschulleitung und Ministerium, Lessing wegen seines für einen deutschen Hochschullehrer „unwürdigen Verhaltens" die Lehrbefugnis zu entziehen. Der preußische Kultusminister Carl Heinrich Becker missbilligte zwar den Artikel. Er untersagte aber der Studentenschaft Hannovers die Boykottmaßnahmen und drohte widrigenfalls an, die Hochschule zu schließen. Daraufhin solidarisierten sich 1926 die meisten Studentenschaften – auch der Jenaer AStA – mit den Studenten Hannovers und wandten sich gegen das preußische Ministerium.[617] In Jena kritisierten nur der kleine „Block republikanischer Studenten" und der Nationalökonom Gerhard Kessler das Kesseltreiben gegen Lessing als „Verstoß gegen die akademische Lehrfreiheit".[618]

Der zweite Konfliktfall spaltete schließlich die Deutsche Studentenschaft. Er brach 1927 aus, als die preußische Regierung und ihr Kultusminister Carl Heinrich Becker den jahrelangen DSt-Verfassungsstreit beilegen wollten, indem sie den Studentenschaften Preußens mit der neuen Studentenrechts-Verordnung vom 27. September 1927 verbindlich vorschrieben, alle auslandsdeutschen Studierenden – nicht nur die „arischer Herkunft" – aufzunehmen.[619] Ansonsten drohte ihnen der Verlust staatlicher Anerkennung. Da sich fast alle preußischen Studentenschaften gegen die neue Verordnung aussprachen, verloren sie ihren rechtlichen Status. Mehrere Länder schlossen sich dem preußischen Vorgehen an, andere nicht.[620] Der deutschnationale Reichsinnenminister stellte sich hinter die preußischen Studentenschaften und gegen den DDP-nahen preußischen Kultusminister Becker. Der ins ganze Reich ausstrahlende preußische Studentenrechts-Konflikt führte zur Krise und zur Spaltung der Deutschen Studentenschaft, die ihren staatlich anerkannten Status einbüßte und fortan als Verein „freier Studentenschaften" agierte.[621] Der im Februar 1928 als Gegenorganisation gegründete Deutsche Studenten-Verband, der „nicht-völkische", republikanische Positionen vertrat, sich hinter Becker stellte und eine Arbeitsgemeinschaft mit dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold abschloss, fand an den einzelnen Universitäten und Hochschulen kaum Anhänger und nur geringen Einfluss auf die Studentenschaften und -ausschüsse. Auch der Jenaer AStA solidarisierte sich mit den preußischen Studentenschaften und verblieb in der DSt.[622] Dass die Jenaer Studentenschaft und ihr Ausschuss vom preußischen Studentenkonflikt und seinen Folgen weitgehend verschont blieben, nicht erneut in eine Konfliktsituation wie 1922 gerieten und ihre staatlich garantierten Rechte behielten, verdankten sie den landespolitischen Konstellationen.

[617] DJSt 1 (SS 1926), Sonder-Nummer zum „Fall Lessing" (17.6.1926); Fließ: Entwicklung (1959), S. 312-321.

[618] Jenaer Volksblatt, 12.6.1926 („Hannover und Jena. Ein Wort für Hochschulfreiheit und Hochschulreform von Prof. Kessler, Jena").

[619] Das alte und neue Studentenrecht (1927).

[620] ThHStAW, ThVM C 90, Bl. 11,12 (Stellungnahme der Hochschulverwaltungen zur Deutschen Studentenschaft und zum Deutschen Studentenverband).

[621] Zum preußischen Studentenrechtskonflikt und zur Spaltung der DSt vgl. Schulze/Ssymank: Studententum (1932), S. 490f.; Zinn: Selbstverwaltung (2005), S. 459-463.

[622] Zur Haltung des Jenaer AStA zur Frage des preußischen Studentenrechtes und zum Konflikt vgl. DJSt 2 (SS 1927), Nr. 1 (5.5.1927), S. 5f.; 2 (WS 1927/28), Nr. 2 (15.6.1927), S. 28-30; Nr. 4 (31.10.1927), S. 66-68.

Der Thüringer „Ordnungsbund" fiel im April 1927 zwar auseinander. Die nachfolgende Koalition wurde aber bis November 1928 weiterhin von Richard Leutheusser geführt, der auch das Bildungsressort behielt. In dieser Konstellation verweigerte sich die Thüringer Regierung dem preußischen Vorgehen. Und Leutheussers Nachfolger Arnold Paulssen (1928/30) korrigierte dann diesen Kurs nicht mehr.

Das Thema des fünften Jenaer Staats- und Rechtswissenschaftlichen Fortbildungskurses vom 10. bis 14. Juni 1924 „Heraus aus der Wirrnis, zurück zur Ordnung"[623] war zwar nicht unmittelbar auf Thüringen, sondern auf die allgemeine Staats- und Gesetzeslage in Reich und Ländern ausgerichtet. Es drückte aber auch die besonderen universitären Erwartungen an die Politik der „Ordnungsbund"-Regierung aus. Das Verhältnis blieb allerdings nicht ungetrübt. Das neue Ministerium kam zwar vielen Wünschen der Universität entgegen, aber nicht allen. Es beschränkte sich auf eine Teilrevision der Greil'schen Politik. Nur wenige der von Greil Berufenen wurden – wie Korsch, Strecker und Anna Siemsen – aus dem Amt gedrängt bzw. in den Wartestand versetzt. Die meisten behielten – wie Jerusalem, Peters, Petersen, Klein, Pape und Mathilde Vaerting – ihre Lehrstellen. Sie mussten akzeptiert werden. Im Falle Kleins erzielte die Medizinische Fakultät zumindest einen Teilerfolg: der Lehrauftrag erhielt nun doch die Bezeichnung „für Naturheillehre und Naturheilverfahren". Wie dieses Fachgebiet blieben auch Psychologie und Soziologie, die um mehrere Lehrstellen erweiterte Pädagogik und andere Neuerungen – so die in der „Ära Greil" zu persönlichen Ordinariaten aufgewerteten Extraordinariate. Auf diese Weise war der von seinem stockkonservativen Kollegen Victor Michels jahrelang niedergehaltene Germanist Albert Leitzmann persönlicher Ordinarius geworden – kein „linker", sondern ein deutschnational eingestellter Hochschullehrer, der die DNVP bald verließ, weil sie ihm „nicht aktiv genug war" und der dennoch im Kollegenkreis angefeindet blieb.[624] Konflikte mit dem neuen Ministerium zeigten sich vor allem in der leidigen Finanzfrage. Anfang 1927 musste sich die Universitätsspitze eine regelrechte Strafrede Stiers über die „Missverhältnisse ihrer Personalausgaben" anhören, verbunden mit der Drohung, ihre Berufungsvorschläge künftig zu ignorieren, wenn sie nicht Maß halte.[625] Und sie musste sich bei dieser Gelegenheit erneut Gedanken über den Rechtsstatus der Universität und ihre „Zwitterstellung" als selbstverwaltende Körperschaft und Staatsanstalt machen.[626] Schon 1924/25 zeigte sich in den Auseinandersetzungen um die Teilung der Philosophischen Fakultät, dass das Staat-Hochschule-Verhältnis auch unter der neuen Regierung keineswegs nur von Harmonie geprägt war. Auf deren Höhepunkt beklagte sich der Rektor Gottlob Linck bei Leutheusser, die Universität habe „unter dem früheren Ministerium dauernd und ernstlich um ihr Selbstverwaltungsrecht gekämpft" und sehe sich nun erneut dagegen gerichteten Methoden ausgesetzt.[627]

[623] ThHStAW, ThVM, C 320, Bl. 27.

[624] Steinbach: Tagebuchnotizen (2000).

[625] In der Beratung über die finanzielle Lage der Universität am 3.1.1927 – UAJ, C 96, Bl. 188–191.

[626] Ebd. sowie Bl. 192, 192v (Besprechung über die Rechtspersönlichkeit der Universität am 11.1.1927).

[627] UAJ, BA 96, Bl. 113 (Schreiben Lincks an Leutheusser vom 16.2.1925).

Die Gründung der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät und die neue Hauptsatzung 1924/25

Zunächst sah es ganz so aus, als ob diese Fakultätsteilung ebenso reibungslos über die Bühne gehen könne wie im Herbst 1923 die Umbildung der Juristischen zur Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät (RWF). Nachdem der „Spuk der roten Regierung" vorbei und das „Gespenst" einer eigenen Erziehungswissenschaftlichen Abteilung oder Fakultät gebannt waren, gingen die Protagonisten der Fakultätsteilung rasch ans Werk, wobei sie sich auf die Umfrage Anfang 1924[628] stützten und die Initiative unverkennbar bei den maßgeblichen naturwissenschaftlichen Fachvertretern lag. Begünstigend wirkten zudem die nach fast einem Jahr Ruhe nun beschleunigten Arbeiten zur Revision des Universitätsstatuts. Im Januar 1924 legte Rudolf Hübner den Entwurf einer neuen Hauptsatzung vor.[629] Er wurde dann von einer Kommission bearbeitet, im April/Mai mit dem Ministerium abgestimmt und im Juni/Juli 1924 in seiner überarbeiteten Fassung von den Senaten bestätigt.[630]

Vor diesem Hintergrund beschloss die Philosophische Fakultät am 25. Juli 1924 ihre Aufteilung in zwei Fakultäten zum 1. April 1925.[631] Der Senat bestätigte diesen Beschluss am 31. Juli. Unterdes formierte sich eine Gegenfront mit dem amtierenden Dekan Ludwig Plate an der Spitze. Am 2. August 1924 legten Plate, der Philosoph Bruno Bauch, der Germanist Albert Leitzmann und der Mathematiker Robert Haußner ein Sondergutachten gegen den Senatsbeschluss vor. Der gehe von „bloßen Nützlichkeitserwägungen" aus und ignoriere die den „Geist der Universitäten" berührenden schweren Gegengründe: Die beabsichtigte Teilung sei ein „Zeichen des Zerfalls". So komme die Universität „entgegen ihrem eigentlichen Geiste und ihrer Bestimmung" in die Gefahr, „in Fachschulen zu zerfallen".[632] Trotz dieses Sondergutachtens beantragten Rektor und Großer Senat am 6. August 1924 beim Ministerium die Aufteilung: die philosophischen, pädagogischen, philologischen, geschichtlichen und kunstgeschichtlichen Fächer sollten die künftige Philosophische Fakultät, die mathematischen, naturwissenschaftlichen und landwirtschaftlichen Fächer, Geographie und Psychologie die neue Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät bilden.[633] Letztere umfassten den größeren Teil der zu diesem Zeitpunkt an der Gesamtfakultät Studierenden. Bei einem Gesamtanteil von 42 % der Jenaer Studenten entfielen 30 % auf die künftigen MNF-Fächer und 12 % auf die restliche Philosophische Fakultät.[634] Rektor Linck erklärte in seiner Stellungnahme zum Antrag, dieser Schritt sei schon seit 1922 geplant; die Einwände des Sondergutachtens seien unbegründet.[635] Das Ministerium schloss sich dem an und genehmigte am 6. September 1924 die Teilung zum 1. April 1925. Ausdrücklich verwies es dabei auf das Vorbild der beiden RWF-Abteilungen. Solch differenzierende Maßnahmen ermöglichten eine „größere Beweglichkeit der akademischen Verwaltungskörper". Sie seien ein „unleugbarer Vorteil". Das wiege stärker als die Einwände des Gegengutachtens.[636]

[628] Ebd., Bl. 44–65.
[629] UAJ, BA 93, Bl. 8–13 (Entwurf), 27–37(Erläuterungen).
[630] Ebd., Bl. 38–215.
[631] ThHStAW, ThVM C 122, Bl. 1.
[632] UAJ, BA 96, Bl. 81–82, Zitat Bl. 81.
[633] ThHStAW, ThVM C 122, Bl. 2; UAJ, BA 96, Bl. 83.
[634] Schneider / Leutenberger: Beiträge (1953/54), S. 380.
[635] ThHStAW, ThVM C 122, Bl. 3–5.

Die Gruppe um Plate, Bauch, Wundt und Haußner gab sich allerdings noch nicht geschlagen. Sie zettelte vielmehr eine regelrechte Kampagne gegen Rektor Linck an,[637] um ihn beim Ministerium in Misskredit zu bringen. Dabei scheute Plate auch nicht davor zurück, Abgeordnete der Regierungsparteien gegen Linck und gegen den designierten und am 30. Januar 1925 gewählten MNF-Dekan Alexander Gutbier zu mobilisieren. Trotz Aussprachen und der zum 1. Dezember 1924 vom Ministerium in Kraft gesetzten neuen „Hauptsatzung der Thüringischen Landesuniversität Jena", die bereits beide Fakultäten auswies, weigerte sich Plate, Gutbier die Amtsgeschäfte für die künftigen MNF-Fächer zu übergeben.[638] Rektor und Senat wehrten sich mit einem Rechtsgutachten Hübners vom 7. Februar 1925 gegen diese Obstruktionspolitik. Zwar konnte die Gruppe um Plate mit ihren Intrigen einen Teilerfolg erzielen. Leutheusser ordnete am 10. Februar 1925 „zur Behebung der Streitigkeiten" an, dass bis zum vorgesehenen Termin der Teilung 1. April alle Amtshandlungen im Sinne einer neuen Fakultät zu unterbleiben hätten. Er setzte so das Senatsgutachten ohne Rücksprache mit Rektor und Senat gleichsam wieder außer Kraft.[639] Das veranlasste Linck zu seinem Protestbrief vom 16. Februar 1925 an Leutheusser. Das sei ein erneuter Eingriff in die Selbstverwaltungsrechte der Universität und ein „gefährlicher Präzedenzfall". Er bat den Minister eindringlich, solche Schritte künftig zu unterlassen und „Mitglieder der Universität" (gemeint war die Gruppe um Plate) „auf den satzungsmäßigen Weg zu verweisen".[640] Die Antwort des Ministers fiel versöhnlich und beruhigend aus.[641] Auch Plate konnte mit weiteren Gegenschritten in den folgenden Wochen die beschlossene Fakultätsteilung nicht mehr aufhalten. Zum 1. April 1925 nahmen die beiden neuen Philosophischen und Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultäten unter den Dekanen Oskar Schultz-Gora (Romanist) und Alexander Gutbier (Chemiker) ihre Tätigkeit auf.

Die anstelle des Statuts von 1907 am 1. Dezember 1924 in Kraft getretene neue Hauptsatzung[642] wies diese neue Fakultätsstruktur bereits ebenso aus wie alle anderen Strukturreformen seit 1919. Nur in einem Punkte blieb die neue Hauptsatzung unklar: Sie sah weiterhin das 1922 de facto abgeschaffte Kuratoramt vor (§ 4), ließ es aber ruhen. Der dem Staatsministerium vorgelegte zweite Entwurf der Hauptsatzung trug auf dem Titelblatt die handschriftlichen Vermerke „In nachstehender Fassung vom Staatsministerium erlassen" und „Über die Art, in der die Kuratorgeschäfte erledigt werden, und den Zeitpunkt der Einrichtung behält sich das Staatsministerium weitere Entschließung vor."[643] Darauf konnte sich dann der NS-Volksbildungsminister Fritz Wächtler berufen, als er 1932/33

[636] UAJ, BA 96, Bl. 84 u. 84v.
[637] Ebd., Bl. 86–88, 122–126 (Schreiben und Stellungnahmen Lincks vom 29.11.1924 und 5.3.1925 zu den gegen ihn gerichteten Angriffen).
[638] UAJ, BA 96, Bl. 93.
[639] Ebd., Bl. 105.
[640] Ebd., Bl. 112–114.
[641] Ebd., Bl. 140.
[642] Hauptsatzung (1924); UAJ, BA 93, Bl. 241–243; Nr. 96, Bl. 97.
[643] UAJ, BA 93, Bl. 243.

wieder einen Kurator einsetzte.[644] Die Universitäts-Hauptsatzung von 1924 wurde 1933 im Sinne der NS-„Gleichschaltungs"-Politik revidiert, aber nicht außer Kraft gesetzt. Auch die Verwaltungsstrukturen – mit der von Friedrich Stier geleiteten Weimarer Ministerialabteilung, der vom Amtsrat Julius Vogel geleiteten universitären Geschäftsstelle des Ministeriums in Jena, dem vom Universitäts-Amtsmann Hermann Leutenberger geleiteten, dem Rektor direkt unterstellten Universitätsamt und einem Universitätsrentamt für die Finanzverwaltung – blieben in dieser Form bis 1945 unverändert. Die im Gutachten des „Reichssparkommissars" Konrad Saemisch über die Landesverwaltung Thüringen 1929 empfohlenen Maßnahmen zum Verwaltungsabbau an der Landesuniversität – Aufhebung der Ministerialgeschäftsstelle und der Amtsrats-Stelle, Unterstellung des Universitätsrentamtes unter das Universitätsamt – wurden von einem Senatsausschuss Ende März 1930 als uneffektiv abgelehnt und blieben unausgeführt.[645]

1.4. Die „neu profilierte" Universität 1925–1933

Fakultäten und Lehrkörper nach der Strukturreform

Vom 19. bis zum 24. September 1921 fand der erste deutsche Physikertag in Jena statt. Die Vorbereitung des Kongresses lag in den Händen von Max Wien, der seit 1911 die große Physikalische Anstalt an der Salana leitete. An sich eine reizvolle Aufgabe, denn zu diesem Zeitpunkt brachte die deutsche und internationale Öffentlichkeit der physikalischen Forschung ein wachsendes Interesse entgegen. Themen der „modernen Physik" faszinierten ein breites Publikum. Wie die Versammlung der Naturwissenschaftler und Mediziner in Nauheim ein Jahr zuvor eindrucksvoll gezeigt hatte, profitierten davon neben der Relativitätstheorie vor allem die Atomphysik und frühe Quantentheorien.[646] Umso erstaunlicher war, dass den beiden Hochschulphysikern Johannes Stark und Wilhelm Wien die Einladung „feindlicher Ausländer" nach Jena großes Unbehagen bereitete. Als gastgebender Ordinarius gab ihnen Max Wien daraufhin zu verstehen, die ausländischen Gäste „abwimmeln" zu wollen. Gemeinsam verfolgten sie das Ziel, die „akademische Provinz" durch diese Fachtagung gegenüber der liberalen Physikermetropole Berlin nachhaltig aufzuwerten. Das polyzentrische Wissenschaftssystem der frühen Weimarer Republik begann seine Konturen auszuprägen.[647]

Diese Abwehrhaltung exaltiert „vaterländischer" Physiker gegenüber ihren Kollegen in den ehemaligen „Feindmächten" wurzelte gewiss zu einem Teil im Nachkriegsboykott der deutschen Wissenschaftler durch die westliche Staatenwelt. Allerdings setzte bei Max Wien auch kein Umdenken ein, nachdem sein Vetter Wilhelm Wien und Jonathan Zenneck als Vertreter der Deutschen Physikalischen Gesellschaft (DPG) im Februar 1924 von der London Physical Society in die englische Hauptstadt eingeladen worden waren. Im Gegenteil, als Vorsitzender der DPG kritisierte Max Wien die Veröffentlichung eines englischsprachigen Artikels in der *Zeitschrift für Physik* als eine „neue Dummheit" des verantwortlichen Berliner Redakteurs und Geschäftsführers der DPG.[648] In einem Rund-

[644] Vgl. den entsprechenden Abschnitt im zweiten Teil dieses Kapitels.
[645] ThHStAW, ThVM C 16, Bl. 84; UAJ, C 106, Bl. 1–5; vgl. auch Gutachten (1929).
[646] Forman: Die Naturforscherversammlung (2007), S. 42f.
[647] Zit. nach: Wolff: Physiker im „Krieg der Geister" (2001), S. 30.
[648] DMM, Archiv NL 89, 018, Mappe 3,7 (Max Wien an Arnold Sommerfeld vom 11.5.1925).

schreiben an die Mitglieder ihrer Zeitschriftenkommission beklagte er den darin zum Ausdruck kommenden „Mangel an nationaler Würde".[649] Aus Protest legte Max Wien im Sommer 1925 seinen Vorsitz in dieser größten deutschen Physikergesellschaft nieder. Auch unter den Naturwissenschaftlern wollte der „Krieg der Geister" kein Ende finden.[650]

In Max Wiens Einschätzung schwang ein Kulturnationalismus mit, der sich – etwa bei Max Planck – zugleich mit einem politischen Antirepublikanismus verband. Freilich bewerteten die genannten Physiker diese Wertorientierung als völlig apolitisch, in Übereinstimmung mit ihrer vermeintlich überparteilichen Grundeinstellung.[651] Dieses ambivalente Politikverständnis fand unter Philosophen, Naturwissenschaftlern und Hochschulmedizinern der Jenaer Universität breiten Widerhall. Sie argumentierten, von der Revolution und Republikgründung sei eine „Politisierung" der deutschen Hochschule ausgegangen. Diese würde infolgedessen auf das Niveau einer „Japsen- und Negeruniversität" herabsinken. So drückte es der Jenaer Internist Julius Grober in seinen unveröffentlichten Lebenserinnerungen aus.[652] Und der zu dieser Zeit bereits emeritierte Mathematiker und Philosoph Gottlob Frege vertraute seinem Tagebuch am 10. April 1924 an, er habe vergeblich auf Männer wie Ludendorff und Hindenburg gehofft. Also Männer, die nicht nur auf die Gegenwart sehen würden, sondern denen ein Plan vor Augen stehe, wie sie Deutschland vom französischen Druck befreien könnten. Aber es gehöre eben jugendliche Frische dazu, „um die Leute fortzureißen."[653] Es spricht vieles dafür, dass Frege, Grober und Max Wien nur die Meinung einer „schweigenden Mehrheit" der akademischen Elite akzentuierten, die in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre von den Anschauungen der Gründerzeitgeneration dominiert wurde. Gerade Vertreter dieser in den 1870er Jahren geborenen Alterskohorte zählten während der Reichspräsidentschaft von Paul von Hindenburg nicht selten zu den Verfechtern nationalistischer und ausländerfeindlicher Positionen, wie das Beispiel des Rechtsaußen der deutschen Physikerzunft Johannes Stark verdeutlicht. Ihre älteren Kollegen schieden zu diesem Zeitpunkt bereits aus dem Hochschuldienst aus. Unter diesen vor 1865 geborenen Hochschullehrern befanden sich wiederum überdurchschnittlich viele Geistes- und Sozialwissenschaftler, die in den frühen Weimarer Jahren als „Vernunftsrepublikaner" hervorgetreten waren.[654]

An der Universität Jena erstreckte sich dieser Umbruch im Lehrpersonal über ein ganzes Jahrzehnt. Er fand erst in den 1930er Jahren seinen Abschluss. In diesem Zeitraum wurden durchweg Angehörige der wilhelminischen Generation emeritiert, so die in den 1850er bis 1860er Jahren geborenen Ordinarien für experimentelle Physik (Max Wien), theoretische Physik (Felix Auerbach), Astronomie (Heinrich Knopf), angewandte Mathematik und Mechanik (Max Winkelmann), Geologie (Gottlob Linck) sowie der landwirtschaftlichen Fächer Pflanzenbau und Pflanzenzucht (Wilhelm Edler) und Agrikulturchemie (Heinrich Immendorff).

[649] Zit. nach: Wolff: Physiker im „Krieg der Geister" (2001), S. 33.
[650] Schröder-Gudehus: Deutsche Wissenschaft (1966), S. 88.
[651] Hachtmann: Anpassung und Nonkonformität (2007), S. 28.
[652] Zit. nach: Patemann: Julius Grober (1982), S. 266.
[653] Zit. nach: Frege: Tagebuch (1994), S. 1081.
[654] Schröder-Gudehus: Deutsche Wissenschaft (1966), S. 189; Szöllösi-Janze: Naturwissenschaft und demokratische Praxis (2008), S. 237; Elm: Deutsche Hochschullehrer (2008), S. 53.

*Für Trude Simonsohn und Irmgard Heydorn**

* Trude Simonsohn, Überlebende von Theresienstadt und Auschwitz, und Irmgard Heydorn, die in der NS-Zeit im Widerstand in Hamburg arbeitete, haben seit über 25 Jahren an Schulen und Universitäten die Aufklärung über das NS-Regime vorangetrieben. Damit haben sie auf ihre Weise einen großen Beitrag zu einer demokratischen und emanzipatorischen Bildung geleistet, die auch im Mittelpunkt der Forschung und Lehre von Berthold Simonsohn und Heinz-Joachim Heydorn an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main stand.

Benjamin Ortmeyer

MYTHOS und PATHOS statt LOGOS und ETHOS

Zu den Publikationen führender Erziehungswissenschaftler in der NS-Zeit:
Eduard Spranger
Herman Nohl
Erich Weniger und
Peter Petersen

[2009]

Beltz Verlag · Weinheim und Basel

5. Petersen: „Neue Erziehungswissenschaft gibt dem Satz seinen vollen Sinn: Adolf Hitler, der Erzieher des deutschen Volkes“[887]

> ***Buchenwald, 25. April 1944:*** *Der Erziehungswissenschaftler Prof. Dr. Peter Petersen (Jena) hält im Konzentrationslager Buchenwald bei Weimar auf Befehl des Reichsführers SS Heinrich Himmler den Vortrag „Wissenschaft im Dienst des Lebens – Erziehungswissenschaft der Gegenwart“. Die Zuhörer sind norwegische Studenten, die wegen ihrer Proteste gegen die NS-Besatzungsmacht in Norwegen inhaftiert wurden. Ziel des Vortrages ist es, die norwegischen Studenten zum Eintritt in die Waffen-SS zu bewegen.*[888]

Peter Petersen war nie Mitglied der NSDAP. Insbesondere in der Frage, welche Haltung die NSDAP zum Christentum einnahm, gab es gewiss Vorbehalte Petersens, der wusste und sah, dass zumindest ein bestimmter Flügel der NSDAP nicht einfach positives deutsches Christentum auf seine Fahne geschrieben hatte, sondern arisch-mystische Alternativen mehr und mehr favorisierte, ohne je das Bündnis mit der katholischen und evangelischen Kirche in Deutschland ganz aufzukündigen. Diese Vorbehalte verstärkten sich, als klar wurde, dass im Dschungel der inneren Machtkämpfe der führenden deutschen Erziehungswissenschaftler von der NS-Führung bewusst keine Eindeutigkeit zugelassen wurde und dass der Plan Petersens, „seine“ Schulideen des Jenaplans auf ganz Deutschland auszudehnen (was Montessori durch ihr Bündnis mit Mussolini und dem Papst im faschistischen Italien in einer ersten Phase gelang),[889] nicht zu verwirklichen war. Diese Vorbehalte verstärkten sich zudem, als immer klarer wurde, dass NS-Deutschland unter Führung Adolf Hitlers seine Versprechungen über rasche Blitzsiege seit 1943 ganz und gar nicht mehr einhalten konnte. An diesem Punkt war sich Petersen mit einer großen Gruppe ehemaliger deutschnationaler Bündnispartner der NSDAP gewiss einig. Doch ebenso klar und eindeutig beweisbar ist, dass Peter Petersen sich seit 1933 mit Lobeshymnen als innerdeutscher und internationaler Propagandist des NS-Regimes betätigte. Eine Durchsicht der von ihm geschriebenen Beiträge und Broschüren nach dem Januar 1933 zeigt dies.

[887] Petersen, Peter: Von der Methodik zur Pädagogik des Unterrichts, in: Bayrische Lehrerzeitung, 69. Jg. (1935), Heft 16/17, S. 257.

[888] Am Abend des 13. Januar 1944 kamen 349 norwegische Studenten im KZ Buchenwald an und wurden am ganzen Körper kahlgeschoren. Sie erhielten die Häftlingsnummern 39089 bis 39437 und wurden in die Holzbaracke des Blocks 19 eingewiesen (Hirte, Roland/Stein, Harry: Die Beziehungen der Universität Jena zum Konzentrationslager Buchenwald, in: Hoßfeld, Uwe/John, Jürgen/Lemuth, Oliver/Stutz, Rüdiger (Hrsg.): „Kämpferische Wissenschaft“. Studien zur Universität Jena im Nationalsozialismus, Köln/Weimar/Wien 2003, S. 384. Vgl. dazu auch: Hemmerling, Axel: Die Friedrich-Schiller-Universität Jena und das Konzentrationslager Buchenwald (Seminararbeit), Universitätsarchiv Jena 1999, Sonderdruck Nr. 229, S. 14–16 und Zimmermann, Susanne: Die medizinische Fakultät der Universität Jena während der Zeit des Nationalsozialismus, Berlin 2000, S. 185–187).

Torsten Schwan teilt mit, dass Petersen 1944 insgesamt drei Vorträge im KZ Buchenwald zu den Themen „Pädagogik (Allgemeine Erziehungswissenschaft)“, „Über Jesuitenerziehung, ein historisches Moment“ und „Wissenschaft im Dienste des Lebens“ gehalten hat. Die beiden überlebenden Zuhörer Jan Bendix Lien und Arnt Friisk erinnern sich, dass die Vorträge „schwerpunktmäßig (...) doch mit ‚Rassentheorie und Nazipropaganda vermischt‘ gewesen“ seien. Petersen selbst schreibt am 1.4.1944 an Döpp-Vorwald: „Zur Zeit habe ich einen Sonderauftrag [sic!] mit durchzuführen an rd. 300 Studenten, wöchentlich einmal, aber ganz kann ich das nicht so pünktlich ausführen, weil ältere Verpflichtungen dazwischen kommen“ (Schwan, Torsten: Die Petersen-Rezeption in der Bundesrepublik Deutschland 1960 bis 1984. Die Jenaplan-Pädagogik zwischen „defensiver Rezeption“ und einsetzender „Petersen-Kritik“, Frankfurt am Main/Berlin/Bern/Brüssel/New York/Oxford/Wien 2007, S. 137 ff.).

[889] Siehe dazu Hélène Leenders: Der Fall Montessori. Die Geschichte einer reformpädagogischen Erziehungskonzeption im italienischen Faschismus, Bad Heilbrunn 2001.

a) Veröffentlichungen 1933–1936

Petersen veröffentlichte im Juni 1933 eine **Rezension** in der Zeitschrift „Blut und Boden. Monatsschrift für wurzelstarkes Bauerntum, deutsche Wesensart und nationale Freiheit“. Er bespricht Karl Beyers Buch „Jüdischer Intellekt und deutscher Glaube“ (Leipzig 1933). In einer Mischung aus Wiedergabe der Ansichten Beyers und Petersens eigenen Vorstellungen heißt es:

> *„Denn da es unleugbar in Deutschland ganz besonders ausgeprägt und viel viel stärker als in anderen Ländern (von denen die Mehrzahl einen eigentlichen Antisemitismus nicht kennt) eine völlige Ablehnung ‚jüdischen‘ Wesens gibt, so muss ja das seinen Grund darin haben, dass deutsches Wesen irgendwie sich als Gegensatz zum Jüdischen empfindet. Beyer entwickelt mit Schärfe, wie alle Versuche von Juden, deutsche Art, deutsches Verehren und Lieben, deutsche Kultur und Politik zu verstehen, gar sich uns anzupassen, völlig misslingen. Alles bleibt Oberfläche, wird Lieben und Hassen ‚um die Ecke herum‘, Handeln ohne Gewissen und Treue und Ehre, so wie Deutsche Ehre, Treue, Gewissen erleben und vor allem leben müssen, um nicht zerspalten, zerbrochen unseelig dahinzuleben. Weil es dem Juden unmöglich wird, unsre Art innerlich mitzuleben, so wirkt er in allem, das er angreift, für uns zersetzend, verflachend, ja vergiftend und tritt alles in den Dienst seines Machtstrebens. Da er ja hier nicht ehrlich echt dienen kann, so rückt alles für ihn unter den Gesichtspunkt, wie kann es der Mehrung meiner Macht über die Menschen dienstbar gemacht werden? Und damit kommt es auch zu einer Überernährung des Intellektuellen, des Abstrakten und Gefühlsleeren. Alle diese Gedanken würden sich tausendfach belegen lassen, wenn Beyer noch auf das Gebiet der Philosophie eingegangen wäre, wo der Versuch jüdischer Denker, deutsche Philosophie auszulegen und fortzubilden, gleiche Zersetzungserscheinungen aufweist.“*

Ohne Frage will Petersen die antisemitische „Analyse“ noch auf das Gebiet der Philosophie verlängert und vertieft wissen. Der deutsch-nationalistische Antisemitismus wird von Petersen Mitte 1933 punktgenau formuliert. Auch der abschließende Absatz entsprach der NS-Sprachregelung 1933, wie sie auch Ernst Krieck ähnlich formuliert hatte:

> *„Ob nicht in den Kreisen des Judentums selber die Erkenntnis aufdämmert, dass seine Versuche, sich in fremde Kulturen einzuleben, mindestens in die deutsche Denk- und Fühlweise, wie sie seit dem 18. Jahrhundert immer wieder bis in die jüngste Zeit hinein gemacht worden sind, misslungen sind? Dann würde auch bei den in Deutschland lebenden Juden die Rückbesinnung auf die eigene Art zu einer Gesundung führen, wie sie ja im Zionismus mit bestem Erfolg bereits erfolgt ist.“*[890]

Der erste wesentliche Aufsatz Petersens nach dem Januar 1933 war **„Bedeutung und Wert des Politisch-Soldatischen für den deutschen Lehrer und unsere Schule“**.[891] Wie der Titel schon andeutet, geht es vor allem um ein bestimmtes Menschenbild, das Bild des „Soldatischen“ als das Vorbild für Erziehungsarbeit:

> *„Der deutsche Offizier, Entwicklung und Darstellung eines Mannestypus, der in der Welt einzig dasteht, ist verantwortlich für die alle Männer unseres Volkes erfassende Wehrerziehung, die immer zugleich auf den ganzen Mann ausging.“* (Petersen: Bedeutung und Wert, 1934, S. 2)

Petersen wendet sich unter Berufung auf Alfred Lichtwark, Hugo Göring und Hermann Lietz sowie Alfred Baeumler gegen die alte, „im Kern undeutsche Schule“ und spricht sich für einen Militärgeist“ aus, der „echt militärisch streng und konsequent“ sein, aber nicht beim deutschen Mann „Sklavenfurcht“ erzeugen soll,

[890] Petersen, Peter: Rezension von: Karl Beyer: Jüdischer Intellekt und deutscher Glaube (Leipzig 1933), in: Blut und Boden. Monatsschrift für wurzelstarkes Bauerntum, deutsche Wesensart und nationale Freiheit, 5. Jg. (1933), Heft 6, S. 285–286. *[Dokumentation ad fontes Petersen: Nachtrag]*

Ein Heft später erklärt Petersen im Rahmen einer weiteren **Rezension**, dass der japanisch-chinesische Krieg von demselben Weltkapital angezettelt worden sei, das „Deutschland zum Sklaven zu machen versucht hat“. Und er kommentiert: „Etwas, das uns die aus Japan gemeldeten Judenverfolgungen auf einmal verständlich macht!“ (Petersen, Peter: Rezension von: Ludwig Roselius: Briefe und Schriften zu Deutschlands Erneuerung (Oldenburg 1933), in: Blut und Boden. Monatsschrift für wurzelstarkes Bauerntum, deutsche Wesensart und nationale Freiheit, 5. Jg. (1933), Heft 7, S. 334–335, hier S. 335) *[Dokumentation ad fontes Petersen: Nachtrag]*

[891] Petersen, Peter: Bedeutung und Wert des Politisch-Soldatischen für den deutschen Lehrer und unsere Schule, in: Deutsches Bildungswesen, 2. Jg. (1934), S. 1–17. *[Dokumentation ad fontes Petersen: S. 87–103]*

„denn im Gegensatz zum alten militärischen Drill, der oft falsche Überheblichkeit und gelegentlich selbst schroffe, barsche Naturen hochkommen ließ, beherrscht der SA- und SS-Dienst die kameradschaftliche Gesinnung des Frontsoldaten aus dem Weltkriege." (Petersen: Bedeutung und Wert, 1934, S. 6)

Kern ist, wie Petersen an Baeumler angelehnt entwickelt, dass die Tradition sich nicht auf 1848, sondern auf den Frontsoldaten 1871 bezieht, nicht die „humanistische Philosophie", sondern die „Philosophie unserer soldatischen Erziehung".

Weiter führt Petersen – sich auch auf Aristoteles' Einordnung der Pädagogik in eine Politik der Volkserziehung berufend – aus:

*„(...) und wir kehren ja nur in voller Breite heute zurück zur Anerkennung dieses natürlichen Ortes der Pädagogik im Systeme der Wissenschaften, wenn uns seit Jahr und Tag die führenden Politiker des Nationalsozialismus seine volkserzieherische Bedeutung lehren und **Adolf Hitler** als Volkserzieher preisen."* (Petersen: Bedeutung und Wert, 1934, S. 5, Hervorhebung im Original)

In einem Abschnitt zur Symbolik von Uniform und Gruß ruft Petersen den Nationalismus aller Zeiten und Länder auf, um festzustellen, jeder würde „zu allen Zeiten, und heute wie in Ewigkeit wird es nie anders sein, als den schönsten Tod, den Tod fürs Vaterland" feiern (Petersen: Bedeutung und Wert, 1934, S. 7):

„Und wer die Fahne um seinen Leib gewickelt tot auf dem Schlachtfelde niedersinkt, vor dem neigt sich ehrend noch jeder Gegner; denn er legt sich in das heiligste Leichentuch, das ein Volk seinen Söhnen schenken kann." (Petersen: Bedeutung und Wert, 1934, S. 7)

Petersen geht von der Vereinigung von Soldatischem und Wissenschaftlichem aus und erklärt:

„(...) und es bezeugt die Instinktsicherheit des Nationalsozialismus, dass er auch die national gefährlichen Verzerrungen und Afterbilder im Bezirk der Wissenschaft geißelt und zu beseitigen entschlossen ist." (Petersen: Bedeutung und Wert, 1934, S. 9)

Die von Petersen hier nachhaltig unterstützte Beseitigung „national gefährlicher Afterbilder" bedeutete, wie schon erwähnt, in der von Petersen miterlebten Realität seit 1933 die Entlassung jüdischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und die Entlassung demokratisch aktiver Gegner des NS-Regimes, die verfolgt und oft genug ermordet wurden.

Für die pädagogische Praxis entwickelt Petersen nun die Bedeutung der soldatischen und nationalsozialistischen Rituale. Er beschwört, dass der deutsche Gruß aufs beste in seine Überlegungen hineinpasst, „mit dem die Schule sich in die große Volksgemeinschaft feierlich einfügt und sich symbolisch als wahrhafte *Volks*schule erfasst" (Petersen: Bedeutung und Wert, 1934, S. 16, Hervorhebung im Original). Gruß, Fahne, Feiern und kindgemäße Gelöbnisse als Mittel für eine „neue Ausrichtung in allen Fragen der Zucht und der Autorität" (Petersen: Bedeutung und Wert, 1934, S. 17) – das sind Petersen Kernpunkte der alltagspädagogischen Hinwendung zum Politisch-Soldatischen.

In seinem Aufsatz **„Psychologische Bedeutung der politischen Symbole"**[892] von 1934 wird sein Griff auf die Seele der Menschen durch Pathetik, durch Fahne und Nationalhymne deutlich:

„Wer die Uniform trägt oder wen ihr Anblick ergreift, so dass er vor ihr innerlich pariert, der weiß bewusst oder unbewusst in solchem Augenblick dahinter die Tausende, welche sie tragen, um ihr Volk in besonderem Auftrag zu verteidigen, dazu ausgebildet und berufen, des Vaterlandes Ehre zu schützen an erster Stelle, ‚wenn es gilt'. Genau so werden dem anderen hinter der Fahne die Millionen seines Volkes sichtbar, welche sie zu schirmen wissen bis zum Tode, und hinter dem Liede, der Hymne jene Millionen, welche dasselbe Ideal, dieses gleiche Volk lieben und es im gleichen Liede preisen.

[892] Petersen, Peter: Psychologische Bedeutung der politischen Symbole, in: Zeitschrift für Jugendkunde, 4. Jg. (1934), Heft 1 (= Sonderheft: Die seelische Haltung der politischen Jugend), S. 10–14. *[Dokumentation ad fontes Petersen: S. 104–108]*

*Aus allem zusammen genommen strömt der **erhebende** Charakter aller reinen politischen Symbole. Die Individualitäten werden aufgehoben und verströmen hinein in das Ganze. So empfindet sich der Deutsche während des Deutschlandliedes im Einklang mit seinem ganzen Volke, darum herausgetragen aus seiner Vereinzelung in die Volksgemeinschaft. Individualität ist das den Menschen Begrenzende, damit auch ihn in Teilen Verengende, Beschränkende, das, was ihm immer nur gestattet, teilweise, als Glied in einem Ganzen zu sein. Wo er aber unter die Wucht politischer Symbole gerät, dort erlebt er sich eingereiht und ausgeweitet in das Ganze seines Volkes hinein, und das ist jenes Ganze, zu dem er als Glied gehört, im vollen Sinne dieses schönen Wortes so, wie ihn die neueste Theologie und von da her entworfene Politik (Friedrich Gogarten) wieder gefunden hat, dem er hörig ist, dem er gehorchen muss und auf das hin er in all seinem Tun auch horchen sollte; denn er ist als Teil aus ihm nur gelöst für eine individuale Aufgabe, im Volke und für sein Volk zu erfüllen. Erhebt ihn also die Kraft politischer Symbolik, so ist er in solchen Augenblicken entrafft in die Fülle, aus der sein Leben kam und in die es zurückfluten soll. Das aber macht ihn reicher, stärker, glücklicher. Deswegen auch das Verzücken, das aus den starrer blickenden Augen so ergriffener Menschen leuchtet, das aus der straffer werdenden Haltung der Singenden oder Lauschenden spricht, und der oftmals beseligte Ausdruck des Gesichtes noch Minuten nachher wie beim ersten Ergriffenwerden, wenn die ersten Töne vernommen werden, das Banner kommt, vorbeigeht oder hochgezogen wird, entfaltet wird, die Reihen der Marschierenden sich nahen und vorüberziehen."* (Petersen: Psychologische Bedeutung, 1934, S. 12, Hervorhebung im Original)

Es zeigt sich also, dass Petersen schon 1934 begonnen hatte, recht systematisch seine Konzeption der Einbindung seiner Ideen in das NS-Regime vorzubereiten.

In seiner Rezension **„Auslanddeutschtum"** aus dem Jahr 1934 erklärt Petersen, warum der Satz „Die deutsche Heimat muss in Russland verteidigt werden!" gilt. Die „zwei Millionen deutsche(n) Bauern" in Russland, die verfolgt würden, sind Petersens Argument, „dass wir im Reich, aufflammen und brennen, um zu helfen. Denn wir müssen dies Blut erhalten – gegen den Osten, gegen Asien!"[893]

Die umfangreichste Darlegung Petersens über seine Vorstellung der Verbindung seiner in der Weimarer Republik entwickelten erziehungswissenschaftlichen Grundlagen und seines „Jenaplans" mit dem Ideengebäude des „Nationalsozialismus" findet sich in dem Aufsatz **„Die erziehungswissenschaftlichen Grundlagen des Jenaplanes im Lichte des Nationalsozialismus"**[894].

In diesem fünf eng bedruckte Seiten umfassenden Aufsatz legt Petersen nach zwei Jahren nazistischer Diktatur in Deutschland in vier Abschnitten einen Abriss seiner Einschätzung der „neuen deutschen Erziehungswissenschaften" (Abschnitt I) dar, betont den „Erstrang der Erziehung" (Abschnitt II), stellt vor, was er unter „völkischem Realismus" (Abschnitt III) versteht, um dann seine Ansichten über „Schulleben und die Ordnung: Lehrer-Schüler nach dem Jenaplan" (Abschnitt IV) darzulegen.[895] Im Einzelnen ergibt sich folgendes Bild:

[893] Petersen, Peter: Auslanddeutschtum (Rezension von: Heinrich Schröder: Die systematische Vernichtung der Russland-Deutschen, Langensalza/Berlin/Leipzig ohne Jahr [1934] und Heinrich Schröder: Auslanddeutschtum in der Volksschule Langensalza/Berlin/Leipzig ohne Jahr [1934]), in: Heimat und Arbeit. Monatshefte für pädagogische Politik, 7. Jg. (1934), S. 126. *[Dokumentation ad fontes Petersen: Nachtrag]*

[894] Petersen, Peter: Die erziehungswissenschaftlichen Grundlagen des Jenaplanes im Lichte des Nationalsozialismus, in: Die Schule im nationalsozialistischen Staat, 11. Jg. (1935), Nr. 6, S. 1–5. *[Dokumentation ad fontes Petersen: S. 202–206]*

[895] Zur Frage der pädagogischen Realität in den Jenaplan-Schulen in der NS-Zeit gibt es einen interessanten Bericht der polnischen Pädagogin Józefa Jedrychowka aus dem Jahre 1938: „Wieder, wie vor Jahren stand ich vor der Universitätsschule in Jena. Scheinbar hat sich wenig verändert. Es ist hier aber ein anderer Geist eingedrungen. In feierlichen Augenblicken treten militärische Formen auf. Ältere Jungen versammelt – das ist die Hitlerjugend. Die Unterhaltung im ‚Kreis' am Montag fängt mit dem Führergruß ‚Heil Hitler' an. (...) Es fallen Kommandorufe: Achtung! wird gerufen, die Fahne des Dritten Reiches schwebte langsam nach oben. Eine Ansprache von Prof. Petersen, 2 Lieder werden von Kindern gesungen, so wird das westliche Programm zum Fahnen-Appell gestaltet. (...) Die pädagogische Arbeit in Deutschland entwickelt sich im Zeichen der Führung Adolf Hitlers; seine Methode der Führung des Volkes hinterließ sichtbare Spuren in der Erziehungsrealität. Führer und Führung sind Ausdrücke, die in den Arbeiten Petersens vor 1933 als Grundbegriffe der Pädagogik und der Erziehung vorgestellt werden. Heute gewinnen sie konkrete

Im ersten und zweiten Abschnitt beruft sich Petersen auf die „letzten Jahrhunderte", in denen dann nach 1920 verstärkt folgendes Prinzip entstanden sei: „Volk ist die oberste aller erziehenden Gemeinschaften" (Petersen: Lichte des NS, 1935, S. 1). Als geistige Väter dieser „deutschen pädagogischen Reformbewegung" mit einem „echten deutschen Erziehungsziel mit deutschbestimmter Schule" benennt er die deutschen Chauvinisten und Antisemiten Lagarde und Langbehn sowie den „Herrenmenschtheoretiker" Nietzsche (Petersen: Lichte des NS, 1935, S. 1), aber auch Jahn und Arndt sowie Stein (Petersen: Lichte des NS, 1935, S. 4).

> *„In diese Linie"*, so Petersen, *„heute klar zurückgeführt bis in die germanische Vorzeit, ist der Nationalsozialismus eingerückt. Sein gesamtes führendes Schriftentum, wie alle jüngsten Kundgebungen offenbaren seinen innigsten Zusammenhang mit dem nordischen Denken über Volk und Staat und setzen es in scharfen Gegensatz zum orientalisch-südlichen"* (Petersen: Lichte des NS, 1935, S. 4, Hervorhebung im Original)

Petersen bemüht sich den in den antinapoleonischen Kriegen von Stein geprägten Gedanken der „Selbstverwaltung" im Sinne des Nationalsozialismus zu interpretieren:

> *„Gedanken, an die der Reichsinnenminister Frick ständig anknüpft und denen er in unserer Zeit sinngemäße Form zu verleihen strebt, zuletzt im Aufbau der Deutschen Arbeitsfront."* (Petersen: Lichte des NS, 1935, S. 4)

Hier tritt einem ein Geschichtsbild entgegen, dessen Traditionen im Einzelnen an anderer Stelle verfolgt werden muss. Die Grundidee ist, dass die deutsche Geschichte angeblich nur der Vorläufer des Nationalsozialismus war, der die Ideen der „großen Deutschen" verwirklicht.

Petersen kritisiert den italienischen Faschismus als zu etatistisch und „südlich" und führt, faktisch Mussolini kritisierend, weiter zum italienischen Faschismus aus: „Dazu kommt aber noch, dass der Faschismus keine Rassenfrage kennt" (Petersen: Lichte des NS, 1935, S. 4).

Petersen betont die besondere Nähe der Erziehungswissenschaft zum Nationalsozialismus:

> *„Als im März 1933 die deutsche Bewegung zum Siege geführt war, da standen nur wenige Wissenschaftler mit ihr in Linie: u. a. aber bestimmt die deutsche Soziologie und eng mit ihr verbunden die deutsche **Erziehungswissenschaft**."* (Petersen: Lichte des NS, 1935, S. 2, Hervorhebungen im Original)

Und an anderer Stelle:

> *„So begründet es der Erziehungswissenschaftler, dass der Führer in so mancher Rede bis in die jüngste Zeit hinein sich mit Fug und Recht gegen die ‚Intellektuellen' wendet und diejenigen preist, welche aus jenem völkischen Urgrunde heraus seine Tat und sein Planen weit eher aufnehmen und dem Führer folgen, als jene."* (Petersen: Lichte des NS, 1935, S. 2)

Die Realität dieser Jahre war, wie Petersen hautnah wusste, Bücherverbrennung, die Entlassung der jüdischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und demokratisch aktiver Gegner des NS-Regimes, Verfolgung und Inhaftierung bis hin zur Ermordung.

Im dritten Abschnitt mit dem Titel „Der völkische Realismus" beginnt Petersen wie folgt:

> *„Die Erziehungswissenschaft, auf deren Grundlagen der Jenaplan ruht, ist die erste, welche volkstheoretisch begründet wurde.*[896] *Wie sie sich eindeutig gegen jeden Liberalismus und Internationalismus, gegen Demokratie und Individualismus wandte, so auch gegen die idealistischen Theorien von der Menschheit. Es gibt keine Menschenbürger, es gibt nur Volksbürger."* (Petersen: Lichte des NS, 1935, S. 3, Hervorhebung im Original)

Bedeutung auf dem Territorium des Dritten Reiches, denn sie beinhalten ein bestimmtes politisches und gesellschaftliches Programm. Beim Vergleich der Theorie Petersens mit ihrer gegenwärtigen gesellschaftlichen Realisierung werden den geschätzten Leser unschwer zu bestimmten Fällen Änderungen auffallen." (zitiert nach: Retter, Hein: Peter Petersen und der Jenaplan: Von der Weimarer Republik bis zur Nachkriegszeit. Berichte – Briefe – Dokumente, Weinheim 1996, S. 179 f.)

[896] An dieser Stelle verweist Petersen selbst in Fußnote 7 auf die Kontinuität seines Denkens: „S. im bes. Allgem. Erziehungswissenschaft I, 1924, S. 230–276: Volk."

Der humanistischen Theorie und Pädagogik wird hier eine klare Absage erteilt. Der von Petersen so genannte „völkische Realismus" fungiert hier als erster Schritt des von Grillparzer bereits 1849 anklagend beschriebenen Weges: „Der Weg der neuern Bildung geht von Humanität durch Nationalität zur Bestialität."[897]

Petersen begründet zwei Jahre nach den Sterilisationsgesetzen des NS-Regimes ausgerechnet aus der sozialbiologisch und völkisch verstandenen „Ehrfurcht vor dem Leben", dass die Theorie und Praxis des Jenaplans „von jeher offen für alle Forderungen der Hygiene und Eugenik, der Rassenlehre und der Erbwissenschaft" war (Petersen: Lichte des NS, 1935, S. 3). Deutscher Nationalismus schlägt hier um in Rassismus.

Im vierten Abschnitt stellt Petersen zunächst klar, dass er im Jenaplan nicht einfach eine „Methode" sieht, sondern den Jenaplan im Sinne des „völkischen Realismus" mit dem Ziel eines Neubaus, „eines rein deutsch bestimmten Schulwesens", einsetzen will (Petersen: Lichte des NS, 1935, S. 3).

Ausdrücklich hebt er hervor, „dass ich nur aus dem rassisch gebundenen Denken des nordischen Menschen heraus urteilen kann, da ich keinerlei Fremdkörper im Blute habe". In einer Fußnote schreibt er: „So kennzeichnet es auch das Schulleben nach dem Jenaplan von Anfang an (seit 1924), dass darin alles parlamentarische Wesen ausgeschaltet ist". Er betont die Forderung nach „schärfster Kampfansage gegen die dem deutschen Wesen ganz und gar zuwiderlaufende Überfremdung mit den Formen der parlamentarischen Demokratie" (Petersen: Lichte des NS, 1935, S. 3).

Zusammenfassend kann bis hierher bereits festgestellt werden, dass Petersen mit diesem Aufsatz selbst einen Zusammenhang seiner Arbeit in der Weimarer Republik mit den Zielen des Nationalsozialismus herstellt. Er schildert ausdrücklich eine Kontinuität antidemokratischer Theorie und Praxis der Jenaschulen und betont ganz besonders die Notwendigkeit des rassistischen Denkens (in Abgrenzung zum italienischen Faschismus) bis hin zur Eugenik (Befürwortung der Zwangssterilisation zu diesem Zeitpunkt). Er begründet als erziehungswissenschaftlichen Ausgangspunkt, dass es keine Menschenbürger, sondern nur „Volksbürger" gäbe und Erziehung daher vom „völkischen Urgrund", so seine mystische Formulierung, kommen müsse. Darüber hinaus werden in mehr oder minder durchsichtiger Form die führenden Köpfe des NS-Regimes gelobt und hervorgehoben.

In weiteren Beiträgen wiederholte Petersen die Übereinstimmung seiner Pädagogik mit dem Nationalsozialismus. Im Artikel **„Von der Methodik zur Pädagogik des Unterrichts"**[898] schreibt er:

> *„In dieses wirre Bild, das sich von der Stoffseite her gesehen innerhalb der Schulwelt bot, brachte Ruhe und Richtung der feste Kurs nationalsozialistischer Weltanschauung; sie, die mit dem Auslese-ziel Ordnung und Sicherheit bringt und dadurch der Schule einen ungeheuren Dienst geleistet hat."* (Petersen: Methodik, 1935, S. 256)

Und weiter heißt es:

> *„Neue Erziehungswissenschaft gibt dem Satz seinen vollen Sinn: **Adolf Hitler**, der Erzieher des deutschen Volkes."* (Petersen: Methodik, 1935, S. 257, Hervorhebung im Original)[899]

[897] Grillparzer, Franz: Sämtliche Werke. Ausgewählte Briefe, Gespräche, Berichte, Band 1, München 1960, S. 500.

[898] Petersen, Peter: Von der Methodik zur Pädagogik des Unterrichts, in: Bayrische Lehrerzeitung, 69. Jg. (1935), Heft 16/17, S. 254–258. *[Dokumentation ad fontes Petersen: S. 252–256]*

[899] Am 2. Dezember 1948 gab Peter Petersen die Erklärung ab: „Dass ich deswegen jeden Vorwurf eines Nazismus in meinem Verhalten oder in meinem Schrifttum als böswillige Verleumdung mit Entschiedenheit zurückweise ist nur natürlich" (Erklärung von Peter Petersen vom 2.12.1948, in: Kluge, Barbara: Peter Petersen. Lebenslauf und Lebensgeschichte. Auf dem Weg zu einer Biographie, Heinsberg 1992, S. 173).

Bereits zwei Jahre vor Erscheinen der „Führungslehre des Unterrichts" erklärte Peter Petersen 1935 in seinem Aufsatz **„Gemeinschaftspädagogik rings um die öffentliche Schule! – Warum nun nicht auch in allen Schulen?"**[900]:

„(...) ich verweise auf die unerbittliche und klare Sichtung der Schüler nach ihren Führereigenschaften wie ihren Gemeinschaftswerten in einer Schule, die die ‚Stammgruppen' des Jena-Plans einrichtet und nun jedem Führer, sagen wir einer Untergruppe, dreimal in 10 Schuljahren unnachsichtlich, und rein aus der Schulordnung und ihrem Leben selber heraus, den durch nichts zu vermeidenden oder auch nur abzumildernden Zwang auferlegt, sich dreimal voll unterzuordnen und erneut durchzusetzen, sich wirklich zu bewähren. Eine deutlichere Führerauslese ist in Schulen überhaupt kaum denkbar." (Petersen: Gemeinschaftspädagogik, 1935, S. 433)

An dieser Stelle wird besonders deutlich, dass Petersen keinesfalls nur politisch – sei es aus Opportunismus, sei es aus Überzeugung – Loblieder auf Adolf Hitler verfasste, sondern dass sein „Führerprinzip" als ein Kernpunkt seiner Pädagogik mit dem NS-Führerprinzip durchaus Übereinstimmungen zeigte.

Bei der Übernahme der Elemente der NS-Ideologie ließ Peter Petersen auch den Aspekt des Antikommunismus nicht aus und betonte an Hitler angelehnt die „weltgeschichtliche Aufgabe" im „Kampf gegen den Bolschewismus" 1936 im Aufsatz **„Der zeitgeschichtliche Hintergrund des Religionsunterrichts und die Verantwortung der deutschen Schule"**[901]:

„Nun hat der Führer, z. B. wieder auf dem Nürnberger Parteitage 1935, oft betont, dass der Nationalsozialismus der Gegenpol des Bolschewismus sei, und daran ist schon dem bekannten 24. Programmpunkte nach kein Zweifel möglich. Der Führer hat darum auch recht, wenn er auch immer wieder darauf hinweist, dass dieses Deutschland dem Bolschewismus gegenüber seine weltgeschichtliche Aufgabe erkannt habe und willens sei, sie durchzuführen." (Petersen: Hintergrund des Religionsunterrichts, 1936, S. 171, Hervorhebung im Original)

b) Veröffentlichungen 1937–1944

Sein zunächst 1932 erschienenes Buch „Pädagogik" (Berlin 1932) erschien mit Ergänzungen erneut 1937 unter dem Titel **„Pädagogik der Gegenwart"** (Berlin 1937).[902] Aus welchen Gründen auch immer entschloss sich der Beltz Verlag im Jahr 1973 zu einem unveränderten Faksimile-Reprint ausgerechnet dieser zweiten Auflage aus der NS-Zeit.

Der historische Abriss der Geschichte der Pädagogik wird von Petersen im ersten Teil, Abschnitt vier („Die deutsche Bewegung der neuen Erziehung") um einen Unterpunkt mit dem Titel „e) Anfänge neuer Gemeinschaftserziehung" ergänzt. So konnten Pädagogikstudentinnen und -studenten 1937 über die Rolle der HJ, der SA und der SS folgendes lesen:

„Seit dem ‚Reichsgesetz über die HJ.' vom 1.12.1936 gehört die gesamte deutsche Jugend als Reichsjugend zur HJ. Damit ist die dem individualistischen Zeitalter angehörende Jugendbewegung beendet und dem deutschen Volke wieder eine naturgemäße organische Einordnung seiner Jugend in das Volk gelungen.

e) Innerhalb der HJ. entwickelt sich aus der sie tragenden nationalsozialistischen Weltanschauung heraus eine neue Pädagogik, d. i. ja Lehre von der Jugendführung. Zugleich aber erweitert sich diese auf das ganze Volk durch die großen volkserzieherischen Veranstaltungen und Organisationen der NSDAP., so neben der Bewegung selber und ihrem Bildungs- und Schulungswesen in den Formationen der SA. und SS., ferner vor allen Dingen im Deutschen Arbeitsdienst. Und wie neben diesen das

[900] Petersen, Peter: Gemeinschaftspädagogik rings um die öffentliche Schule! – Warum nun nicht auch in allen Schulen?, in: Die Deutsche Schule, 39. Jg. (1935) S. 431–436. *[Dokumentation ad fontes Petersen: S. 216–221]*

[901] Petersen, Peter: Der zeitgeschichtliche Hintergrund des Religionsunterrichts und die Verantwortung der deutschen Schule, in: Die Deutsche Schule, 40. Jg. (1936), S. 169–173. *[Dokumentation ad fontes Petersen: S. 302–306]*

[902] Hier und im Folgenden zitiert nach der Ausgabe Weinheim/Basel 1973, bei der es sich um einen Faksimile-Reprint der Ausgabe Berlin 1937 handelt. Ein Vergleich beider Auflagen ist im Anhang der *Dokumentation ad fontes Petersen (S. 361–377)* im Detail vorgenommen worden.

volksverbindende Werk ‚Kraft durch Freude' steht, so neben der HJ., und zum Teil unter ihrer unmittelbaren Leitung, das vorbildliche deutsche Jugendherbergswerk, die deutsche Landschulheimbewegung und das Landjahr. Und um den Ring dieser großen Einheit zu schließen, so durchdringt derselbe pädagogische Geist die Erziehung des deutschen Soldaten in den Gliederungen des Heeres. Es ist eine große politische Erziehung, ausgerichtet nach demselben Ziele: der Volksgemeinschaft. Denn alles soll, nach den richtungsweisenden Worten des Führers, der Erneuerung, der Erhaltung und der Leistungssteigerung des Volkes dienstbar werden. Damit ist wieder ein oberstes Bildungs- und Erziehungsziel gesetzt, das aus der völkischen Zerrissenheit zur Volkseinheit, aus einer auflösenden, volkzersetzenden Zeit in eine gemeinschaftsbildende Epoche hineinweist. Aus diesem Erleben und dem Mitschaffen an diesem Werke werden der deutschen Pädagogik die nächsten, heute schon erkennbaren Antriebskräfte kommen. In ihrer Mitte stehen die Fragen der Zucht und Ordnung, der Verantwortung und Führung." (Petersen: Pädagogik der Gegenwart, 1937, S. 45 f., Hervorhebung im Original)[903]

Das Erschreckende an dieser Passage ist, dass Petersen von der Schule bis zur Wehrmacht, zur SA und zur SS seine Idee der Gemeinschaft, der Volksgemeinschaft bis hin zum Führer[904] systematisch darstellt.[905]

In seiner populärsten theoretischen Schrift nach dem „Kleinen Jena-Plan", der Schrift **„Führungslehre des Unterrichts"** (Langensalza/Leipzig/Berlin 1937)[906], stellt Peter Petersen in seinem Vorwort seine Position innerhalb der Reformpädagogik klar:

„Der neue Dienst, den die Lehrer zu leisten haben, ist von Anfang an als ‚Führung' der Kinder und Jugendlichen bezeichnet worden, dieses Wort im Vollsinne genommen und damit zugleich als Absage an jede Spielform: an die romantische und sentimentale Verfälschung des ‚Vom Kinde aus', an die weichliche Auffassung von Kamerad und Freund." (Petersen: Führungslehre, 1937, S. 6 bzw. 1984, S. 7, Hervorhebung im Original)

Die tief wurzelnde Grundposition von Petersen ist tatsächlich „vom Volk aus" und nicht wie bei fortschrittlicher Reformpädagogik der Grundsatz „vom Kind aus". Die von Petersen angekündigte Härte wird im weiteren Verlauf seiner Schrift deutlich. Gleichlautend in beiden Ausgaben wendet er sich ausdrücklich gegen demokratische Elemente innerhalb der Schule, spricht sich gegen Abstimmungen und ähnlich „kindlich-kindische" Formen der Demokratie aus, weil sie nur „die Spaltungen im Volke befördern, anstatt der Volksgemeinschaft aufbauend zu dienen" (Petersen: Führungslehre, 1937, S. 87 bzw. 1984, S. 78).

Sehr deutlich wendet sich Petersen dem „Geschenk des Nationalsozialismus" zu. Er formuliert rhetorisch:

[903] Ähnlich formuliert Petersen auch noch 1942 in seinem Beitrag „Selbstverantwortlichkeit in der deutschen Jugend. Erziehung zur Selbstverantwortlichkeit in der deutschen Jugend", siehe: Geist der Zeit, 20. Jg. (1942), S. 197. *[Dokumentation ad fontes Petersen: S. 463–476]*

[904] Auch noch 1940 – in einer Buchbesprechung über Werner Sombarts Buch „Vom Menschen. Versuch einer geisteswissenschaftlichen Anthropologie" (Berlin 1938) fordert Petersen einen „Neubau des deutschen Geistes zu vollziehen, wie es der Führer für den Volkskörper tat und tut" (in: Heimat und Arbeit. Monatshefte für pädagogische Politik, 13. Jg. (1940), S. 330–331, hier S. 330).

[905] Dass Wilhelm Kosse in seinem Nachwort „Pädagogik aus dem Anspruch der Situation" behauptet, Petersen habe niemals und nirgends in opportunistischer und globaler Identifikation mit der nationalsozialistischen Ideologie" gestanden, sei hier nur am Rande erwähnt (Kosse, Wilhelm: Pädagogik aus dem Anspruch der Situation, in: Petersen, Peter: Pädagogik der Gegenwart. Ein Handbuch der neuen Erziehungswissenschaft und Pädagogik. Einführung in die Geschichte und das System der Pädagogik (2. Auflage der „Pädagogik"), Berlin 1937 (Faksimile-Reprint Weinheim/Basel 1973), S. 200).

[906] Neben der Originalausgabe von 1937 wird hier außerdem zitiert nach der Ausgabe Weinheim/Basel 1984. Hierbei handelt es sich um einen Faksimile-Reprint der 5. Auflage 1955, die wiederum nur geringfügige Änderungen gegenüber den beiden letzten von Petersen selbst besorgten Auflagen (2. Auflage 1949 bzw. 3. Auflage 1951) enthält. Am 15.4.1937 schrieb Peter Petersen voll Begeisterung, aber ohne die Quelle zu nennen: „Meine ‚Führungslehre' ist vom Reichswissenschaftsministerium zur Anschaffung empfohlen worden!" (zitiert nach: Petersen, Uwe-Karsten: Der Jena-Plan. Die integrative Schulwirklichkeit im Bilde von Briefen und Dokumenten aus dem Nachlass Peter Petersens, Frankfurt am Main/Bern/New York/Paris 1991, S. 110).

„Und nun, wo wir den unvergleichlichen Wert der Familie für den Volksorganismus neu erkennen, da wäre ebenso notwendig eine Umstellung der Schulzucht die Folge – ein wunderbares Geschenk des Nationalsozialismus an die deutsche Schule, Schüler, Eltern und Erzieher gleichermaßen?" (Petersen: Führungslehre, 1937, S. 61; diese Passage entfiel in den Auflagen nach 1945, vgl. etwa 1984: S. 55)

In seiner Überarbeitung nach 1949[907] veränderte Peter Petersen im nachfolgenden Zitat lediglich drei Worte. So heißt es in der von Petersen durchgesehenen Neuauflage:

„Jede Volksschule muss eine echte Zelle der Volksgemeinschaft sein, in kind- und jugendgemäßer Form das völkisch-staatliche Leben erfassen und verarbeiten, das sie durchflutet, leben und tätig sein ‚in Gegenwart'. Aber woher nimmt sie ihr Leben? Als vollblütige Zelle lebt sie aus der Landschaft und ihren Menschen, aus der ‚lebendigen Kultur', Sitte und Sittlichkeit, Arbeit und Geschichte der Menschen ihres Standortes. Mit allen Schulen ihres Volkes hat sie gemeinsam den Auftrag, die Grundfertigkeiten erlernen zu lassen, die das Volk verbindende Hochsprache, ein bestimmtes gemeinsames Liedgut und Geschichtswissen, saubere politische Haltung[908] zu pflegen." (Petersen: Führungslehre, 1984, S. 108)

Diese völkisch-biologistische Sprache („echte Zelle der Volksgemeinschaft") ist Petersen, wie noch gezeigt werden wird, bitter ernst. Es ist eine wesentliche Überschneidung mit der NS-Ideologie, Grundbegriffe der Biologie und des „Organischen" auf Fragen der menschlichen Gesellschaft zu übertragen, die per se als „Volksgemeinschaft" definiert wird.[909]

Dass der Lehrer nicht nur Halbgott für die Schülerschaft sein soll, sondern gar „an Gottes Statt" stehen soll, zeigt, in welch autoritärem Grundtenor[910] Petersen seine Führungslehre des Unterrichts versteht:

„Alle hohe, alte Rede vom Lehrer als ‚an Gottes Statt', als an der Eltern Statt erhält wieder ihren Sinn; wir fangen damit an, höher von unserem Stande zu denken und den Sinn eines Berufes als dessen, wozu ich berufen sein soll, zu erfassen und zu erfüllen." (Petersen: Führungslehre, 1937, S. 144, bzw. 1984, S. 128)[911]

[907] Bereits 1947, damals Mitglied der SED, versuchte sich Petersen an einer Überarbeitung, um sein Buch in der sowjetisch besetzten Zone herauszugeben. In einem Gutachten von Prof. Dr. Wilhelm Heise über den Antrag auf Zweitauflage der „Führungslehre des Unterrichts" vom Februar/März 1947 heißt es: „Das Buch ist durch und durch von nationalsozialistischer Phraseologie getragen, von nationalsozialistischem Geist erfüllt. Erstaunlich ist der Mut, mit dem ein so leichtfertig bearbeitetes Buch zur Druckgenehmigung vorgelegt wird. Das Verfahren der Überarbeitung grenzt an Zynismus, der Akt der Vorlage an Hohn." (abgedruckt in: Retter, Hein: Peter Petersen und der Jenaplan: Von der Weimarer Republik bis zur Nachkriegszeit. Berichte – Briefe – Dokumente, Weinheim 1996, S. 311)

[908] Statt dem unklaren Begriff „saubere politische Haltung" hieß es 1937 noch „die gleiche politische Symbolik" (Petersen: Führungslehre, 1937, S. 119).

[909] Die Ideologie der Volksgemeinschaft bezieht Petersen auch auf den Betrieb. So schreibt er: „Das Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit vom 20. Januar 1934 (ADG) ordnet das Arbeitsverhältnis in den Betrieben. Der Unternehmer als Führer und die beschäftigten Angestellten und Arbeiter als Gefolgschaft sind danach jetzt miteinander in Treue verbundene Personen." (Petersen, Peter: Gemeinschaftspädagogik rings um die öffentliche Schule! Warum nun nicht auch in allen Schulen?, in: Die Deutsche Schule, 39. Jg., 1935, Heft 6, S. 435)

[910] In der Schrift „Die Führung der Jugend zu Staat und Gesellschaft vom Evangelium aus" unterstreicht Peter Petersen als Lehrsatz „Seid untertan der Obrigkeit, die Gewalt über Euch hat, denn sie trägt nicht das Schwert umsonst" (Petersen, Peter: Die Führung der Jugend zu Staat und Gesellschaft vom Evangelium aus, Bremen 1950, S. 9).

[911] In seiner Schrift „Grundfragen der Mitmenschlichkeit", die nach seinem Tod 1962 in Bremen unter dem Titel „Über den Umgang mit Menschen" erschien, begründet Petersen sein autoritäres gesellschaftliches Grundkonzept mit Martin Luthers Position: „Diese ‚Ständelehre', wie sie Luther in unübertrefflicher Anschaulichkeit im ‚Großen Katechismus' geschildert hat, lehrt erkennen, dass alles, und so auch jeder Mensch, an seinem schicksalhaften Orte steht, diesem Schicksal treu bleiben muss, der Bestimmung gehorchend, und dass er sonst mehr oder minder sein Leben verfehlt, gar es verliert." (Petersen, Peter/Ritter, Gerhard-Reinhard: Über den Umgang mit Menschen (Jugend und Alter, Heft 10), Bremen 1962, S. 7) Und an anderer Stelle heißt es: „Wie wir alle Gestalten der deutschen Geschichte auf unsere Zeit, auf Großdeutschland und den Nationalsozialismus neu ausrichten müssen, so auch Person und Werk *Martin Luthers*. (...) Nicht umsonst weist Alfred Rosenberg immer wieder auf Martin Luther hin als auf den Kämpfer für deutsche Art und Innerlichkeit." (Petersen, Peter: Luther der Auf-Rührer, in: Heimat und Arbeit, 12. Jg., 1939, S. 142, Hervorhebung im Original). *[Dokumentation ad fontes Petersen: S. 388–396]*

Klar ist bei einer solchen Denkweise, dass der Lehrer als Führer keinerlei von ihm nicht kontrollierte Tätigkeit dulden kann. So erkennt Petersen, aus seiner Sicht konsequent, wer „unsere schlimmsten Feinde" sind:

„Die Clique, die Bande, die Masse bleiben unsere schlimmsten Feinde. Während die Bande und die Masse am leichtesten zu zerstören sind, wenn man nur den rechten Zeitpunkt abpasst und überhaupt nichts in Hitze tut, was überhaupt schlecht ist, so ist die Clique außerordentlich schwer zu brechen." (Petersen: Führungslehre, 1937, S. 180 bzw. 1984, S. 159, Hervorhebung im Original)

Sicherlich sind solche Auffassungen keinesfalls nur bei NS-Pädagogen vorhanden. Es geht um einen autoritären „Führungsstil", der in der Tradition der ganzen deutschnationalen Erziehungsbewegung steht.

Ein Kern der autoritären Strömung der Reformpädagogik ist ja gerade, nur den Anschein zu erwecken, als würden die Schülerinnen und Schüler selbständig arbeiten, während die Pädagogen in Wirklichkeit durch umfassende Vorbereitung „alle Fäden in ihrer Hand haben". Genau das schildert Peter Petersen bei seiner Lobrede auf eine Lehrerin, die in seinem Sinne Unterricht gestaltet: „Alle Fäden sind in ihrer Hand, trotzdem ist keinem Schüler das Gefühl des freien Schaffens und Mitwirkens genommen." (Petersen: Führungslehre, 1937, S. 204 bzw. 1984, S. 181)[912]

Dass Petersen 1939 den Antisemitismus der NS-Zeit als selbstverständlich begreift, kommt in einer kurzen **Rezension**[913] über das von Rudolf Murtfeld herausgegebene, scheinbar harmlose **„Handbuch für den Deutschunterricht"**[914] zum Ausdruck, in der er in den wenigen Zeilen der Buchvorstellung ausgerechnet das Thema Judentum hervorhebt und den Erziehern empfiehlt. Unter dem Stichwort „Juden" findet sich in diesem Handbuch eine Liste von Namen, die „zu wissen für den Lehrer wichtig sind" (Handbuch, S. 315). Der Eintrag „Die Judenfrage" stellt den Hintergrund klar: „Wenn man heute auf die Zeit seit 1848 zurückschaut, so erkennt man, wie das Judentum allmählich die kulturellen Einrichtungen, die Presse, das Theater, die Musik, in seine Hand bekommt und mit diesen wichtigen Mitteln nun der deutschen Kultur sein jüdisches Gesicht zu geben versucht" (Handbuch, S. 314). Die Schlussfolgerung lautet: Die Juden „sollen wieder restlos aus dem deutschen Volksleben ausgeschaltet werden", dazu solle der Deutschunterricht seinen Beitrag leisten (Handbuch, S. 314).

1940 erscheint in der gleichen Zeitschrift, in „Heimat und Arbeit", der „Führerzeitschrift des Reichsarbeitsdienstes", deren fester Mitarbeiter Petersen war, dessen Aufsatz **„Rassische Geschichtsbetrachtung"**.[915] In diesem Aufsatz geht es Petersen darum, Grundsätze „einer rassischen Geschichtsschreibung", angelehnt an die damals aktuelle Literatur vorzustellen. Er

[912] Zwischen Juli und Oktober 1937 besuchte Peter Petersen im Auftrag des NS-Regimes die Südafrikanische Union. In seinem Abschlussbericht erwähnte Peter Petersen, dass er unter anderem im Auftrag des Reichswissenschaftsministers über das „Erziehungswesen im Dritten Reich" gesprochen habe. Die Übernahme antisemitischer Stereotypen – sei es aus Opportunismus, sei es aus Überzeugung – wird in diesem Bericht deutlich, wenn es heißt: „Von jüdischer Seite aus war in der Presse gegen mich Stimmung gemacht worden unter Ausbeutung eines Aufsatzes im Educational Yearbook, I.C., Columbia University, New York, 1934 ‚The Making of Nazis', der sich auf meine Schriften beruft. Wie anderswo, so erwies sich auch hier die englisch eingestellte Lehrerschaft als stark judenhörig. In Kapstadt wurde ebenfalls unter erkennbarem jüdischen Einfluss eine geschlossene Wirkung der Vorträge dadurch vereitelt, dass man mich an vier verschiedenen Stellen einsetzte" (Bericht über die Vortragsreise des o. ö. Prof. Dr. Dr. h. c. Peter Petersen Jena durch die Südafrikanische Union Juli–Okt. 1937, Universitätsarchiv Jena, Bestand M, Nr. 631, Blatt 208 f.). Die Kopien wurden freundlicherweise von Wolfgang Keim zur Verfügung gestellt. Sowohl der Reisebericht als auch die auf Petersen abzielende Passage des amerikanischen Pädagogen Isaac Leon Kandel sind im Anhang der *Dokumentation ad fontes Petersen (S. 684–691)* abgedruckt.

[913] Petersen, Peter: Rezension von: Rudolf Murtfeld (Hrsg.): Handbuch für den Deutschunterricht (Langensalza/Berlin/Leipzig 1937/38), in: Heimat und Arbeit, Monatshefte für pädagogische Politik, 12. Jg. (1939), S. 59–60, hier S. 60. *[Dokumentation ad fontes Petersen: Nachtrag]*

[914] Murfeldt, Rudolf (Hrsg.): Handbuch für den Deutschunterricht, Band 1 und 2, Langensalza/Berlin/Leipzig 1937/38.

[915] Petersen, Peter: Rassische Geschichtsbetrachtung, in: Heimat und Arbeit, Monatshefte für pädagogische Politik, 13. Jg (1940), Heft 8, S. 218–221. *[Dokumentation ad fontes Petersen: Nachtrag]*

betont, dass es für eine Umschreibung der europäischen Völkergeschichte nötig sei, „in allen Völkern strengste wissenschaftliche Voruntersuchungen über die rassischen Zusammensetzungen" vorzunehmen (Petersen: Rassische Geschichtsbetrachtung, 1940, S. 219). Kernpunkt seiner Überlegungen – Walther Groß und Werner Hüttig folgend – ist:

„Rassische Geschichtsschreibung nötigt danach zu folgenden grundsätzlichen Betrachtungsweisen: An die Stelle jenes Wunschbildes einer Gleichheit über alle Völker und Zeiten hinweg tritt die biologische Erkenntnis von der unaufhebbaren Unterschiedlichkeit der einzelnen Menschen wie der Rassen. Und die Verschiedenheit geht zurück auf erbliche Anlagen, die in der uns zugänglichen geschichtlichen Zeit unveränderlich geblieben sind." (Petersen: Rassische Geschichtsbetrachtung, 1940, S. 220)

Petersens Aufsatz schließt mit der Zusammenfassung dessen, was für ihn rassische „Geschichtsschreibung" bedeutet:

„Im Mittelpunkt unserer geschichtlichen Auseinandersetzung steht damit als einziges Ziel: der deutsche Gedanke der völkischen Eigenart; aus ihm heraus sind Volk der Gegenwart und das Reich zu bauen." (Petersen: Rassische Geschichtsbetrachtung, 1940, S. 221, Hervorhebung im Original)

In derselben Zeitschrift erschien Anfang 1941 Petersens Aufsatz **„Es gibt rassische Hochwertigkeit. Sie verpflichtet!"**[916]. Petersen beklagt hier, dass trotz der „Bedrohung des weißen Mannes" durch die Gefahren der „Rassenverschlechterung" in England „das Verständnis für die deutsche Bevölkerungspolitik und überhaupt für die Politik des Dritten Reiches" nicht wachse, obwohl selbst Hans Grimm 1937 in England zu diesem Thema Vorträge gehalten habe (Petersen: Rassische Hochwertigkeit, 1941, S. 38). Den Hamburger Rassenbiologen Friedrich Keiter zitierend stellt Petersen fest: „Kulturarmut ist mithin keineswegs einfach Folge der wirtschaftlichen Situation. ‚Auf die Rasse kommt es an!' " (Petersen: Rassische Hochwertigkeit, 1941, S. 39). Petersen vertritt mit seinem Kolonialrassismus folgende Behauptung:

„Wiederum kann eine wissenschaftliche rassenbiologische Beurteilung nicht anders als schließen, dass diese europäischen Völker, und vor allem wiederum der Nordeuropäer, höherwertige seelische Kräfte besessen haben müssen, die es ihnen in den letzten zehntausend Jahren, wo wir immer sie fassen und vergleichen können, ermöglichten, stets zu Spitzenleistungen aufzusteigen." (Petersen: Rassische Hochwertigkeit, 1941, S. 40, Hervorhebung im Original)

Einwände sind nicht statthaft:

„Kein Forscher, der ernst genommen werden will, kann heute leugnen und leugnet heute, dass es Rassenunterschiede der Begabung gibt." (Petersen: Rassische Hochwertigkeit, 1941, S. 41)

Petersen erklärt populär:

„Denken wir uns alle Völker ihrer Leistung, ihrem Kulturwerte nach auf eine Kurve aufgetragen, so finden wir die Weißen im letzten höchsten Teile der Kurve, ihnen sind die höheren Werte vorbehalten." (Petersen: Rassische Hochwertigkeit, 1941, S. 41)

Petersen räumt ein, dass „der Neger den größten Teil der einfachen Berufe ebenso gut ausfüllen" könne wie der Weiße, aber „die höher gestaltete Schöpferkraft fehlt und sie wird immer fehlen" (Petersen: Rassische Hochwertigkeit, 1941, S. 41). Über die „hochwertigen Rassen" heißt es:

„Sie sind die großen Ordnungsmächte, die Organisatoren der Welt, die machtvollsten Gestalter des Erdballs auf wirtschaftlichem, sozialem, politischem und geistig-kulturellem Gebiete. Es gibt demnach Herrenvölker, und mit ihren höheren Gaben besitzen sie zugleich der Menschheit gegenüber höhere Pflichten, nicht nur Rechte (...)." (Petersen: Rassische Hochwertigkeit, 1941, S. 41)

Nach dieser politischen Rechtfertigung der „Herrenvölker" ordnet Petersen diese Frage auch noch theoretisch ein und illustriert sie praktisch:

[916] Petersen, Peter: Es gibt rassische Hochwertigkeit. Sie verpflichtet!, in: Heimat und Arbeit. Monatshefte für pädagogische Politik, 14. Jg. (1941), Heft 2, S. 38–41. *[Dokumentation ad fontes Petersen: Nachtrag]*

„Diese Erkenntnisse verlangen allerdings völligen Bruch mit den Anschauungen des Liberalismus, der in den freimaurerischen Ideologien wurzelt, die seit der Französischen Revolution von 1789 sich über Europa und die Welt ausbreiteten. Unter ihrem Wahnideal von der ‚Gleichheit der Völker' konnte allen Ernstes laut in die Welt hinausposaunt werden als sicheres Mittel zur Völkerversöhnung und Schaffung einer ‚Menschheitskultur': Mischung aller Rassen miteinander, um so die eine Rasse zu züchten, den Träger jener Menschheitskultur." (Petersen: Rassische Hochwertigkeit, 1941, S. 41)

Petersen erläutert diesen Gedanken, offensichtlich aus seiner Reisetätigkeit für das NS-Regime profitierend, die ihm 1937 in die Südafrikanische Union führte, wie folgt:

„Einen einzigen Tag gründlich eine Schule für Farbige besuchen, etwa in Südafrika, wobei ich dann besonders die von Pietermaritzburg in Natal empfehle, oder in Neuyork oder Cleveland, Ohio oder Chicago dürfte genügen, jeden der den Menschen liebt und achtet, von Rassenmischung abzuschrecken. Er wird mit Grauen feststellen, was für ein Verbrechen es ist, Gelbe mit Weißen, Schwarze mit Gelben, Schwarze mit Weißen, Mischlinge wieder mit Mischlingen usf. zu paaren, und zwar wegen der seelischen Entartung, die so oder so letzten Endes unvermeidlich ist." (Petersen: Rassische Hochwertigkeit, 1941, S. 41)

Der Aufsatz endet nicht ohne pädagogische Wendung:

„Das Gesetz der Rasse ist ungeheuer streng und rächt sich an jedem, der es missachtet. Umso höher die Pflicht hochwertiger Völker und Rassen, ihr Erbgut und seine Kräfte heilig, und das ist dann, rein zu halten! Es ist mehr als nur Sünde wider das Blut; es ist ein Vergehen gegen die Pflichten, die sie der Welt gegenüber haben. Das lehrt die Kulturbiologie unserer Tage eindringlich den Politiker; sie weist damit aller pädagogisch ausgerichteten Politik klare und deutliche Bahn." (Petersen: Rassische Hochwertigkeit, 1941, S. 41)

En passant sei hier erwähnt, dass Petersen in einem Brief an „Fräulein Dr. Buchholz" vom 4.3.1940 mitteilt, dass ihn antireligiöse Elemente innerhalb der NSDAP immer massiver stören („hier wollte man sehr ernstlich Weihnachten bei guter Gelegenheit mit abschaffen lassen"), was ihn nicht hindert folgende Grundeinstellung zu betonen:

„Jeder, der tiefer und weiter sieht und denkt, weiß ja, es geht um die Stellung der weißen Rasse in der Welt, bes. des Europäers germanischer Art. Und an dem Endsieg zweifle ich nicht, bin der festen Überzeugung, er ist im Frühjahr 1941 da." [917]

1942, der Überfall auf die Sowjetunion hatte schon begonnen, schrieb Petersen in seinem Aufsatz **„Selbstverantwortlichkeit in der deutschen Jugend"**[918]:

„Nietzsche antwortet einmal auf die Frage: Was ist Freiheit? ‚Dass man den Willen zur Selbstverantwortlichkeit hat. Dass man die Distanz, die uns abtrennt, festhält. Dass man gegen Mühsal, Härte, Entbehrung, selbst gegen das Leben gleichgültig wird. Dass man bereit ist, an seiner Sache Menschen zu opfern, sich selbst nicht abgerechnet. Freiheit bedeutet, dass die männlichen, die kriegs- und siegensfrohen Instinkte die Herrschaft haben über andere Instinkte, zum Beispiel über die des Glücks.'

Unbestreitbar geht vom Geist dieser Forderungen an einen freien Menschen durch sämtliche neuen Formen der deutschen Jugenderziehung in der Gegenwart. Es ist ein männlicher und heldischer Geist, der aufgerufen wird, so wie ihn zugleich die allgemeine Lage eines Volkes fordert, das im Lebenskampf um seine nationale Ehre und Weltgeltung steht." (Petersen: Selbstverantwortlichkeit, 1942, S. 207)[919]

[917] Brief von Petersen an Buchholz vom 4.3.1940, in: Petersen, Uwe-Karsten: Der Jena-Plan. Die integrative Schulwirklichkeit im Bilde von Briefen und Dokumenten aus dem Nachlass Peter Petersens, Frankfurt am Main/Bern/New York/Paris 1991, S. 139.

[918] Petersen, Peter: Selbstverantwortlichkeit in der deutschen Jugend. Erziehung zur Selbstverantwortlichkeit in der deutschen Jugend, in: Geist der Zeit, Monatshefte für Wissenschaft und Hochschule, 20. Jg. (1942), S. 194–207. *[Dokumentation ad fontes Petersen: S. 463–476]*

[919] Petersen zitiert hier ohne Quellenangabe aus: Friedrich Nietzsche: Götzen-Dämmerung, in: Werke in sechs Bänden, Band IV, München 1980, S. 1015.

Mit solchen Passagen zur Zeit des umfassenden Angriffskrieges Deutschlands beweist Petersen, in welch ungeheuerlicher Weise er mit Nietzsche im Rucksack Jugendliche in Deutschland auffordert „Menschen zu opfern, sich selbst nicht abgerechnet".

1942 erschien auch Petersens Schrift **„Friedrich Fröbel. Deutschlands größter Erzieher"** (Gotha 1942)[920]. In diesem Buch unterzieht sich Petersen der Aufgabe – 1942 wie gesagt – aus Fröbels Kindergartenpädagogik und seiner Biographie das herauszuziehen, was für den deutschen Nationalismus und Militarismus brauchbar schien. Da heißt es etwa: „Ja, Friedrich Fröbel ist in seinen Werken so eingewachsen deutsch, dass sich in ihnen überhaupt keine ausländischen Einflüsse finden" (Petersen: Fröbel, 1942, S. 14). Petersen beruft sich insbesondere auf den von ihm behaupteten soldatischen Geist Fröbels und kündigt an, dass der NSLB eine Gesamtausgabe des Werkes Fröbels vorlegen wird, da er „im Zeitalter des Parlamentarismus missverstanden oder unterdrückt ward" (Petersen: Fröbel, 1942, S. 17).[921]

1943, während in den Vernichtungslagern fabrikmäßig organisiert und rassistisch motiviert Juden sowie Sinti und Roma ermordet wurden, erschien die Schrift **„Die Wissenschaft im Dienste des Lebens"** (Jena/Leipzig 1943).[922] Hier polemisiert Petersen gegen die These, dass Wissenschaft unabhängig von einzelnen Kulturen und Völkern zum Fortschritt der Menschheit dient. Petersen bezeichnet diese Auffassung als überheblich und fordert für die Wissenschaft „die in einer Rasse wurzelnde Sittlichkeit und ihr Rechtsempfinden" (Petersen: Wissenschaft, 1943, S. 23). Petersen unternimmt tatsächlich den abenteuerlichen Versuch, am Beispiel der Mathematik nachzuweisen, dass alle Wissenschaft nur „in der Bindung an bestimmte Rassen und Völker" (Petersen: Wissenschaft, 1943, S. 24) dargestellt werden kann. Auch für die Mathematik könne niemand bezweifeln, so Petersen, „dass wir es zu tun haben mit volkhaft gebundenen, rassenbedingten Schöpfungen menschlichen Geistes" (Petersen: Wissenschaft, 1943, S. 24 f.).

Als letzte Publikation während der NS-Zeit erschien 1944 in der Reihe „Schriften der Akademie für Jugendführung"[923] die Broschüre **„Jesuitenerziehung"**[924] In dieser Schrift beurteilt er als deutschnationaler Protestant den Katholizismus als international, das Papsttum als international und die Jesuiten als international. Petersen fordert dagegen „von den Grundlagen eines ‚Völkischen Realismus' aus" zu urteilen (Petersen: Jesuitenerziehung, 1944, S. 26). Der Jesuit ist für ihn ein national entwurzelter Mensch. Petersen bekämpft im Typ des Jesuiten das rationale und berechnende, nicht am Mythos des deutschen Volkes, der Volksgemeinschaft orientierte Denken. Er greift den Allgemeinspruch „Nur wer gehorchen lernt, kann segensvoll

[920] *[Dokumentation ad fontes Petersen: S. 478–538]*

[921] An anderer Stelle zu erörtern wäre das autoritär-reaktionäre Weltbild Petersens bei seiner Fröbelinterpretation. Petersen behauptet: „Die Menschheit ist nach Fröbel in eine Welt hineingestellt, die eine große Erziehungsanstalt Gottes ist" (Petersen: Fröbel, 1942, S. 17).

[922] *[Dokumentation ad fontes Petersen: S. 544–566]*

[923] Petersen berichtet im Brief vom 17.11.1943 von einem Kursus für kriegsversehrte HJ-Führer an der „Akademie der Jugendführung" in Braunschweig, an der er 22 Vorlesungen gehalten hat. In einem Brief vom 25.1.1944 berichtet er über sechs Vorträge in Flakartillerieschulen in Kitzingen und Göppingen. Nebenbei erwähnt er in einem Brief vom 28.12.1944, dass „die Dänen in einer starken Schicht unzurechnungsfähig" geworden sind, weil jeder, der mit den „Deutschen kooperiert", fürchten muss, niedergeschossen zu werden (zitiert nach: Petersen, Uwe-Karsten: Der Jena-Plan. Die integrative Schulwirklichkeit im Bilde von Briefen und Dokumenten aus dem Nachlass Peter Petersens, Frankfurt am Main/Bern/New York/Paris 1991, S. 154, S. 155 und S. 157).

[924] Petersen, Peter: Jesuitenerziehung (Schriften der Akademie für Jugendführung, Band 1; Nur für den Dienstgebrauch), ohne Ort (Braunschweig) 1944. *[Dokumentation ad fontes Petersen: S. 572–602]*

Die „Nur für den Dienstgebrauch" zu verwendende Schrift wurde nach 1945 von der alliierten Besatzungsmacht indiziert, wie Torsten Schwan berichtet (Schwan, Torsten: Die Petersen-Rezeption in der Bundesrepublik Deutschland 1960 bis 1984. Die Jenaplan-Pädagogik zwischen „defensiver Rezeption" und einsetzender „Petersen-Kritik", Frankfurt am Main/Berlin/Bern/Brüssel/New York/Oxford/Wien 2007, S. 140).

Die hier zitierten Stellen wurden von Petersen unverändert übernommen in: Petersen, Peter: Allgemeine Erziehungswissenschaft, Band III: Der Mensch in der Erziehungswirklichkeit, Berlin 1954, S. 70 f.

Auszug:

Dr. Peter Petersen, Jena:

Bedeutung und Wert des Politisch-Soldatischen für den deutschen Lehrer und unsere Schule

Eine erziehungswissenschaftliche Betrachtung.

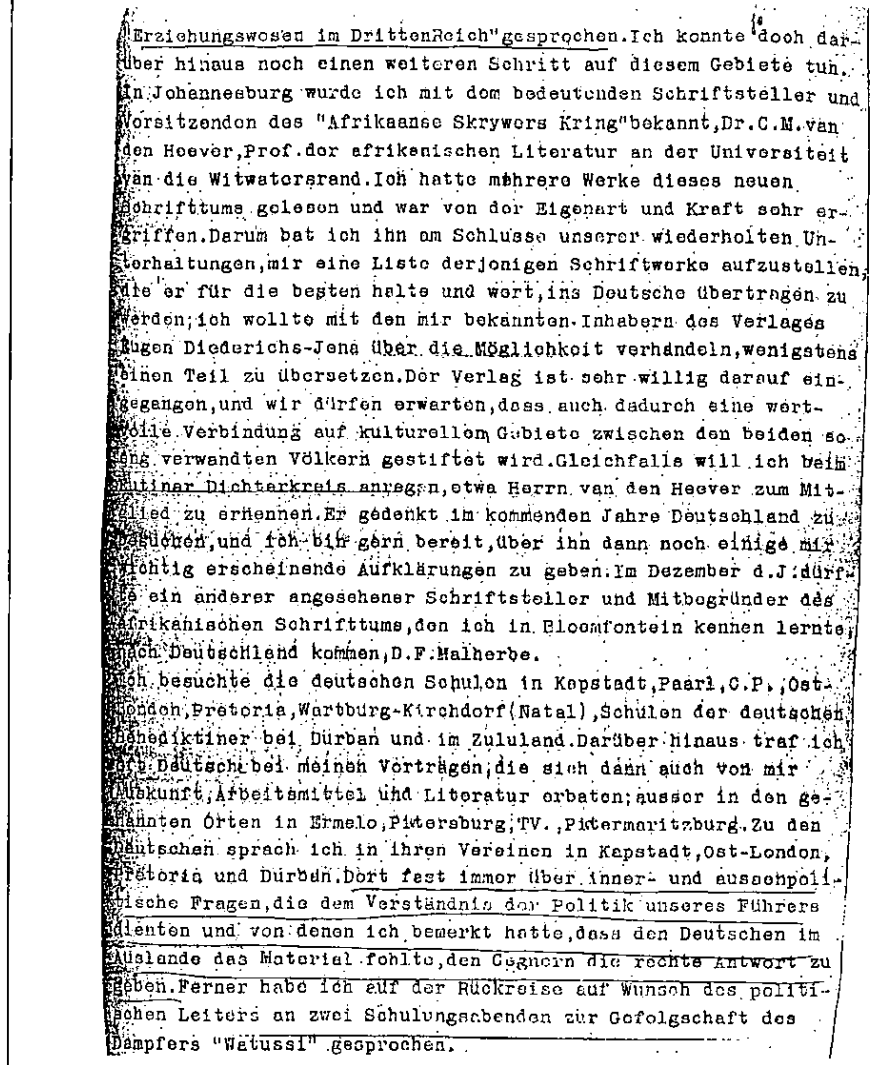
Wer sich verantwortungsbewußt in den Dienst der praktischen Erziehung stellt, der übernimmt damit auch die Verpflichtung, sich in seinem menschlich-leiblichen Sein besonders durchzubilden und in Form zu halten. Er muß seine ganze Vitalität, das, was Ludwig Klages die „Ursprünglichkeit" eines Menschen nennt, pflegen, d. h. die von einem Menschen ausstrahlende ganze Lebendigkeit dieses Menschen, wie sie vor allen Dingen in die Gesamtheit seiner Ausdrucksbewegungen ausstrahlt. Das ist nicht nur Pflicht eines jeden Menschen gegen sich selbst, sondern die eines jeden Erziehers und Lehrers in erhöhtem Maße. Denn mit der Formung dieser Lebensseite des menschlichen Wesens, mit der Gewinnung gesunder Grundlagen, einer schönen Körperlichkeit und Natürlichkeit wird immer auch zugleich das Geistige eines Menschen gekräftigt, ja erlangt dieses gleichzeitig in der geformten und zuchtvollen Körperlichkeit und allen ihren Ausdrucksweisen einen sprechenden Ausdruck. Alles an einem solchen Menschen wird lebensvoller und damit wirkungsvoller. Deswegen gehören solche Ausführungen hinein in die Untersuchungen über die beste „erzieherische Haltung"[1]), und sie bereits stoßen vor in die tieferen Gründe echter Autorität, der gewachsenen Autorität, der Autorität in Funktion. Ganz ohne Zweifel erwächst diese leichter dort, wo ein Mensch gesunden Körpers, gestraffter und doch gefälliger Haltung, widerstandsfähig und zäh unter seinen Zöglingen und Schülern steht — wenn auch ebenso gewiß diese Seite nur die Hälfte des Ganzen ist und noch persönlich-geistige Kräfte hinzukommen müssen, um die Haltung und die Autorität eines Erziehers voll zu erklären.

1. Solche Erwägungen haben wiederholt deutsche Erzieherpersönlichkeiten angeregt darüber nachzudenken, was denn im deutschen Volke für Persönlichkeitstypen entwickelt seien, in denen sich deutsche Art ganz besonders treu und charakteristisch darstelle. Gibt es einen im deutschen Volke angelegten oder während der letzten Jahrhunderte infolge seiner besonderen Schicksale und Geschichte entstandenen eigentümlichen Bildungstypus züchtender Kraft? Besitzen wir dann damit eine Zuchtform, ein Richtmaß für die Formung jener Ursprünglichkeit? Es ist jedermann geläufig, daß andere Völker eine solche völkische Zuchtform besitzen, so Spanien seinen caballero, England den gentleman; und wir?

Nach solchen typischen Ausprägungen deutscher Art suchte Alfred Lichtwark auf dem Dresdner Kunsterziehungstage 1901 in seiner unvergänglichen Plauderei

[1]) Vergl. Petersen „Reform der Pädagogik", 1931, § 8.

Deutsches Bildungswesen, 2. Jg. (1934), Heft 1, S. 1–17.



Erziehungswesen im DrittenReich"gesprochen.Ich konnte doch darüber hinaus noch einen weiteren Schritt auf diesem Gebiete tun. In Johannesburg wurde ich mit dem bedeutenden Schriftsteller und Vorsitzendon des "Afrikaanse Skrywers Kring"bekannt,Dr.C.M.van den Heever,Prof.der afrikanischen Literatur an der Universiteit van die Witwatersrand.Ich hatte mehrere Werke dieses neuen Schrifttums gelesen und war von der Eigenart und Kraft sehr ergriffen.Darum bat ich ihn am Schlusse unserer wiederholten Unterhaltungen,mir eine Liste derjenigen Schriftwerke aufzustellen, die er für die besten halte und wert,ins Deutsche übertragen zu werden;ich wollte mit den mir bekannten Inhabern des Verlages Eugen Diederichs-Jena über die Möglichkeit verhandeln,wenigstens einen Teil zu übersetzen.Der Verlag ist sehr willig darauf eingegangen,und wir dürfen erwarten,dass auch dadurch eine wertvolle Verbindung auf kulturellem Gebiete zwischen den beiden so eng verwandten Völkern gestiftet wird.Gleichfalls will ich beim nächsten Dichterkreis anregen,etwa Herrn van den Heever zum Mitglied zu ernennen.Er gedenkt im kommenden Jahre Deutschland zu besuchen,und ich bin gern bereit,über ihn dann noch einige mir wichtig erscheinende Aufklärungen zu geben.Im Dezember d.J.dürfte ein anderer angesehener Schriftsteller und Mitbegründer des afrikanischen Schrifttums,den ich in Bloemfontein kennen lernte, nach Deutschland kommen,D.F.Malherbe.

Ich besuchte die deutschen Schulen in Kapstadt,Paarl,C.P.,Ost-London,Pretoria,Wartburg-Kirchdorf(Natal),Schulen der deutschen Benediktiner bei Durban und im Zululand.Darüber hinaus traf ich dort Deutsche bei meinen Vorträgen,die sich dann auch von mir Auskunft,Arbeitsmittel und Literatur erbaten;ausser in den genannten Orten in Ermelo,Pietersburg,TV.,Pietermaritzburg.Zu den Deutschen sprach ich in ihren Vereinen in Kapstadt,Ost-London, Pretoria und Durban.Dort fest immer über innen- und aussenpolitische Fragen,die dem Verständnis der Politik unseres Führers dienten und von denen ich bemerkt hatte,dass den Deutschen im Auslande das Material fehlte,den Gegnern die rechte Antwort zu geben.Ferner habe ich auf der Rückreise auf Wunsch des politischen Leiters an zwei Schulungsabenden zur Gefolgschaft des Dampfers "Watussi" gesprochen.

Bericht über die Vortragsreise des o. ö. Prof. Dr. Dr. h. c. Peter Petersen Jena durch die Südafrikanische Union Juli–Okt. 1937, Universitätsarchiv Jena, Bestand M, Nr. 631, Blatt 207–214.

regieren" (Petersen: Jesuitenerziehung, 1944, S. 26) ausdrücklich unterstützend auf und betont: „Der *Gehorsam* wird nirgends in einer zuchtvollen Erziehungsform entbehrt werden können, auch nicht in einem charaktervollen Mannesleben" (Petersen: Jesuitenerziehung, 1944, S. 26, Hervorhebung im Original).

6. Zwischenergebnisse

Allen vier Erziehungswissenschaftlern ist gemeinsam, dass sie nicht Mitglied der NSDAP waren. Während Peter Petersen nach 1945 in der BRD nicht wieder richtig Fuß fassen konnte, gelangen den drei anderen Erziehungswissenschaftlern, insbesondere Eduard Spranger und Erich Weniger, bis zu ihrem Tod Anfang der 1960er Jahre beeindruckende Karrieren. Alle vier Autoren galten, weitgehend ohne Einschränkung, bis Mitte der 1980er Jahre als „Säulenheilige" (Hans-Georg Herrlitz) der Disziplin.[925]

a) Spranger

Eduard Spranger steht für die theoretische Konstruktion einer „geisteswissenschaftlichen Erziehungswissenschaft". Die massive Abgrenzung von den Gedanken der Aufklärung und dem englischen und französischen Positivismus sowie den Positionen Max Webers wurde von ihm in umfangreichen philosophischen Schriften fundiert. Seine empirisch-historischen Arbeiten, vor allem im Rahmen seiner Tätigkeit in der Preußischen Akademie, aber auch seine Studien zu Wilhelm von Humboldt und zur Schulgeschichte in Deutschland sind von den inhaltlichen Positionen her sicher fragwürdige, aber auf jeden Fall materialreiche und bis heute gewichtige Studien.

Zudem hat er durch seine Schriften über die „Lebensformen" und das „Jugendalter" das Bedürfnis nach „anständiger Psychologie" befriedigt, wie Bernfeld ironisierend analysierte. Die Grundfrage, wie Naturwissenschaft und die „anderen" Wissenschaften einer gemeinsamen Wissenschaftstheorie unterliegen, ist das überragende Thema Sprangers. Gegen die „Kälte" der wissenschaftlichen Logik, gegen die Kombination von Naturwissenschaft und Aufklärung stellt er das „Leben", das Irrationale, den Mythos und den Pathos. Die Metaphysik, das „Schauen" vom religiösen Urgrund und den göttlichen Archetypen her, wird in seinen Schriften als geschichtlich geformter „deutscher Geist" dargestellt.

In der NS-Zeit referierte er im Kriegsministerium und publizierte bis 1944 in der Tagespresse. Dabei berührte er keinesfalls nur abgelegene Themen wie Nohl, sondern bemühte sich, mit Fichte für den Sieg im Krieg des NS-Regimes zu agieren. 1937 betätigte er sich in Japan im Sinne der NS-Propaganda.

Die Zusammenfassung seiner politisch durchgängig reaktionären Positionen vor 1933 im Sammelband „Volk, Staat, Erziehung"[926] zeigen die theoretischen Schwierigkeiten, „deutsche Ideologie" von der NS-Ideologie abzugrenzen. Sowohl inhaltlich als auch in der Terminologie sind die Überschneidungen, wie die Analyse dieses Sammelbands zeigt, erheblich. Die Quattrologie „Blut, Arbeit, Ordnung, Gläubigkeit",[927] die Spranger 1930 formulierte, weist deutlich darauf hin, dass auch in der Geisteswissenschaft der Biologismus bereits vor 1933 Einzug gehalten hatte. Die theoretischen Arbeiten Sprangers in der NS-Zeit räumten biologisti-

[925] Herrlitz, Hans-Georg: Vergangenheitsbewältigungen, in: Die Deutsche Schule. Zeitschrift für Erziehungswissenschaft, Bildungspolitik und pädagogische Praxis, 89. Jg. (1997), Heft 2, S. 134.
[926] Spranger, Eduard: Volk, Staat, Erziehung. Gesammelte Reden und Aufsätze, Leipzig 1932.
[927] Spranger, Eduard: Volkskenntnis, Volksbildung, Volkseinheit (1930), in: Spranger, Eduard: Volk, Staat, Erziehung, Leipzig 1932, S. 138.

5. Biologismus und Rassismus, Eugenik und Aufzucht

Gerade auch für die Frage des Rassismus gilt, dass er in seinen verschiedenen Varianten weit vor der NS-Zeit theoretisch konstruiert wurde. Seine Vorläufer Chamberlain, Gobineau und andere[1158] waren allerdings bei weitem in der Erziehungswissenschaft vor 1933 nicht so vertreten wie die Ideologen des deutschen Nationalismus und des deutschen Militarismus. Dennoch gilt auch hier, dass rassistische Äußerungen in der NS-Zeit auf ihren Gehalt geprüft werden müssen. Die Konstruktion von Rassen allein, der Rückgriff auf den Hautfarben-Rassismus, auch die Eugenik und selbst die Konstruktion der Juden als Rasse sind allemal vor der NS-Zeit an deutschen Hochschulen, in der Wissenschaft und in der Öffentlichkeit hoffähig gewesen.

Die Welt der Biologie als Vorbild für gesellschaftliche Erscheinungen (Sozialdarwinismus) ist ein Grundproblem noch vor der Frage des Rassismus. Die immanente biologische Diskussion, ob es überhaupt menschliche Rassen gibt oder von einer einzigen menschlichen Rasse ausgegangen werden muss, soll hier nicht geführt werden. Die Konstruktion menschlicher Rassen bietet immanent – auch in der NS-Zeit – eine solche Fülle von konfusen Kategorien, Begriffen

[1158] Doris Mendlewitsch informiert im zweiten Kapitel ihrer Arbeit „Volk und Heil. Vordenker des Nationalsozialismus im 19. Jahrhundert" (Rheda-Wiedenbrück 1988) über Chamberlain (Mendlewitsch, S. 18–50).

Über die Vorgeschichte und Geschichte der Rassenhygiene und Eugenik in der sozialen Arbeit informiert Manfred Kappeler in seiner Studie „Der schreckliche Traum vom vollkommenen Menschen" (Marburg 1999), der von der Ausnutzung der Lehren Darwins ausgehend die Rolle Ernst Haeckels in Deutschland, Francis Galtons in England beleuchtet und auch die Geschichte von Alfred Ploetz als Vordenker der Eugenik schildert. Dabei gilt sein besonderer Blick der Haltung katholischer und protestantischer Eugeniker.

Zur Geschichte des Rassismus siehe auch: Poliakov, Léon/Delacampagne, Christian/Girard, Patrick: Über den Rassismus. Sechzehn Kapitel zur Anatomie, Geschichte und Deutung des Rassenwahns, Frankfurt am Main/Berlin/Wien 1984 und Mosse, George L.: Die Geschichte des Rassismus in Europa, vom Autor durchgesehene und erweiterte Ausgabe, Frankfurt am Main 1990; Geulen, Christian: Geschichte des Rassismus, München 2007.

Eine ausgesprochen quellenreiche Studie über „Die Rassenlehre des Nationalsozialismus in Wissenschaft und Propaganda" (Darmstadt 1961) wurde von Karl Saller vorgelegt, der selbst in der NS-Zeit Bücher zur Anthropologie und zur deutschen Rasse publiziert hatte.

Christian Mürner verweist in seiner Arbeit „Philosophische Bedrohungen. Kommentare zur Bewertung der Behinderung" (Frankfurt am Main/Berlin/Bern/New York/Paris/Wien 1995) auf die philosophische Vorgeschichte der Diskriminierung und Tötung insbesondere auch bei Platon und Aristoteles (Mürner, S. 26–37).

Eine umfassende Geschichte der Eugenik und Rassenhygiene in Deutschland bis in die NS-Zeit und mit einem Blick auf heutige Diskussionen von der Eugenik zur Humangenetik leisten Peter Weingart, Jürgen Kroll und Kurt Bayertz in ihrer siebenhundertseitigen Studie „Rasse, Blut und Gene" (Frankfurt am Main 1988).

Lilli Segal entfaltet in ihrer Studie „Die Hohenpriester der Vernichtung. Anthropologen, Mediziner und Psychiater als Wegbereiter von Selektion und Mord im Dritten Reich" (Berlin 1991) eine heftige Polemik gegen die Vertuschung der Beteiligung deutscher Rassenhygieniker an den Euthanasiemorden, verfolgt dabei aber auch die Vorgeschichte der „neuen Priester der biologischen Wissenschaften".

Jürgen Reyer, der auch in einem gesonderten Abschnitt auf Nohl und Spranger eingeht (Reyer, S. 146–153), fordert in seiner Studie „Eugenik und Pädagogik. Erziehungswissenschaft in einer eugenisierten Gesellschaft" (Weinheim/München 2003), dass sich die Pädagogik nicht „im Diskursabseits" einrichten sollte und behandelt im Detail, auch anhand der Fachzeitschrift „Die Erziehung", die Problematik der „pädagogischen Menschenzüchter".

In einem umfangreichen Forschungsvorhaben stellen Hans-Christian Harten, Uwe Neirich und Matthias Schwerendt in ihrem Buch „Rassenhygiene als Erziehungsideologie des Dritten Reichs" (Berlin 2006) eine Art Nachschlagewerk zusammen. In einer umfangreichen Einführung wird auch auf die Rolle der deutschen Psychologen Jaensch, Kroh und Pfahler (Harten/Matthias/Schwerendt, S. 151–166), aber auch in einem gesonderten Abschnitt auf Peter Petersen und seine Schüler eingegangen (Harten/Matthias/Schwerendt, S. 174–177). Insbesondere die Beziehung Petersens zu den NS-Rassentheoretikern wie Lothar Stangel-Rudkowski und Karl Astel wird nachgewiesen.

Dass es nicht nur um die Theorie, sondern auch um die Ermordung der zum „unwerten Leben" erklärten Kranken ging, wurde bereits in der 1948 im Verlag der „Frankfurter Hefte" veröffentlichten Studie „Die Tötung Geisteskranker in Deutschland" (4. Auflage, Bonn 2001) von Alice Platen-Hallermund deutlich.

Die gewichtigste Darstellung der mörderischen Konsequenzen der Euthanasie findet sich in Ernst Klees Standardwerk „‚Euthanasie' im NS-Staat. Die ‚Vernichtung lebensunwerten Lebens'" (Frankfurt am Main 1991).

und Unterabteilungen, dass ganz und gar nicht von Klarheit gesprochen werden kann. Abstrakt gesehen muss ja keine Wertung bei der – eher abenteuerlichen – Konstruktion von menschlichen Rassen vorgenommen werden. Die reale Geschichte der Konstruktion menschlicher Rassen ist jedoch davon bestimmt, von äußerlichen Merkmalen, vor allem der Hautfarbe, auch auf innere Werte, auf niedere und höhere Rassen zu schließen, wobei geschichtlich der Kolonialrassismus der „weißen Rasse" gegen den Rest der Welt im Vordergrund stand.[1159]

Nach der immanenten Logik von Rassisten bildet die Konstruktion einer „arischen Rasse" und einer „jüdischen Rasse" ein nicht unbedingt zwingendes Novum. Dieser „arische" Rassismus enthält zwar real bei ihren Anhängern immer auch den Kolonialrassismus, aber es ist durchaus vorstellbar, dass ein glühender Anhänger der Vorherrschaft der „weißen Rasse" die Theorie der „arischen Rasse" und der „jüdischen Rasse" ganz und gar nicht akzeptiert, weil seine gewohnte Orientierung an äußerlichen Merkmalen dann doch versagt.

Die Schwierigkeiten des „arischen" Rassismus, des rassistischen Antisemitismus, der sich mit Blut, Schädelformen, Nasenkrümmungen etc. befasste, kulminierten in der pragmatischen Kapitulation vor den theoretischen Absurditäten durch die Einführung des Judensterns. Diese Schwierigkeiten wurden nach 1933 Jahr für Jahr sichtbar in den absurder werdenden juristischen Definitionsversuchen, wer „arisch" und wer „nichtarisch" sei, bis hin zu den Definitionen der Wannseekonferenz.

Wenngleich in der NS-Zeit schonungslos gegen die angeblichen zwei „außereuropäischen Rassen" in Deutschland, gegen Juden und gegen Sinti und Roma, vorgegangen wurde, bis hin zur Vernichtung, stand umgekehrt das Problem der Konstruktion des Modells einer positiven „arischen Rasse" an.

Dieser „nordische Typ" stand nicht nur im Kontrast zur Physiognomie der realen Führungsriege der NS-Partei – Hitler, Goebbels, Göring –, sondern bot Schwierigkeiten in der Kombination mit dem deutschen Nationalismus. Der Begriff des „Deutschen" wurde durch rassistische Vorstellungen nicht nur eingeschränkt, sondern durch den arischen Rassenbegriff auch weit ausgedehnt. So galt es dann, unter allen Ariern die deutschen Arier wiederum hervorzuheben und zudem den Zuchtgedanken, aus der Pflanzen- und Tierwelt auf die „deutsche Volksgemeinschaft" zu übertragen. Dieser Zuchtgedanke wiederum war zwar unverzichtbares Merkmal des nazistischen Rassismus, aber er war keinesfalls an die Konstruktion von Rassen oder gar einer arischen Rasse gebunden.

Die Idee der Eugenik, die Kategorien „erbkrank" und „gesund", die Vorstellung, mittels staatlicher Gesetze in die menschliche Fortpflanzung einzugreifen, all das hat eine lange Vorgeschichte, die bis in die griechische Antike reicht. In Deutschland und in anderen europäischen Ländern hatten sich lange vor dem NS-Staat entsprechende Organisationen gegründet, die mit medizinischer und finanzieller Argumentation die Fortpflanzung im Sinne einer „Volksgesundheit" geregelt sehen wollten. In der zweiten Etappe der NS-Zeit war klar: Auch der Ariernachweis schützt nicht vor den Gaskammern oder mörderischen Injektionen, wenn Ärzte (und im Vorfeld Hilfsschullehrer) „unwertes Leben" diagnostizierten. Der erste Schritt von der Eugenik zur „Euthanasie" waren die Gesetze zur Zwangsterilisation, die Selektionsmerkmale festlegten.

Das wirklich „Neue" (der Begriff „modern" hätte in diesem Kontext einen zynischen Beigeschmack) des NS-Regimes war die systematische, staatlich organisierte und umfassende Erfassung der als „unheilbar krank" oder „erbkrank" Bezeichneten, mit der praktischen

[1159] In dem von Martina Johannsen herausgegebenen Sammelband „Schwarzweißheiten. Vom Umgang mit fremden Menschen" (Oldenburg 2001) wird insbesondere auch auf den Kolonialrassismus eingegangen, aber auch die Geschichte des Rassenbegriffs überhaupt analysiert. Von besonderer Bedeutung ist der Beitrag von Reiner Pommerin über die Praxis nationalsozialistischer Rassenpolitik am Beispiel der sogenannten „Rheinlandbastarde" (Pommerin, S. 157–162).

Konsequenz einer systematischen Aussonderung und Ermordung durch die Konstruktion von Gaskammern in psychiatrischen Anstalten, die zusätzlich zu den tödlichen Injektionen als Modell ausprobiert und ausgebaut wurden.

Grundlegend soll zunächst klargestellt werden, dass alle vier Erziehungswissenschaftler schon aus ihrer Profession heraus – ähnlich wie Ernst Krieck – eine alleinige Determination der Menschen durch die „Rasse", die die Bedeutung der Erziehung auf null reduziert, klar ablehnten. Die grundlegende Denkfigur kann in die Polarität des „Sowohl-als-auch" von „Rasse" einerseits und Erziehung andererseits gefasst werden. Die apologetischen Verteidiger der vier Erziehungswissenschaftler, die deren Abgrenzungen von allzu primitiver Rassenideologie zitieren, übersehen, dass der Begriff und die Bedeutung der „Rasse" grundlegend anerkannt wurde. Es geht den vier Erziehungswissenschaftlern im Grunde einzig und allein darum, eine Verabsolutierung der Bedeutung der Rasse nicht zuzulassen, aber dennoch „Rassentheorie" nicht prinzipiell abzulehnen.

a) **Spranger**[1160] kritisiert 1935 in seinen Texten für die Mittwochs-Gesellschaft anhand des Gegensatzes Baeumler/Krieck den Unterschied zwischen „Rassenideologie" und „Rassenwissenschaft" und fordert die Zulassung der Auseinandersetzung.[1161] Die „Rasse" ist für Spranger „eine vorwiegend naturwissenschaftliche Kennzeichnung von zunächst leiblichen Eigentümlichkeiten, die durch blutsmäßigen Erbgang herausgebildet sind. Es gibt einen Rasseninstinkt, aber keine Rasse als Form des Zusammenlebens und Verbundenseins."[1162]

1936 sprach Spranger vom „nordisch-rassische(n) Erbgut in der Blutszusammensetzung des deutschen Volkes" und fordert die Hilfe „speziell erbbiologisch gerichteter Forschungen".[1163]

1938 heißt es noch relativierend: „Aber die Rasse ist keine absolute Konstante. Sie ist selbst in einem Erbgang von Jahrtausenden geformt. Wir können nicht von der Rasse als einer bestimmten Größe ausgehen und aus ihr die Geschichte deduzieren."[1164] 1939 heißt es dann:

> *„Wir müssten also wissen, was der ‚Seelenstil' einer ganzen Rasse und eines ganzen Volkes ist. Rasse und Volk müssen hierbei als reale Zeugungsgemeinschaften und Erbstränge genommen werden, nicht bloß als logisch gewonnene Klassifikationsergebnisse mit abstrakt herausgehobenen Merkmalen."* [1165]

[1160] Der Abstand, aber auch die Nähe Sprangers zur NS-Ideologie wird in einem Brief an Käthe Hadlich vom 14.9.1933 deutlich: „Ich habe gelesen: ‚Mein Kampf' und Krieck ‚Nationalpolitische Erziehung'. Über beides bin ich im Positiven wie im Negativen klar. Die Rassenmythologie und die Propaganda – das ist das Unmögliche" (in: Martinsen, Sylvia/Sacher, Werner (Hrsg.): Eduard Spranger und Käthe Hadlich. Eine Auswahl aus den Briefen der Jahre 1903–1960, Bad Heilbrunn 2002, S. 301).

[1161] Spranger, Eduard: Gibt es eine „liberale" Wissenschaft? (1935), in: Spranger, Eduard: Texte für die Mittwochs-Gesellschaft 1935–1944, 2. überarbeitete Auflage, München 1988, S. 31.
In der Preußischen Akademie der Wissenschaften erklärt er dann 1936 in „Probleme der Kulturmorphologie" (1936): „Selbst die wissenschaftliche Erkenntnisintention ist ihrem Ausgangspunkte nach rassisch, national, geographisch und historisch individualisiert" (Spranger, Eduard: Probleme der Kulturmorphologie, 1936, in: Sitzungsberichte der Preußischen Akademie der Wissenschaften, Philosophisch-historische Klasse, Jg. 1936, S. 21).

[1162] Spranger, Eduard: Umrisse der philosophischen Pädagogik, in: Internationale Zeitschrift für Erziehungswissenschaft, 3. Jg. (1933/34), S. 451.

[1163] „Die tiefgehende nationale Selbstbesinnung, zu der das deutsche Volk seit kurzem wieder erwacht ist, legt die Frage nach dem Eigenen und Ursprünglichen der deutschen kulturformenden Kräfte nahe. Soweit diese auf das vorwaltende nordisch-rassische Erbgut in der Blutszusammensetzung des deutschen Volkes zurückgeführt werden, greift das Thema bis in naturwissenschaftlich-anthropologische Problemschichten hinab. Der Zusammenhang zwischen dem rassisch bestimmten Blutserbe und den moralisch-geistigen Anlagen zum Aufbau einer eigenartigen Kultur musste ergründet werden. Die Kulturmorphologie bedarf dazu der Hilfe naturwissenschaftlich, speziell erbbiologisch gerichteter Forschungen." (Spranger, Eduard: Probleme der Kulturmorphologie, in: Sitzungsberichte der Preußischen Akademie der Wissenschaften, Philosophisch-historische Klasse, Jg. 1936, S. 8)

[1164] Spranger, Eduard: Kulturprobleme im gegenwärtigen Japan und Deutschland, Tokio 1938, S. 3.

[1165] Spranger, Eduard: Wege und Ziele der Völkercharakterologie, in: Jahrbuch der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften (1939), S. 151.

Auch bei **Nohl** wird 1933/34 sichtbar, dass er gegen die Verabsolutierung des Rassenbegriffs ist. Für ihn muss das deutsche Volk erst „rassenmäßig" zum „national-deutschen Typus" gebildet werden. Er stellt, im Ton wertfrei, fest, dass „für die nordische Rasse" gilt, dass sie sich nicht so vermehrt wie weniger kultivierte Völker.[1166] Für Nohl steht fest, dass „die deutsche Rasse überhaupt erst in der Bildung begriffen" ist. Er warnt vor der „Rassengemeinschaft" des deutschen Volkes mit anderen Völkern und favorisiert eine „Glaubwürdigkeit der biologischen Erscheinung" durch die Herausarbeitung des „nationalen deutschen Typus", wobei für ihn (wie für Spranger) klar ist, „dass ein solcher Typus nicht bloß rassenmäßig bedingt ist und gelingt, sondern auch geistig gegründet sein muss". Nohl verbindet Geisteswissenschaft mit Rassentheorie und schlussfolgert, dass es für die „geisteswissenschaftliche Betrachtungsweise" nun darum gehe, „hermeneutisch an die Lebensform der Rasse" heranzugehen.[1167]

Weniger behandelt die Frage der „Rasse" nicht ausdrücklich und schon gar nicht als theoretisches Problem, sondern spricht wie selbstverständlich in den verschiedensten Zusammenhängen vom Glauben „an die unzerstörbaren Kräfte der Rasse und des Volkes".[1168]

Petersen stellt 1934 fest, „dass ich nur aus dem rassisch gebundenen Denken des nordischen Menschen heraus urteilen kann, da ich keinerlei Fremdkörper im Blute habe".[1169] Er fordert 1943 für die Wissenschaft „die in einer Rasse wurzelnde Sittlichkeit und ihr Rechtsempfinden".[1170] Als Kritik am Faschismus in Italien formuliert Petersen 1935, „dass der Faschismus keine Rassenfrage kennt".[1171]

b) In diesen Passagen wird schon deutlich, dass die vor 1933 entstandene Rassenideologie und die Betonung einer nordischen Rasse ineinandergreifen.[1172] Eine der wesentlichen Voraussetzungen war sicherlich auch der kolonialistische Hautfarbenrassismus, der vor und in der NS-Zeit in den Schriften der Erziehungswissenschaftler ebenfalls seinen Platz hat.

So heißt es bei **Spranger** 1930 bereits:

> *„Ob man New York oder Paris, Berlin oder Rio de Janeiro sieht, – überall nicht nur der gleiche beengte Grundtypus des Daseins, sondern dieselbe merkwürdige Rückkehr in das Primitive und Niggerhafte, dieselbe Passivität im eigentlich Ethisch-Kulturellen, bei scheinbar aufs Höchste gesteigerter Leistungskraft."* [1173]

1939 spricht Spranger von der großen Rassenproblematik, „die die gegenwärtige Welt bewegt. Rassenmischung wird immer mehr als bedenklich erkannt." Die „Hilfe der weißen Rasse" für die „Farbigen", so Spranger, kann „gefährlich werden, zumal wenn ihr Geburtenrückgang

[1166] Nohl, Hermann: Die Grundlagen der nationalen Erziehung. Eine Vorlesung zum Wintersemester 1933/34, Typoskript, ohne Ort, ohne Jahr (Göttingen 1940), S. 23 bzw. S. 15.

[1167] Nohl, Herman: Die Grundlagen der nationalen Erziehung. Eine Vorlesung zum Wintersemester 1933/34 (Typoskript), ohne Ort, ohne Jahr (Göttingen 1940), S. 25, S. 59, S. 83 und S. 164.

[1168] Weniger, Erich: Wehrmachtserziehung und Kriegserfahrung, Berlin 1938, S. 238.

[1169] Petersen, Peter: Die erziehungswissenschaftlichen Grundlagen des Jenaplanes im Lichte des Nationalsozialismus, in: Die Schule im nationalsozialistischen Staat, 11. Jg. (1935), Nr. 6, S. 3.

[1170] Petersen, Peter: Die Wissenschaft im Dienste des Lebens, Jena/Leipzig 1943, S. 23.

[1171] Petersen, Peter: Die erziehungswissenschaftlichen Grundlagen des Jenaplanes im Lichte des Nationalsozialismus, in: Die Schule im nationalsozialistischen Staat, 11. Jg. (1935), Nr. 6, S. 4.

[1172] In einem Bericht über die Landschultagung in Lübbecke vom 16. bis 18. September 1933 wird Petersen, der dort unter anderem einen Vortrag über die erziehungswissenschaftlichen Grundlagen des Jena-Plans hielt, wie folgt wiedergegeben: „‚Volk' ist für uns ein Konkretum, eine Wirklichkeit, kein leerer Begriff ohne Anschauung. Wer in diesem Sinne empfindet, der gibt zugleich einen Rassetest ab, nämlich erweist sich als nordisch" (zitiert nach: Retter, Hein: Peter Petersen und der Jenaplan: Von der Weimarer Republik bis zur Nachkriegszeit. Berichte – Briefe – Dokumente, Weinheim 1996, S. 277).

[1173] Spranger, Eduard: Zur geistigen Lage der Gegenwart (1930), in: Gesammelte Schriften, Band V: Kulturphilosophie und Kulturkritik, Tübingen/Heidelberg 1969, S. 217.

anhält".[1174] Deutlich auf die Kolonien bezogen heißt es: „Rassenmischung lehnen die Engländer wie die Deutschen ab."[1175]

Nohl spricht von exotischen „Rassen": „Mongolen, Neger, aber auch schon Inder oder Zigeuner".[1176]

Petersen redet 1925 vom „zum Teil barbarischen System" der „Negerkulturen".[1177] Petersen wertet im Rahmen des Kolonialrassismus deutlich:

„Denken wir uns alle Völker ihrer Leistung, ihrem Kulturwerte nach auf eine Kurve aufgetragen, so finden wir die Weißen im letzten höchsten Teile der Kurve, ihnen sind die höheren Werte vorbehalten." [1178]

Petersen, der daraus folgert: „Es gibt demnach Herrenvölker", führt aus:

„Das Gesetz der Rasse ist ungeheuer streng und rächt sich an jedem, der es missachtet. Umso höher die Pflicht hochwertiger Völker und Rassen, ihr Erbgut und seine Kräfte heilig, und das ist dann, rein zu halten! Es ist mehr als nur Sünde wider das Blut: es ist ein Vergehen gegen die Pflichten, die sie der Welt gegenüber haben." [1179]

c) Aus der biologistisch-rassistischen Denkweise ergab sich vor der NS-Zeit bereits die Idee der Eugenik, der Züchtung.[1180]

Spranger hebt als den „großen *positiven* Kern der nationalsozialistischen Bewegung" den Sinn „für die Gemeinsamkeit des Blutes" hervor. Darunter versteht er „bewusste Pflege der

[1174] Spranger, Eduard: Rezension von: Herbert Theodor Becker: Die Kolonialpädagogik der großen Mächte. (Hamburg 1930), in: Die Erziehung. Monatsschrift für den Zusammenhang von Kultur und Erziehung in Wissenschaft und Leben, 15. Jg. (1939/40), Heft 3 (Dezember 1939), S. 76.

[1175] Spranger, Eduard: Rezension von: Herbert Theodor Becker: Die Kolonialpädagogik der großen Mächte. (Hamburg 1930), in: Die Erziehung. Monatsschrift für den Zusammenhang von Kultur und Erziehung in Wissenschaft und Leben, 15. Jg. (1939/40), Heft 3 (Dezember 1939), S. 77.

[1176] Nohl, Herman: Charakter und Schicksal. Eine pädagogische Menschenkunde, Frankfurt am Main 1938, S. 159.

[1177] Petersen, Peter: Sozialbiologische Probleme der Berufsschule, in: Petersen, Peter/Zimmermann, Waldemar (Hrsg.): Die Aufgaben des neuen Berufsschulwesens und die Berufsschulgemeinde im Lichte der Jugendkunde und sozialer Politik, Weimar 1925, S. 124.

[1178] Petersen, Peter: Es gibt rassische Hochwertigkeit. Sie verpflichtet!, in: Heimat und Arbeit. Monatshefte für pädagogische Politik, 14. Jg. (1941), Heft 2, S. 41. Weiter heißt es an gleicher Stelle: „Einen einzigen Tag gründlich eine Schule für Farbige besuchen, etwa in Südafrika, wobei ich dann besonders die von Pietermaritzburg in Natal empfehle, oder in Neuyork oder Cleveland, Ohio oder Chicago dürfte genügen, jeden der den Menschen liebt und achtet, von Rassenmischung abzuschrecken. Er wird mit Grauen feststellen, was für ein Verbrechen es ist, Gelbe mit Weißen, Schwarze mit Gelben, Schwarze mit Weißen, Mischlinge wieder mit Mischlingen usf. zu paaren, und zwar wegen der seelischen Entartung, die so oder so letzten Endes unvermeidlich ist."

[1179] Petersen, Peter: Es gibt rassische Hochwertigkeit. Sie verpflichtet!, in: Heimat und Arbeit. Monatshefte für pädagogische Politik, 14. Jg. (1941), Heft 2, S. 41. In einem Brief an Frieda Buchholz vom 4.3.1940 schreibt Petersen: „Jeder, der tiefer und weiter sieht und denkt, weiß ja, es geht um die Stellung der weißen Rasse in der Welt, bes. des Europäers germanischer Art. Und an dem Endsieg zweifle ich nicht, bin der festen Überzeugung, er ist im Frühjahr 1941 da" (in: Petersen, Uwe-Karsten: Der Jena-Plan. Die integrative Schulwirklichkeit im Bilde von Briefen und Dokumenten aus dem Nachlass Peter Petersens, Frankfurt am Main/Bern/New York/Paris 1991, S. 139).

[1180] Die schon vor der NS-Zeit vorhandene Ideologie der Rassenzüchtung war auch Petersen nicht fremd; er spricht 1925 über das „Problem der Rassenzüchtung" wie folgt: „Seit vielen Jahrtausenden wird der Wert gelegt auf gute Zucht von Weizen und Gerste, von Schafen und Ochsen und Pferden, es ist nicht abgelegen und gesucht, die Frage nach der besten Züchtung und Aufzucht von Menschen zu stellen." Petersens sozialdarwinistische Schlussfolgerung lautet: „Das Gesunde hat nicht nur ebensoviel, sondern mehr Recht auf Pflege und Schutz und tägliche Förderung als das Kranke, Anormale und all das, was auf dem Schlachtfelde des Lebens zu verbluten droht" (Petersen, Peter: Sozialbiologische Probleme der Berufsschule, in: Petersen, Peter/Zimmermann, Waldemar (Hrsg.): Die Aufgaben des neuen Berufsschulwesens und die Berufsschulgemeinde im Lichte der Jugendkunde und sozialer Politik, Weimar 1925, S. 116 bzw. 115). Bereits 1908 hatte Petersen in seiner ersten Publikation über die „Kluft" zwischen den „niedersten Menschenrassen und den vollkommensten Tieren" sinniert (Petersen, Peter: Der Entwicklungsgedanke in der Philosophie Wundts. Zugleich ein Beitrag zur Methode der Kulturgeschichte, Leipzig 1908, S. 67).

Volksgesundheit, Sorge für einen leiblich und sittlich hochwertigen Nachwuchs (Eugenik)".[1181] 1938 erklärt Spranger:

„Die Medizin z. B. hat jetzt ihren Mittelpunkt in der Volkshygiene, nicht mehr nur in der Gesunderhaltung und Heilung des Einzelnen."

Was das bedeutet, führt er wie folgt aus:

„Man kennt schon einige Vererbungsgesetze. Man kennt also einige Wege zur Sicherung eines gesunden und – wenn nötig – zur Ausmerzung eines kranken Nachwuchses. Maßnahmen zur Eugenik werden ausgebildet." [1182]

Über die Methodik der „Ausmerzung" finden sich keine weiteren Ausführungen.[1183] 1937 kommt Spranger zu dem Schluss:

„So wurde die neue Genetik zur wichtigsten Wissenschaft, und die Eugenik und das Rassenbewusstsein wurden zum grundsätzlichen Element der politischen Erziehung." [1184]

Nohl referiert in seiner Vorlesung 1933/34 nicht nur ausgesprochen ausführlich die rassistische Theorie der Eugenik vor und in der NS-Zeit, sondern wertet auch und betont „die biologische Substanz dieses Volks mit allem, was man Eugenik nennt":

„Es ist das ganz Neue unserer Nationallage, dass die volkserzieherische Aufgabe bis in die biologische Substanz unseres Volkes selbst hinunterreicht, an den Brunnen seines Lebens." [1185]

Die von Nohl benannte „neue Front der Eugenik und der Rassenhygiene" wird in positive und negative Maßnahmen unterteilt. Er wendet sich gegen die Tötung kranken Lebens, die Platon gefordert habe („Die Antike konnte da hart vorgehen."), betont aber:

„Wohl aber wird es nötig sein, erstlich bestimmte Gruppen dieser Menschen zu sterilisieren, wie das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses das fordert, das am 1. Januar 1934 in Kraft getreten ist, und zweitens die methodischen Verfahren der Fürsorge grundsätzlich umzuwenden."

Und weiter heißt es:

„Die Sterilisation der Erbkranken, die nicht Kastration, also kein Angriff auf die Persönlichkeit des Menschen, sondern nur eine Verhinderung seiner Zeugungsfähigkeit ist, nimmt ihm nicht das Glück der geschlechtlichen Liebe, nur das der Elternschaft. Eine Begründung des Gesetzes hat Reichsminister Frick in der Ansprache über die Bevölkerungs- und Rassenpolitik gegeben, die ich schon nannte." [1186]

Für die Fürsorgemethode gelte, dass „erbgesunde Familien" bevorzugt werden müssen.[1187]

[1181] Spranger, Eduard: März 1933, in: Die Erziehung. Monatsschrift für den Zusammenhang von Kultur und Erziehung in Wissenschaft und Leben, 8. Jg. (1932/33), Heft 7 (April 1933), S. 403, Hervorhebung im Original.

[1182] Spranger, Eduard: Kulturprobleme im gegenwärtigen Japan und Deutschland, Tokio 1938, S. 10 bzw. S. 9.

[1183] 1934 spricht Spranger über die „Familienhygiene", bei der gegebenenfalls die Gesetzgebung „sozialhygienisch nachhelfen" müsse (Spranger, Eduard: Das ethische Moment im Gesundsein und Kranksein, in: Forschungen und Fortschritte. Nachrichtenblatt der Deutschen Wissenschaft und Technik, 10. Jg. (1934), S. 369).

[1184] Spranger, Eduard: Über die gegenwärtigen Formen politischer Erziehung in Deutschland (Schlussteil, 1937), in: Horn, Klaus-Peter/Ogasawara, Michio/Sakakoshi, Masaki/Tenorth, Heinz-Elmar/Yamana, Jun/Zimmer, Hasko (Hrsg.): Pädagogik im Militarismus und im Nationalsozialismus. Japan und Deutschland im Vergleich, Bad Heilbrunn 2006, S. 125.

[1185] Hermann Lietz unterstützend wird von Spranger an dessen „Pflege wertvollen Erbgutes und rassischer Art" erinnert, die in der Gegenwart zu einer kräftigen Symphonie" geworden sei (Spranger, Eduard: Rezension von: Hermann Lietz: Deutsche Nationalerziehung. Auswahl aus seinen Schriften (Weimar 1938) und Hermann Lietz: Gott, Volk, Vaterland (Weimar 1938), in: Die Erziehung. Monatsschrift für den Zusammenhang von Kultur und Erziehung in Wissenschaft und Leben, 14. Jg. (1938/39), Heft 5 (Februar 1939), S. 209).

[1186] Nohl, Herman: Die Grundlagen der nationalen Erziehung. Eine Vorlesung zum Wintersemester 1933/34 (Typoskript), ohne Ort, ohne Jahr (Göttingen 1940), S. 6 f.

[1187] Nohl, Herman: Die Grundlagen der nationalen Erziehung. Eine Vorlesung zum Wintersemester 1933/34 (Typoskript), ohne Ort, ohne Jahr (Göttingen 1940), S. 12 bzw. S. 17 f.

[1188] Nohl, Herman: Die Grundlagen der nationalen Erziehung. Eine Vorlesung zum Wintersemester 1933/34 (Typoskript), ohne Ort, ohne Jahr (Göttingen 1940), S. 19.

Auch **Petersen**, der das „Sozialbiologische" „in den Mittelpunkt des Pädagogischen" rückt, begründet zwei Jahre nach den Sterilisationsgesetzen des NS-Regimes ausgerechnet aus der sozialbiologisch und völkisch verstandenen „Ehrfurcht vor dem Leben", dass die Theorie und Praxis des Jenaplans „von jeher offen für alle Forderungen der Hygiene und Eugenik, der Rassenlehre und der Erbwissenschaft" gewesen sei.[1188]

* * *

Rassenideologie und Rassentheorie erschöpfen sich nicht nur in Biologismus, Hautfarbenrassismus, Zuchtphantasien und Eugenik. In der Tat typisch für die NS-Ideologie ist die Gegenüberstellung der „arischen" und „jüdischen Rasse", des typisch Deutschen zum Jüdischen, zum „Juden".

[1188] Petersen, Peter: Die erziehungswissenschaftlichen Grundlagen des Jenaplanes im Lichte des Nationalsozialismus, in: Die Schule im nationalsozialistischen Staat, 11. Jg. (1935), Nr. 6, S. 3.

6. Antisemitismus und die Juden: „an deren Sonderschicksal wir uns schließlich irgendwie unbeteiligt fühlen"[1189]

Eins der gewichtigsten Probleme ist die Frage des Antisemitismus. Die NS-Ideologie ist ohne Antisemitismus in vielerlei Varianten nicht denkbar. Auch hier gilt, dass nicht jeder Antisemit automatisch NS-Anhänger wurde, zumal der Antisemitismus historisch und in der Geschichte Deutschlands eine Fülle von Variationen beinhaltete.[1190]

Aus der Fülle von Untersuchungen zu diesem Fragenkomplex geht weitgehend *unstrittig* hervor, dass ein vom Christentum tradierter religiös motivierter Antijudaismus in Deutschland seit Luther auch eine fremdenfeindliche, die Juden als „undeutsch" einstufende Komponente hatte. Die „Bildung" – real und geistig – des Begriffs des deutschen Volkes kreiste von vornherein auch um die Frage, ob die in Deutschland lebenden Juden dazugehören oder nicht. Die Geschichte Deutschlands kennt die Verknüpfung des traditionellen Antijudaismus mit einem sozial argumentierenden Antisemitismus gegen die „jüdischen Wucherer" einerseits und die osteuropäischen „Betteljuden" andererseits bereits seit dem Mittelalter. Diese Verknüpfung wurde fortgesetzt in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts mit der Bildung antisemitischer politischer Programme.

[1189] *Weniger, Erich: Das Bild des Krieges. Erlebnis, Erinnerung, Überlieferung*, in: Die Erziehung. Monatsschrift für den Zusammenhang von Kultur und Erziehung in Wissenschaft und Leben, 5. Jg. (1929/30), S. 11.

[1190] Aus der kaum überschaubaren Fülle von Analysen über die Geschichte des Antisemitismus können die folgenden Studien hervorgehoben werden. In den 1950er und 1960er Jahren: Massing, Paul W.: Vorgeschichte des politischen Antisemitismus, Frankfurt am Main 1959; Thieme, Karl (Hrsg.): Judenfeindschaft. Darstellung und Analysen, Frankfurt am Main/Hamburg 1963; Sterling, Eleonore: Judenhass. Die Anfänge des politischen Antisemitismus in Deutschland (1815–1850), Frankfurt am Main 1969.

Léon Poliakov stellte zwischen 1977 und 1989 eine achtbändige „Geschichte des Antisemitismus" (Worms/Frankfurt am Main *1977–1989*) zusammen, in der, teilweise jedoch ohne Analyse des historischen Kontexts, Kernpassagen der „Großen" dieser Welt zu Judenhass und Antisemitismus zusammengetragen wurden.

Die Problematik, dass Antisemitismus und Aufklärung in der Realität oft keine Antipoden waren (ein Thema, dass schon Adorno und Horkheimer in ihren Studien zur „Dialektik der Aufklärung" behandelt haben), zeigt sich in folgenden Studien: Claussen, Detlev: Grenzen der Aufklärung. Zur gesellschaftlichen Geschichte des modernen Antisemitismus, Frankfurt am Main 1987; Claussen, Detlev: Vom Judenhass zum Antisemitismus. Materialien einer verleugneten Geschichte, Darmstadt/Neuwied 1987; Katz, Jacob: Vom Vorurteil bis zur Vernichtung. Der Antisemitismus 1700–1933, München 1989; Brumlik, Micha: Deutscher Geist und Judenhass. Das Verhältnis des philosophischen *Idealismus* zum Judentum, München 2000; Gronke, Horst/Meyer, Thomas/Neißer, Barbara (Hrsg.): Antisemitismus bei Kant und anderen Denkern der Aufklärung. Prämierte Schriften des wissenschaftlichen Preisausschreibens „Antisemitische und antijudaistische Motive bei Denkern der Aufklärung", Würzburg 2001.

Im von Günther B. Ginzel herausgegebenen Sammelband „Antisemitismus. Erscheinungsformen der Judenfeindschaft gestern und heute" (Köln 1991) wird in einem ersten Teil zunächst der christliche Antijudaismus bis ins Mittelalter analysiert. In einem zweiten Abschnitt wird der Wandel vom religiösen zum rassischen Judenhass, vom Gottesmörder zum Weltfeind analysiert, bis hin zur Judenpolitik des NS-Regimes, während in einem dritten Abschnitt die Aktualität des Antisemitismus unter die Lupe genommen wird.

In den 1990er Jahren erschienen folgende Studien, die insbesondere auch die Konstruktion einer jüdischen Rasse untersuchten: Kiefer, Annegret: Das Problem einer „jüdischen Rasse". Eine Diskussion zwischen Wissenschaft und Ideologie (1870–1930), Frankfurt am Main 1991; Ley, Michael: Genozid und Heilserwartung. Zum nationalsozialistischen Mord am europäischen Judentum, Wien 1993; Poliakov, Léon: Der arische Mythos. Zu den Quellen von Rassismus und Nationalismus, Hamburg 1993; Brechtken, Magnus: „Madagaskar für die Juden". Antisemitische Idee und politische Praxis 1885–1945, München 1997; Alter, Peter/Bärsch, Claus-Ekkehard/Berghoff, Peter (Hrsg.): Die Konstruktion der Nation gegen die Juden, München 1999.

Aus den Veröffentlichungen der letzten Jahre soll besonders auf die Studie über den Zusammenhang von Nationalismus und Antisemitismus (Holz, Klaus: Nationaler Antisemitismus. Wissenssoziologie einer Weltanschauung, Hamburg 2001), aber auch auf zwei weitere, die verschiedenen Varianten des Antisemitismus beleuchtende Studien hingewiesen werden: Benz, Wolfgang: Was ist Antisemitismus?, Bonn 2004 und Salzborn, Samuel (Hrsg.): Antisemitismus – Geschichte und Gegenwart, Gießen 2004.